

# NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

## INHALT

Worin besteht das Wesen der Meinungsverschiedenheiten? . . . . .	1
A. JERUSALIMSKI — Neuer Kuhhandel der Westmächte in der deutschen Frage . . . . .	4
I. STEKLOW — Die imperialistische Aggression in Indonesien (Schluß) . . . . .	9
In den Ländern der Volksdemokratie . . . . .	15
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	17
L. DELJUSSIN — Tungpei (Reisenotizen) . . . . .	22
A. PERWENZEW — Albanien (Aus dem Reisetagebuch eines Schriftstellers) (Fortsetzung) . . . . .	26
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	
Beilage: Über das Verbot der Atomwaffe und über die internationale Kontrolle. 2. Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens. Reden A. J. Wyschinskis auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung.	

Nr. 48  
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---

---

## Worin besteht das Wesen der Meinungsverschiedenheiten?

*Zur Erörterung der Sowjetanträge auf der Tagung der  
UNO-Vollversammlung*

WAS auf der jetzigen Tagung der Vollversammlung vor sich geht, ist für Millionen einfacher Menschen in der ganzen Welt, die ruhig friedlicher Arbeit nachgehen wollen und den Krieg und seine Anstifter hassen, sehr aufschlußreich und von Interesse.

Die Organisation der Vereinten Nationen, die, wie in ihrer Satzung dargelegt ist, zu dem Zweck gegründet wurde, den Frieden und die internationale Sicherheit zu verteidigen, kann bisher nicht erreichen, daß konkrete und wirksame Maßnahmen getroffen werden zur Abstellung der die internationale Atmosphäre vergiftenden Kriegspropaganda, zur Einstellung der die Völker ruinierenden, forcierten Aufrüstung, zur Zügelung der Kriegsbrandstifter, die offen ungeheuerliche Verbrechen an der Menschheit vorbereiten. Sie ist nicht imstande, auch nur eine, wie es scheinen sollte, derart einfache und elementare Maßnahme herbeizuführen, wie das Verbot der unmenschlichen Atomwaffe!

Auf jeder neuen Vollversammlungstagung haben die Vertreter der Sowjetunion immer und immer wieder einen erbitterten Kampf mit denjenigen zu führen, die überhaupt nicht wollen, daß diese Fragen in der Organisation der Vereinten Nationen auch nur angeschnitten und gestellt werden, und die sich dann, wenn sie dennoch angeschnitten und gestellt werden, der Fassung wirksamer Beschlüsse zum Schutz der internationalen Sicherheit auf jede Weise widersetzen.

Die vierte Tagung der Vollversammlung bietet ungefähr das gleiche Bild wie die vorhergehenden. Die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks suchten anfangs zu verhindern, daß die Hauptfragen bezüglich der internationalen Sicherheit in die Tagesordnung aufgenommen würden, und bemühten sich, die Tagung im Morast antisowjetischer Intrigen untergehen zu lassen. Als ihnen das nicht gelang, ritten sie eine Attacke gegen alle Anträge, die die Organisation der Vereinten Nationen auf den Weg eines wirksamen Kampfes gegen die verbrecherischen Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges lenken könnten.

Auf ihren früheren Tagungen nahm die Vollversammlung, auf Anregung der Vertreter der Sowjetunion, die von Delegationen der anderen demokratischen Staaten unterstützt wurden, sowie zweifellos unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, eine Reihe wichtiger grundsätzlicher Beschlüsse an, die auf Erfüllung der Aufgaben ausgerichtet sind, um derentwillen die Organisation der Vereinten Nationen gegründet wurde.

Von historischer Bedeutung war der auf Anregung der Sowjetunion gefaßte Beschuß der ersten Tagung vom 14. Dezember 1946 über die allgemeine Regelung und Einschränkung der Rüstungen, über ein Verbot der Atomwaffe und der Verwendung von Atomenergie für militärische Zwecke. Die imperialistischen Politiker waren nicht imstande, die Annahme dieses Beschlusses zu verhindern. Aber sie setzten alles daran, daß er eine leere Deklaration, eine papiere Resolution blieb von der Art, wie sie der Völkerbund unseligen Angedenkens im Überfluß annahm und unter deren Deckmantel die Anstifter von Kriegskonflikten ihre Machenschaften fingerten. Die amerikanischen und die englischen Delegierten taten alles, um die Befolgung der von der Vollversammlung erteilten Anweisung bezüglich der Vorbereitung konkreter Maßnahmen zur Ausführung der Resolution vom 14. Dezember 1946 zu verhindern.

Auf jeder Tagung der Vollversammlung führen die Sowjetvertreter einen beharrlichen Kampf gegen diese Taktik zur Einsargung der grundlegenden und wichtigsten Vollversammlungsbeschlüsse und streben die Ergreifung konkreter Maßnahmen zur Durchführung dieser Beschlüsse an.

Auf der zweiten Tagung der Vollversammlung im Jahre 1947 wurde auf Anregung der Sowjetregierung eine Resolution angenommen, in der die wie immer geartete Propaganda für einen neuen Krieg verurteilt wird. Auf der dritten Tagung im Jahre 1948 schlug die Sowjetregierung den fünf Großmächten, die die Hauptverantwortung für die Wahrung des Friedens tragen, vor, als ersten konkreten Schritt zur Erfüllung der

Resolution über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte ihre Rüstungen um ein Drittel einzuschränken und die Atomwaffe zu verbieten sowie zur Überwachung und Kontrolle der Ausführung dieser Maßnahmen ein internationales Kontrollorgan im Rahmen des Sicherheitsrates einzusetzen.

Die Sowjetregierung hat praktische Vorschläge zur Frage eines Verbots der Atomwaffe und einer internationalen Kontrolle ausgearbeitet und eingebracht, die augenblicklich das einzige in der UNO zur Diskussion stehende Programm bilden, das wirklich die Ausführung der Vollversammlungsbeschlüsse über das Verbot der Atomwaffe bezweckt.

Schließlich hat die Sowjetregierung auf der jetzigen Tagung das Projekt zu einem Beschuß eingebracht über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges, wie man sie in einer Reihe von Ländern, besonders in den USA und Großbritannien, betreibt, ferner über die Ergreifung praktischer Maßnahmen zum Verbot der Atomwaffe durch die UNO und über den Abschluß eines Pakts der fünf Mächte — der USA, Großbritanniens, Chinas, Frankreichs und der Sowjetunion — zwecks Abwendung der Gefahr eines neuen Krieges, eines Paktes zur Festigung des Friedens.

Auf diese Weise strebt die Sowjetunion, in unentwegter Fortsetzung ihrer Friedenspolitik, beharrlich die Festigung des Friedens an, die Ergreifung wirksamer Maßnahmen gegen die Gefahr eines neuen Krieges, den die von den USA und England geführten aggressiven Staatenblocks vorbereiten.

„Es fragt sich: wer kann gegen die Anträge der Sowjetunion Einwände erheben — gegen den Antrag auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges, gegen den Antrag, daß endlich die Atomwaffe verboten und eine strenge internationale Kontrolle errichtet werde, gegen den Antrag, daß die fünf Mächte einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen?

Niemand außer den Feinden des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, außer denjenigen, die in der Vorbereitung zu einem neuen Krieg und in einem neuen Krieg eine Bereicherungsquelle sehen, die den Krieg als ein Mittel zur Errichtung der Weltherrschaft und zur Versklavung anderer Staaten und Völker betrachten!“

Diese Worte A. J. Wyschinskis, des Führers der Sowjetdelegation auf der vierten Tagung der Vollversammlung, bringen genau das Wesen der Sache zum Ausdruck und erläutern, warum die Tagung in der Frage des Atomwaffenverbots, der

Abstellung der Propaganda eines neuen Krieges und seiner Vorbereitung, der Festigung des Friedens zu keiner Einigung kommen kann.

Der Kern, die Wurzel der Meinungsverschiedenheiten liegt in der Wesensart der beiden politischen Linien begründet, die in der internationalen Arena wirksam sind. Die eine Linie ist die der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, sie ist ausgerichtet auf die Festigung des Friedens, auf die Verwandlung der UNO in ein wirksames Instrument zum Schutz der internationalen Sicherheit. Die andere Linie ist die der imperialistischen Mächte, die aggressive Blocks mit den USA und England an der Spitze bilden, sie ist ausgerichtet auf die Vorbereitung eines neuen Krieges.

Die Brandstifter eines neuen Krieges suchen auf der jetzigen Vollversammlungstagung, ebenso wie sie es auf den früheren taten, die Anträge der Sowjetunion zum Scheitern zu bringen. Im englisch-amerikanischen Block geben die Vertreter derjenigen reaktionären Kreise, für die ein Krieg vorteilhaft und gewinnbringend ist, geben eingefleischte Gegner des Friedens den Ton an. Sie sind es, die hinter der böswilligen Kampagne der kapitalistischen Presse stecken, die die Sowjetanträge entstellt und verdreht, meist aber sie totschweigt, die lügt und verleumdet, um vor der öffentlichen Meinung zu verhehlen, daß diese Anträge die Festigung des Friedens zum Ziel haben.

Die Kriegsbrandstifter stecken hinter den Leuten, die sich im Politischen Sonderausschuß wittern, das von den Sowjetdelegierten eingebrachte Resolutionsprojekt anzunehmen, das die Erzielung einhelliger Beschlüsse in der Frage des Verbots der Atomwaffe bezwecke. Bei der von diesem Ausschuß angenommenen Resolution, die nur eine weitere Verzögerung und Vereitelung von Beschlüssen in dieser höchst wichtigen Angelegenheit bedeutet, haben die Kriegsbrandstifter ihre Hand im Spiel.

Die Kriegsbrandstifter stecken auch hinter dem Umgehungsmanöver, als das das am 14. November von der amerikanischen und der englischen Delegation im Politischen Ausschuß der Vollversammlung eingebrachte Resolutionsprojekt zu werten ist. Der Zweck dieses Projekts besteht darin, ernste Verpflichtungen durch leeres Wortgeklingel und neue Intrigen zu ersetzen. Dieses Resolutionsprojekt bekräftigt in allgemeiner Form die Treue zur Satzung der UNO und fordert alle Länder auf, „sich der Drohungen und der Gewaltanwendung zu enthalten, die dieser Satzung zuwiderlaufen“. Unter der äußerst nebelhaften Hülle dieser Deklaration wird zugleich frech eine der Hauptideen der außenpolitischen Konzeption des auf

die Weltherrschaft erpichten USA-Imperialismus eingeschleppt, nämlich die Forderung nach dem Verzicht auf die nationale Souveränität.

Das Auftauchen dieses Resolutionsprojekts verrät die gewohnte Taktik des englisch-amerikanischen Blocks in der UNO, die konkreten Sowjetanträge, die den Plänen der Kriegsbrandstifter wirklich einen empfindlichen Schlag versetzen, gegen eine nichtssagende Deklaration auszutauschen. Die Einbringung dieses Resolutionsprojekts ist ein kennzeichnendes Manöver mit dem Ziel, die Handlungsweise der Friedensgegner, die weder einen Pakt zur Festigung des Friedens noch ein Verbot der Atomwaffe wünschen, mit angeblicher Loyalität für die UNO-Satzung zu tarnen. Sie sind genötigt, zur Tarnung ihrer Handlungsweise zu greifen, weil sie sehr wohl wissen, daß die Völker rückhaltlos für den Frieden, für ein Verbot der Atomwaffe sind.

Die Sowjetanträge über einen Pakt zur Festigung des Friedens brachten die amerikanischen und die englischen Diplomaten aus der Fassung. Sie mußten einen ernstlichen Druck selbst auf die Delegationen ihrer Satelliten ausüben, um sie zu zwingen, gegen die Sowjetanträge aufzutreten. Das USA-Blatt „New York Times“ beklagt sich offen über die „Neigung gewisser vereinter Nationen, den sowjetischen Friedensanträgen Konzessionen zu machen“. Hamilton, der Korrespondent dieser Zeitung in Lake Success, weist darauf hin, daß viele Delegierte auf den Antrag über einen Pakt zur Festigung des Friedens unmittelbar mit der Meinungäußerung reagierten, er werde zum Nachlassen der Spannung in den internationalen Beziehungen beitragen und jedenfalls „keinen Schaden anrichten“.

Aber die Kriegsbrandstifter verstehen ausgezeichnet, daß die Sowjetanträge ihren verbrecherischen Plänen ohne Zweifel schaden werden! Diese Anträge sind ein Friedensprogramm, wie es im Interesse aller friedliebenden Völker liegt. Die Durchführung dieses Programms würde ein Scheitern der Politik der Kriegsabenteuer bedeuten. Deshalb eben haben die aus Rand und Band geratenen Brandstifter eines neuen Krieges ihm Fehde angesagt.

In seiner am 14. November im Politischen Ausschuß gehaltenen Rede hob A. J. Wyschinski zwei wichtige Momente hervor.

Erstens die in den letzten zwei Jahren eingetretene Intensivierung der Kriegspropaganda in den USA und in Großbritannien bei gleichzeitiger Zunahme des Widerstandes gegen diese Propaganda seitens der demokratischen Kräfte. Hunderte Millionen Friedenskämpfer treten immer energischer gegen die Propagierung und Vorbereitung eines neuen Krieges auf.

Zweitens handelt es sich jetzt nicht mehr allein um Kriegspropaganda: im Lager der Imperialisten werden praktische Maßnahmen zur Vorbereitung eines Krieges, militärisch-strategische Pläne sowie solche Maßnahmen ausgearbeitet,

„aus denen hervorgeht, daß die Kriegsgefahr aus der Sphäre allgemeiner Äußerungen und Vermutungen in den Bereich praktischen Handelns, den Bereich der materiellen und organisatorischen Maßnahmen übergegangen ist.“

Dies ist eine Tatsache, die nicht verhehlt werden kann. Reisen doch zur gleichen Zeit, wo amerikanische Diplomaten in Lake Success gegen die sowjetischen Vorschläge über einen Pakt zur Festigung des Friedens und über ein Verbot der Atomwaffe zu Felde ziehen, ihre Kollegen durch die Länder Westeuropas und befassen sich mit der Durchführung eines großangelegten Programms zur Militarisierung und Aufrüstung dieser Länder. Diese — wie sie treffend genannt werden — amerikanischen Gauleiter befassen sich damit, eine amerikanische Kontrolle über die Streitkräfte, Rüstungen und Militärobjekte der am nordatlantischen Block beteiligten Länder einzusetzen und auszuüben.

Die Erörterung der von der Sowjetdelegation in den Ausschüssen und auf der Plenarsitzung der Vollversammlung eingebrachten Anträge ist von gewaltiger Bedeutung. Die glänzend argumentierten und mit zahlreichen Tatsachen unterbauten Reden A. J. Wyschinskis, des Außenministers der Sowjetunion, waren ein empfindlicher Schlag gegen die betrügerische Propaganda der Kriegsbrandstifter.

Diese Reden, in denen die jetzige Etappe der von den aggressiven Mächten betriebenen imperialistischen Politik sehr eingehend und überzeugend bloßgestellt wird, haben der Sache des Friedenschutzes großen Nutzen gebracht. Soviel sie von der Presse der Monopole auch totgeschwiegen und entstellt werden, der Sinn der Sache dringt zu den Volksmassen. Das bringt die Imperialisten zur Raserei.

Die Vertreter Washingtons und Londons in der Vollversammlung und die von ihnen inspirierte Presse gaben sich besondere Mühe, den Sinn der Sowjetanträge zu dieser Frage zu entstellen und zu verbergen. Es handelt sich darum, daß die amerikanischen und die englischen Vertreter der UNO hartnäckig ihren Plan einer sogenannten internationalen Kontrolle aufdrängen, durch den die Frage eines Atomwaffenverbots beiseite geschoben wird. Das von ihnen vorgeschlagene Kontrollsysteem ist ein Betrug. Es zielt in zynischster Weise darauf ab, die Atomrohstoffe und Atombetriebe einem Atom-Supertrust zu übereignen,

der sich in den Händen der USA-Monopole befinden würde.

Im Gegensatz zu dem unverhüllt imperialistischen amerikanischen Plan schlägt die Sowjetunion vor, daß zwei Konventionen gleichzeitig abgeschlossen und in Kraft gesetzt werden sollen: eine über das Verbot der Atomwaffe und ihr Ausschluß aus den nationalen Rüstungen, die andere bezüglich der Einsetzung einer entsprechenden internationalen Kontrolle über die Ausführung dieses Beschlusses.

Der von den Sowjetdelegierten vorgeschlagene Kontrollplan sieht wirksame und erschöpfende Maßnahmen zur Verhinderung der Verwertung von Atomenergie für militärische Zwecke vor. Es handelt sich um Kontrolle aller Betriebe der Atomindustrie sowohl durch regelmäßige Inspektion als auch durch spezielle Untersuchungen in Fällen, wo der Verdacht entsteht, daß ein Verstoß gegen die Konvention über das Atomwaffenverbot vorgekommen sei.

Der Inhalt der Sowjetvorschläge bezüglich der Rechte des internationalen Kontrollorgans widerlegt restlos die in der kürzlich abgegebenen Erklärung der fünf Länder des englisch-amerikanischen Blocks aufgestellten lügenhaften Behauptungen, der sowjetische Kontrollplan sei „unwirksam“. Derart verleumderische Behauptungen werden von den Agenten der amerikanischen

Atomtruste, von den Gegnern einer wirklichen internationalen Kontrolle aufgestellt. Auf ihre Bemühungen ist es auch zurückzuführen, wenn die Annahme der Sowjetvorschläge hintertrieben wird.

Die frechen Entstellungen des Sinnes der Sowjetvorschläge nicht nur in der Presse, sondern auch in den Reden der offiziellen Vertreter Washingtons und Londons, die unerhörte Verleumdung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder verfolgen ein Hauptziel: nicht zuzulassen, daß die Welt die Wahrheit erfahre. Die Wahrheit aber ist, daß die Kriegsbrandstifter eine Säuberung der internationalen Atmosphäre nicht wünschen. Sie wollen keinen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen, weil sie nicht wollen, daß der Frieden gefestigt werde. Sie wollen die Anträge der Sowjetunion nicht annehmen und sind gegen die Konventionen über ein Verbot der Atomwaffe und über internationale Kontrolle, weil sie bestrebt sind, diese Waffe beizubehalten und das Atomwettrennen noch mehr zu forcieren.

Die Wahrheit ist, daß die Sowjetunion unermüdlich und konsequent für die Sache des Friedens einsteht und danach strebt, daß die Organisation der Vereinten Nationen ihrer Bestimmung entspreche und als wirksames Organ zum Schutz der internationalen Sicherheit diene.

## Neuer Kuhhandel der Westmächte in der deutschen Frage

A. JERUSALIMSKI

**N**ICHT mehr als drei Monate sind vergangen, seit durch gemeinsames Bemühen der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten die marionettenhafte „Regierung“ Adenauer in Westdeutschland zur Welt gebracht wurde. Drei Monate sind keine lange Zeit. Aber auch diese Frist hat sich als ausreichend erwiesen, um die Weltöffentlichkeit erkennen zu lassen, welche Rolle dies reaktionäre Machwerk der westlichen imperialistischen Mächte in Deutschland bei ihren aggressiven Plänen in Europa zu spielen berufen ist.

Bekanntlich verkündete der Bonner Marionettenstaat der Welt seine Geburt mit dem Schrei „Krieg!“, wobei er genau den Ton der lärmreichen Propaganda traf, die von den überseeischen Weltherrschaftsanwärtern betrieben wird. Die Bonner Kamarilla zeigte sogleich, daß sie eine von Hitler ererbte unverhältnismäßige Frechheit, ferner einen wütenden Haß gegen die demokratische

und sozialistische Bewegung und, was die Hauptache ist, eine Bösartigkeit sondergleichen gegen die Sowjetunion besitzt. Die Leute, die dieser Kamarilla Leben einhauchten, haben alle Ursache, ihr Werk mit Genugtuung zu betrachten.

Nachdem die amerikanischen Imperialisten den „westdeutschen Staat“ fabriziert und dadurch mit den historischen Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam zur deutschen Frage endgültig gebrochen hatten, gingen sie in fiebiger Eile an die praktische Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne in Europa. Hierbei verzichteten die Geschäftsherren von der Wall Street auch auf die letzten Überreste der „demokratischen“ Phraseologie, mit der sie bis zur letzten Zeit das erzreaktionäre Wesen ihrer Politik in Deutschland zu verhüllen suchten, und begannen ganz ungeniert eine offene Politik zur Umwandlung Westdeutschlands in ein Aufmarschgebiet und eine Schmiede für einen neuen Krieg zu betreiben. In dem

modernen englisch-amerikanischen Imperialistenjargon heißt das Einbeziehung Westdeutschlands in die „europäische Gemeinschaft“. Selbstverständlich treten als Hauptschutzherrn der „europäischen Gemeinschaft“ Agenten der Wall Street auf. Sie sind auch die Hauptinitiatoren der Pläne zur Ausdehnung dieser „Gemeinschaft“ durch Eingliederung der unmittelbaren Erben und Nachfolger Hitlers.

Das wären die Tatsachen. Am 31. Oktober stellte Paul Hoffman, der amerikanische Gauleiter in Westeuropa zur Durchführung des Marshallplans, in einer Pariser Sitzung des Rates der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas ein umfangreiches Programm zum „wirtschaftlichen Zusammenschluß Westeuropas“ auf. Hoffman verlangte, alle marshallisierten Länder sollten sich beeilen, um (bis 1950!) einen „einzigem umfangreichen europäischen Wirtschaftsraum“ für amerikanische Waren zu schaffen. Hoffman verlangte, die westeuropäischen Länder sollten zu diesem Zweck mit der Aufhebung der Zollschränke beginnen.

Hoffman hielt es nicht einmal für notwendig, die amerikanischen Bestrebungen mit irgendwelchem Flitterkram zu behängen. Er sagte wörtlich:

„Der Umstand, daß die USA über einen einheitlichen, 150 Millionen Verbraucher umfassenden Markt verfügen, ist die notwendige Voraussetzung für den Erfolg und die Stärke unserer“ (d. h. der amerikanischen) „Wirtschaft. Die Schaffung eines Wirtschaftsraums des freien Warenaustausches in Westeuropa mit 270 Millionen Verbrauchern wird eine Reihe günstiger Resultate zeitigen.“

Günstiger Resultate — für wen denn? Doch keineswegs für die Millionen und aber Millionen Einwohner der Länder Westeuropas, sondern für diejenigen, die ihnen die Daumenschrauben der „wirtschaftlichen Vereinigung“ anlegen und die ihre unumschränkte Herrschaft über den „weiten westeuropäischen Markt“ aufrichten wollen.

Die amerikanischen Geschäftsherren haben, nachdem sie das Wirtschaftsleben dieser Länder bereits unter ihren Einfluß genommen haben, gesehen, daß es ihnen nicht gelingt, die Fortentwicklung der Krise in den USA aufzuhalten. Jetzt verlangen sie, die marshallisierten Länder sollen alle Zollschränke niederlegen und den amerikanischen Expansionisten die Tore weit auf tun. Die „wirtschaftliche Vereinigung Westeuropas“ bedeutet erstens, daß, wie der englische „Daily Graphic“ g'schamig zugibt, „alle Länder Westeuropas teilweise ihre Souveränität aufgeben“; zweitens, daß den Monopolherren Westdeutschlands in europäischen Angelegenheiten mit amerikanischer Hilfe eine bedeutendere Rolle zugeschanzt werden soll. Hoffman erklärte,

„zwar finden sich auf diesem Wege Schwierigkeiten“, aber die amerikanischen Geschäftsherren würden energisch auf der Erreichung ihres Ziels bestehen. Hierbei verabsäumte er es nicht, Drohungen loszulassen. Laut Meldung des „Manchester Guardian“ wurde den marshallisierten Ländern erklärt, im Falle ihres Ungehorsams würde „Europa im kommenden Jahr kaum Dollars vom USA-Kongreß erhalten“. Kein Wunder, daß selbst die marshallisierte Presse von einem „Hoffman-Ultimatum“ zu sprechen begonnen hat.

Nachdem sich die Vertreter der europäischen Länder dieses Ultimatum angehört hatten, bewahrten die einen lange ein dumpfes Schweigen, andere schwangen langatmige, hochtrabende Reden in dem unverkenbaren Wunsch, einer Antwort auf die vom amerikanischen Administrator gestellte Frage auszuweichen. Mit Ausnahme Léon Blums, des Führers der französischen Rechtssozialisten — eines berufsmäßigen Jesuiten und überzeugten Verräters —, der eiligst erklärte, er sei bereit, sich in Hoffmans ausgebreitete Arme zu stürzen, konnte sich fast niemand sofort dazu entschließen, sich offen für den amerikanischen Plan zu erklären. Die „Times“, die schon von Marx der Eunuch der Londoner City genannt wurde, quetschte süßsäuerliche Worte heraus, die erkennen lassen, daß die englische Bourgeoisie von den neuen amerikanischen Forderungen keineswegs begeistert ist.

In Frankreich fragte selbst die Presse der amerikanischen Parteien vorsichtig an, was denn aus der „wirtschaftlichen Vereinigung Europas“ werden solle, wenn sich England dieser Vereinigung nicht anschließe, und vor allem welche Rolle Frankreich in dieser Vereinigung zu spielen haben werde, wenn auch Westdeutschland in sie eingegliedert sein würde.

Diese schüchternen Fragen gaben die Angst wieder, die viele Leute in Frankreich infolge der sich abzeichnenden Perspektive packte, daß die mit Hilfe der USA-Imperialisten wiederauferstandenen und erstarkten westdeutschen Stahl- und Kohlemagnaten bald die dominierende Rolle in Westeuropa zu spielen beginnen würden. Deshalb rief das Verhalten Englands und Frankreichs zu dem neuen amerikanischen Projekt, wie die „New York Times“ schreibt, auf der Wall Street Enttäuschung hervor.

Selbstverständlich waren von denjenigen, die das von Hoffman dargelegte amerikanische Projekt anhörten, die Monopolherren Westdeutschlands am meisten befriedigt. Ein Vertreter dieser reaktionärsten Kreise, die seinerzeit Hitler hervorbrachten und jetzt erneut in Westdeutschland ihr Haupt erhoben haben, benahm sich auf einer Sitzung des Rats der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, an der er teilnahm,

ganz so, als erfülle er eine große historische Mission. In Wirklichkeit kam er jedoch nur den Instruktionen nach, die er von seinem Brotherrn, dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Sohl, und von dem Brotherrn seines Brotherrn, dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy, erhalten hatte. Das war der Essener Bankier Franz Blücher, ein Stellvertreter Adenauers in der Bonner Marionettenregierung, der für Angelegenheiten des Marshallplans in Westdeutschland zuständig ist. Ein offener Revanchist, der sich wütend für eine Amnestie zugunsten der Kriegsverbrecher und für eine Revision der Nürnberger Urteile einsetzt, ein Sachwalter der Interessen der I.G. Farbenindustrie und anderer deutscher Großmonopole — das ist dieser deutsche Anhänger des amerikanischen Plans einer „Vereinigung Europas“. Die Tätigkeit dieses „geeigneten Mannes auf geeignetem Posten“ ist ebenso wie die Tätigkeit aller übrigen Bonner Marionetten auf „Regierungs“posten oder wie Schumacher, der Opposition spielt, gänzlich von den englisch-amerikanischen Imperialisten und ihren politischen und militärischen Agenten gelenkt.

In den letzten Tagen erhielten die deutschen Monopolherren und Militaristen neue Beweise dafür, daß der USA-Imperialismus an der raschesten Wiederherstellung des Kriegspotentials Westdeutschlands interessiert ist und sich bemüht, Westdeutschland möglichst schnell in eine Stoßkraft zu verwandeln, die einen neuen Weltkrieg entfesselt. Kaum waren die in Bonn eingesetzten politischen Abenteurer aus dem amerikanischen Brutkasten ausgekrochen, so verspürten sie den „Geist der Zeit“ und wurden derart frech, daß sie, wie in der Presse hie und da erwähnt wird, einen „eigenen“ Plan zur Schaffung eines „gemischten Militärausschusses“ ausarbeiten. Offenbar rechneten sie darauf, daß neben Montgomery und Bradley in diesem Komitee auch deutsche Generale vom Schlag Guderians oder Halders Platz finden müßten. Diesen neofaschistischen Plan unterbreitete Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy, der selbstverständlich dafür sorgte, daß der Presse nichts von dem weiteren Geschick dieses Dokuments mitgeteilt wurde. Dafür aber wurde bekannt, welche Rolle die USA-Imperialisten ihren Bonner Agenten bei der Ausführung ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Pläne in Europa zugesetzt haben.

Vor allem bestand die amerikanische Diplomatie darauf, daß ihr Bonner Sprößling in den Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas aufgenommen werde. Offenbar ging es auch diesmal nicht ohne Drohungen ab. Wie die Presse mitteilt, gab man von Washington aus zu verstehen, falls Washingtons europäische Satelliten in dieser Frage keinen „guten Willen“

zeigen würden, so würden die USA ihren eigenen Eintritt in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas bekanntgeben, und dann würden sie höchstselbst beginnen, dort Ordnung zu schaffen. Die Satelliten beeilten sich, der amerikanischen Forderung nachzukommen. Blücher, diese Kreatur der größten deutschen Monopole, hat, wie wir sehen, bereits Gelegenheit erhalten, in der Sitzung des Rats dem referierenden Hoffman Beifall zu klatschen. Nachdem Washington diesen Erfolg gebucht hatte, begann es darauf zu bestehen, daß seine Bonner Agenten in den sogenannten Europäischen Rat aufgenommen würden.

Die Londoner „Times“, die die Ansichten der regierenden Kreise Englands wiedergibt, nahm eine Haltung an, die von der Bereitschaft des britischen Löwen zeugt, auch diesmal Männchen zu machen. Die „Times“ schrieb:

„Zwar ist Amerika nicht Mitglied des Rats, aber sein Standpunkt muß in Betracht gezogen werden.“

Die Verhandlungen zwischen den USA, England und Frankreich über diesen „Standpunkt“ begannen schon im September in Washington. Der diplomatische Beobachter der „New York Times“, Reston, zog am 4. November ein Fazit dieser Verhandlungen und konnte mitteilen, daß in den letzten paar Wochen offizielle Vertreter der USA, Englands und Frankreichs eine Verständigung über die Eingliederung der Bonner „Regierung“ in verschiedene „internationale Organisationen“ erreicht hätten, die im Interesse der Gewährleistung einer amerikanischen Herrschaft über Westeuropa gebildet worden sind. Damals wurde auch in den Grundzügen eine Vereinbarung über die Maßnahmen zur Wiederherstellung des westdeutschen Kriegspotentials getroffen. Praktisch hatte man vor allem den endgültigen Verzicht auf jegliche Versuche zur Abmontage der Rüstungsbetriebe des Ruhrgebiets im Auge.

Es ging nicht ohne gewisse Differenzen zwischen den westlichen Partnern ab. Die labouristischen Gesinnungsbrüder Churchills, die sich mit einer Wiederherstellung des westdeutschen Kriegspotentials bereitwillig einverstanden erklärt hatten, bestehen jedoch auf einer Abmontage derjenigen Betriebe der deutschen Friedensindustrie, die der englischen Industrie auf dem Weltmarkt Konkurrenz bieten. Zugleich zogen sie es, unter Berufung auf die insulare Lage Englands und die Bedeutung seiner Imperiumsinteressen, vor, keine Zustimmung zu ihrem Eintritt in die „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ gemeinsam mit Westdeutschland zu geben.

Die französischen Vertreter machten anfangs Einwände gegen den Verzicht auf die Abmontage der unter englisch-amerikanischer Kontrolle

stehenden deutschen Rüstungsbetriebe und widersetzten sich den amerikanischen Absichten, die deutschen Neofaschisten möglichst bald in die „europäische Gemeinschaft“ einzubeziehen. Aber die Bedeutung dieser Einwände darf keineswegs überschätzt werden. Ihr wahrer Sinn bestand darin, einerseits von den englisch-amerikanischen Partnern gewisse Entschädigungen zu erhalten. Andererseits wurde mit der Veröffentlichung dieser Einwände der Zweck verfolgt, das französische Volk, das über die amerikanische Politik zur Wiederherstellung des aggressiven deutschen Imperialismus in den westlichen Besatzungszonen empört ist, hinters Licht zu führen.

Wie zu erwarten, war das Verhalten der französischen Politiker nicht einmal eine Meuterei auf den Knien. Es war die nächstfällige Kapitulation vor der Politik des Dollars und der nächstfällige Verrat an den nationalen Sicherheitsinteressen des französischen Volkes.

Die Bearbeitung der öffentlichen Meinung war bereits in vollem Gange. Anfang November meldeten die amerikanisierte französische Presse und der amerikanisierte französische Rundfunk, der USA-Staatssekretär Acheson beabsichtigte, von England und Frankreich eine „Beschleunigung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gleichschaltung Westdeutschlands“ zu verlangen, und die regierenden USA-Kreise bestünden „auf einer raschesten Eingliederung Deutschlands in das neue Europa“. Als die deutschen Monopolherren und ihre politischen Ladenschwengel in Westeuropa die altvertrauten Worte aus dem Hitlerwortschatz — „Gleichschaltung“, „neues Europa“ und dergleichen mehr — vernahmen, lebten sie wieder ganz auf und begannen sich auf die ihnen von den Herren der Wall Street zugesetzte Rolle vorzubereiten. Nach den Worten der französischen Zeitung „Combat“ ist das die Rolle des „Oberleutnants“ in der „europäischen Gemeinschaft“.

Die regierenden Kreise Englands erklärten sich ebenfalls schnell und gern mit ihren amerikanischen Partnern einverstanden. Das konservative Organ „Yorkshire Post“ schrieb am 5. November:

„Wenn wir Westeuropa in einem echten und starken Bündnis zusammenfassen wollen, so muß die Deutsche Bundesrepublik“ (gemeint ist der losgerissene „Staat“ der Bonner Marionetten) „ein Teil davon sein.“

Am gleichen Tage schrieb ein anderes konservatives Blatt, die „Daily Telegraph and Morning Post“, noch bestimmter:

„In dem Konflikt“ (mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie) „bildet Deutschland einen lebenswichtigen, möglicherweise sogar einen entscheidenden Faktor.“

So kamen die alten Münchener Motive des Kuhhandels mit den deutschen Imperialisten

wieder zum Vorschein, diesmal eines Kuhhandels unter der Ägide der amerikanischen Imperialisten.

Nachdem man sich hinter den Kulissen über vieles verständigt hatte, fand in Paris eine Beratung der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs zur deutschen Frage statt. Diese Beratung, die ohne Vertreter der Sowjetunion abgehalten wurde, war ein neuer gräßlicher Verstoß gegen die Deutschland betreffenden internationalen Vereinbarungen. Die Beratung tagte in tiefster Heimlichkeit, und der Wortlaut des veröffentlichten Kommuniqués erwies sich als derart nebelhaft in seinem Inhalt und als derart hochtrabend in seiner Form, daß französische Hanswürste in Diplomatenfräcken sich den Spaß machen, es in klassische Alexandriner zu fassen.

Aber selbst aus den spärlichen Nachrichten, die in die Presse gelangten, kann man den Schluß ziehen, daß die in Paris auf der Beratung der drei Minister gefaßten Beschlüsse dazu angetan sind, nur die Brandstifter eines neuen Krieges zu begeistern. Vor allem begeisterten sie die deutschen Erben Hitlers. Schon während der Beratungen der drei Minister sandte Adenauer ein spezielles Memorandum nach Paris, und McCloy gab in seiner Pariser Rede derart umfangreiche Kommentare dazu, daß niemand sich darüber im Zweifel war, wer der wirkliche Verfasser dieses Dokuments ist. Das Memorandum deutsch-amerikanischer Herkunft enthielt die Forderung nach endgültigem Verzicht der Westmächte auf die Abmontage der westdeutschen Rüstungsindustrie. Ferner wurde darin die Bereitschaft der Bonner Marionetten geäußert, die deutschen Ressourcen an Kohle und Stahl „Europa“, d. h. den USA, zur Verfügung zu stellen, damit ihre Produktion nicht eingeschränkt werde. Um schließlich der französischen Regierung bei der Hintergehung des Volkes zu helfen, fügte Adenauer hinzu, die Bonner „Regierung“ sei bereit, Frankreich „Sicherheitsgarantien“ zu bieten — durch Zulassung französischer Kapitalanlagen im Ruhrbecken. Hierbei teilte Adenauer mit, Frankreich könnte die erforderlichen Kapitalien ja bei amerikanischen Banken aufnehmen.

Das Bezeichnendste an dieser ganzen Posse ist, daß die Regierung Bidault-Schuman im Grunde die Hauptthesen des Adenauerschen Memorandums angenommen und, den Sicherheitsinteressen Frankreichs zum Trotz, offen den Weg der amerikanischen Politik zur Wiederherstellung des deutschen Imperialismus eingeschlagen hat. Hierbei erklärt die französische Reaktion laut und vernehmlich, sie rechne mit einem Zusammenprall des deutschen Imperialismus und der Sowjetunion. So log z. B. die „Aurore—France Libre“ am 10. November:

„Frankreich ist durch nichts bedroht, da unter den Deutschen“ (gemeint ist das reaktionäre Lager Westdeutschlands) „der Haß gegen die Russen stark ist und folglich keine Rede davon sein kann, daß sie in die entgegengesetzte Richtung umwenden werden.“

Offensichtlich hat die französische Reaktion aus der Münchener Zeit nichts vergessen und aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs nichts hinzugelernt. Klar ist auch, daß sie bemüht ist, das französische Volk über die historische Bedeutung der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in Unkenntnis zu halten, die das Prinzip der Freundschaft mit der Sowjetunion und die Bereitschaft zur Erfüllung der von der Potsdamer Konferenz gefaßten Beschlüsse verkündet hat.

Wie alle Einzelheiten des Pariser Kuhhandels der USA mit England und Frankreich in der Frage der Wiederherstellung des westdeutschen Imperialismus beschaffen sind, ist noch unbekannt. Nach einer Erklärung Achesons werden die Einzelheiten dieses Kuhhandels erst in einigen Monaten bekanntwerden. Aber nach Meldungen, die in die Presse durchgesickert sind, kann man sich schon jetzt eine gewisse Vorstellung von den allernächsten Resultaten dieser Abmachung bilden. Vor allem wurde der Beschuß gefaßt, das schon vorher ausgearbeitete und in Kraft getretene Besatzungsstatut zu bestätigen. Das heißt, daß die Westmächte ihre Absicht betont haben, die Besetzung Westdeutschlands zu einer bleibenden Erscheinung zu machen, als Voraussetzung für ihre Herrschaft über Trizonen und für dessen Ausnutzung zu ihren reaktionären und aggressiven Zwecken. Weiter wurde ein Beschuß über die Einstellung der Abmontage westdeutscher Schwerindustriebetriebe mit Rüstungsbedeutung gefaßt. Das heißt, die Kriegsschmiede im Ruhrgebiet bleibt völlig unangetastet.

Mehr noch, die Stahlproduktion in Westdeutschland wird von 11 auf 15 Millionen Tonnen jährlich gesteigert. Als „Garantie“ gegen das westdeutsche Kriegspotential werden neue Kapitalanlagen vorgesehen — vor allem amerikanische, aber auch englische und französische. Weiter wurde beschlossen, ein gemischtes Kontrollkomitee zu schaffen, in dem die führende Rolle faktisch Vertretern amerikanischer und deutscher Monopole zufallen wird. Die USA-Imperialisten bestanden darauf, daß ihre westdeutsche Domäne in den Europäischen Rat und in andere politische Organisationen der westeuropäischen Staaten eingegliedert werde, die im Interesse der USA gebildet worden sind. Hierin sehen sie eine wichtige Etappe auf dem Weg zum nächsten Ziel, der Eingliederung der unter ihrer Kontrolle stehenden westdeutschen Wirtschaft in den allgemeinen

westeuropäischen Wirtschaftsblock, der in den Dienst des Krieges gestellt ist.

Das amerikanische Kapital, das tief in die Wirtschaft des Ruhrgebiets eingedrungen ist, strebt jetzt nach der Schaffung eines westeuropäischen Stahlkartells, dessen Hauptkern die Vereinigung der deutschen Ruhrindustrie mit der französischen Industrie Lothringens sowie der Industrie Belgien und des Saargebiets bilden soll. Dieser amerikanische Plan hat Dr. Sohls, des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke, Billigung gefunden. Bekanntlich hat dieser mächtige deutsche Trust schon vor Hitler und auch unter Hitler bestanden, und er besteht jetzt, unter McCloy, weiter. Nachdem die Gefahr einer Abmontage seiner Betriebe nicht mehr existiert, beschloß Sohl, den Trust durch Heranziehung weiterer 300 Millionen Mark aus den USA sowie aus Frankreich zu verstärken. Sein Agent Erhard war bereits zwecks Verhandlungen mit Vertretern amerikanischer und französischer Banken nach Paris gereist.

Wird ein solcher Plan zur Gründung eines westeuropäischen Stahlkartells ausgeführt, so wird das für die französische und die belgische Industrie endgültige Unterordnung unter die Interessen der USA bedeuten. Nicht zu vergessen ist hierbei, daß das Ruhrgebiet von den USA-Monopolherren und den deutschen, hitlerfaschistischen Magnaten beherrscht wird. Die Letztgenannten, die sich ihre Positionen in Westdeutschland bewahrt haben, hegen den Traum, gemeinsam mit den amerikanischen Partnern das verwirklichen zu können, was weder Bismarck noch Wilhelm II. noch Hitler zu verwirklichen imstande war. Schon jetzt erzeugt Westdeutschland ebensoviel Stahl und fördert dreimal soviel Kohle wie ganz Frankreich. Die USA-Imperialisten erblicken jetzt ihre Aufgabe darin, unter Erhaltung der Schwerindustrie des Ruhrgebiets und ganz Westdeutschlands sowie unter Verstärkung dieser Industrie durch Zusammenfassung mit der Schwerindustrie der andern marshallisierten Länder sie zu einem riesigen westeuropäischen Arsenal des Atlantikpakts zu machen. Dies ist der eigentliche militärisch-politische Sinn der Forderungen Hoffmanns nach einem „wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas“. Die Londoner „Reynolds News“ schrieb am 13. November:

„Das wahre Ziel des Hoffman-Ultimatums bestand darin, ein System der westlichen Einheit zu finden, in dessen Rahmen man Deutschland erlauben könnte, die Stahlschmelzereien Thyssen und Hermann-Göring-Werke sowie die Werke in Hamborn zu behalten.“

Nicht einmal Acheson konnte verhehlen, daß für alle von ihm diktierten Beschlüsse der Pariser Dreiministerberatung ein militärischer Plan ausschlaggebend war, den der Vorsitzende der

Vereinigten Stabschefs der USA, General Bradley, ausgearbeitet hat. Wie sich herausstellt, geht dieser Plan davon aus, daß die Verteidigungslinie der USA längs der Elbe verläuft. Die im Dienst der Wall-Street-Expansionisten stehende USA-Diplomatie hat Eile, der Umwandlung Westdeutschlands in ein Aufmarschgebiet und in das Arsenal eines Krieges gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie politische Form zu verleihen. Die Eingliederung der faschistischen Monopolherren Westdeutschlands in die „euro-päische Gemeinschaft“ wird von dieser Diplomatie als ein Schritt zu deren Eingliederung in den Atlantikpakt angesehen. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß, wie die Associated Press meldet, Washingtoner Kreise bereits begonnen haben, eine Aufrüstung Westdeutschlands zu erörtern. Dabei stützen sie sich auf ihren „Oberleutnant“. Hier suchen sie für sich Kanonenfutter. Sie haben es eilig, da sie einsehen, daß die Zeit gegen sie wirkt.

Aber die Tage sind vorüber, da Geheimabmachungen einer Handvoll von Leuten für das Geschick von Völkern entscheidend sein konnten. Es kann den Kriegsbrandstiftern nicht entgehen, daß

das deutsche Volk, das den Weg der demokratischen Entwicklung betreten hat, sein Geschick selbst in die Hand nimmt und keineswegs gewillt ist, den USA-Imperialisten und ihren deutschen Quislingen als fügsames Werkzeug zu dienen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die, wie J. W. Stalin es definierte, einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt, versetzt den aggressiven Plänen der USA in Deutschland einen vernichtenden Schlag. Die Deutsche Demokratische Republik, die für die Einheit des deutschen Volkes auf der Grundlage der Demokratie und des Friedens kämpft, stützt sich auf die Kräfte des gesamten Lagers der Verteidiger des Friedens und der Demokratie, an dessen Spitze die mächtige Sowjetunion steht.

Der in der Frage Westdeutschlands von Acheson, Bevin und Schuman getätigte Geheimschächer, der sich gegen das Lager des Friedens und der Demokratie richtet, ist auch den Grundinteressen des deutschen Volkes feind. Dieser Kuhhandel als fester Bestandteil der aggressiven Gesamtpläne der amerikanischen Weltherrschaftsanwärter ist zweifellos ebenfalls zum Scheitern verurteilt.

## Die imperialistische Aggression in Indonesien

I. STEKLOW

**A**M 6. JULI 1949 ließen die holländischen Behörden unter amerikanischem Druck Sukarno und Hatta endlich wieder ihren Sitz in der Hauptstadt der Republik aufschlagen. Am 20. Juli wurde die sogenannte Interindonesische Konferenz einberufen. An ihr nahmen Vertreter der Hatta-Regierung und der von Holland geschaffenen Marionettenstaaten teil. Auf der Konferenz wurden Beschlüsse gefaßt, die darauf abzielten, die Kolonialabhängigkeit des indonesischen Volkes von Holland unter der Oberherrschaft Washingtons und dem Aushängeschild der „Vereinigten Staaten von Indonesien“ wieder aufzurichten.

Sowohl die holländischen Behörden als auch die bürgerlichen Nationalisten aus der Sukarno-Hatta-Clique geizten nicht mit Demagogie, um das indonesische Volk irrezuführen und den wahren Sinn des von ihnen getroffenen Schacherabkommens zu verheimlichen. Der bewaffnete Widerstand des indonesischen Volkes gegen die Okkupanten dauerte ja an. Selbst die Pressestelle der holländischen Truppen gab zu jener Zeit in ihren amtlichen Mitteilungen zu, daß auf Java und

Sumatra aktive Partisanenkämpfe im Gange waren und daß sich der Einfluß der Kommunisten unter den Partisanen verstärkte. Anderseits konstatierte die holländische Presse wachsende Unzufriedenheit unter den Soldaten der Okkupationsarmee, die verlangten, in die Heimat zurückgebracht zu werden.

Unter diesen Umständen suchte die amerikanische „Indonesienkommission der UNO“ hartnäckig, die Einstellung des bewaffneten Volkswiderstands zu erwirken. Schließlich wurde am 1. August 1949 zwischen Holland einerseits und offiziellen Vertretern der Indonesischen Republik anderseits ein Abkommen über die „Einstellung der Kriegshandlungen in ganz Indonesien“ getroffen. Am 3. August wurden den Truppen beider Seiten die entsprechenden Befehle erteilt.

Selbstverständlich gaben sich weder die Imperialisten noch ihre Agenten Sukarno und Hatta der Hoffnung hin, daß das indonesische Volk dem verräterischen Abkommen beipflichten, sich dem Befehl über die Einstellung der Kampfhandlungen fügen und die Waffen strecken werde. Es war klar, daß der Kampf der indonesischen Partisanen gegen die Okkupanten weitergehen wird und daß die

\* Schluß. Anfang siehe „Neue Zeit“ Nr. 47 vom 16 November 1949.

holländische Armee nicht imstande ist, über das 70-Millionen-Volk die Oberhand zu gewinnen. Deswegen wurde mit Sukarno und Hatta vereinbart, daß die ihnen zur Verfügung stehenden Streitkräfte gemeinsam mit den holländischen Truppen gegen das Volk kämpfen werden. Das Vorhandensein einer solchen Vereinbarung wurde vom Befehlshaber der holländischen Truppen in Indonesien, General van Vreeden, bestätigt, der erklärte, der Kampf gegen die Partisanen werde fortgesetzt, und gegen sie würden „holländische Truppen gemeinsam mit Truppen der Hattaregierung operieren“. Der holländische Kolonialminister, van Maarseveen, erklärte seinerseits im Parlament:

„Da die holländischen Truppen absolut nicht ausreichen, um Java und Sumatra unter holländischer Kontrolle zu halten, müssen die holländischen Truppen zusammen mit den Truppen der Hattaregierung gegen die Partisanen kämpfen.“

Nach Unterzeichnung des Abkommens begab Hatta sich nach dem Haag, um an der „Konferenz des runden Tisches“ teilzunehmen. Vor seiner Abreise versicherte er die imperialistischen Kreise noch einmal seiner Ergebenheit: an ein und demselben Tag — am 5. August — gab er Auslandskorrespondenten zwei gleichgeartete Erklärungen über die Politik der künftigen „Vereinigten Staaten von Indonesien“ ab. Hatta betonte, daß „Indonesien Auslandshilfe in Form von Kapital, technischen Einrichtungen und Arbeitskraft begrüßen wird“ (Interview mit dem Berichterstatter der Agentur Press Trust of India) und daß Indonesien „einen wesentlichen Anreiz für ausländische Kapitalanlagen zu schaffen haben wird“ (Erklärung an den Reuterkorrespondenten).

Am 23. August wurde im Haag die „Konferenz des runden Tisches“ eröffnet, die berufen war, die indonesische Unabhängigkeit auf Grund der bereits mit der Hattaregierung unterzeichneten Abkommen zu Grabe zu tragen. An der Konferenz beteiligte sich die „UNO-Kommission“, vertreten durch den Amerikaner Cochran, den Australier Critchley und den Belgier Herremans.

Es muß bemerkt werden, daß die „UNO-Kommission“ offiziell zur Regelung des Konflikts zwischen Holland und der Indonesischen Republik eingesetzt worden war. Ein Beschuß des Sicherheitsrats vom 28. Januar 1949 (Punkt 4, §., f.) ermächtigte diese Kommission insbesondere, „zur möglichst schnellen Wiedereinrichtung einer Zivilverwaltung der Republik beizutragen..., Empfehlungen einzubringen, in welchem Maße ... die auf Grund des Renville-Abkommens von der Republik zu kontrollierenden Gebiete (außerhalb Dschokjakartas) sukzessive wieder unter die Verwaltung durch die Regierung der Indonesischen

Republik zu stellen sind, und diese Rückführung zu überwachen“. Selbst zur Verwirklichung dieses Beschlusses rührten die Vertreter der Kolonialmächte, aus denen sich die „UNO-Kommission“ zusammensetzt, keinen Finger. Sie hatten die Existenz der Republik gleichsam vergessen und konzentrierten alle ihre Bemühungen darauf, das indonesische Volk zu zwingen, den Widerstand gegen die Okkupanten einzustellen.

Mit der unmittelbaren Vollstreckung dieses Auftrags wurde eine Gruppe von indonesischen bürgerlich-nationalistischen Führern betraut, die an der Haager Konferenz teilnahmen.

Die Frage nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der legitimen Rechte der seit August 1945 bestehenden und von der holländischen Aggression betroffenen Indonesischen Republik stand nicht einmal auf der Tagesordnung dieser Konferenz. Damit schienen Holland und die USA betonen zu wollen, daß sie die Indonesische Republik als nicht mehr existent betrachten. Der „Nieuwe Haagsche Courant“, eine holländische Zeitung, schrieb über den Charakter der Konferenz:

„Im Wege von Geheimverhandlungen werden im Haag schon jetzt die Portefeuilles der künftigen Regierung der Vereinigten Staaten von Indonesien unter den verschiedenen ausländischen Günstlingen verteilt. So z. B. wird angegeben, daß Sukarno Präsident der Vereinigten Staaten von Indonesien werden soll, Hatta — Ministerpräsident, Agung“ (Ministerpräsident des Marionettenstaates „Ostindonesien“) „— Innenminister, Sultan Hamid II. — Verteidigungsminister, Schahrir — Außenminister.“

Aber das Tauziehen um die Portefeuilles ist nur eine Seite der Angelegenheit. Hinter den verschlossenen Türen der Haager Konferenz war der Schacher der Imperialisten im Gange. Er zog sich in die Länge, offensichtlich weil die stärkeren Räuber sich schon fester in Indonesien zu etablieren begonnen hatten, ohne die Haager Dokumente abzuwarten. So berichtete z. B. die belgische Zeitung „Front“, Hatta und der Vertreter der USA-Monopole, Cochran, hätten schon vor der Abreise zur „Konferenz des runden Tisches“ ein Abkommen unterzeichnet, nach dem den amerikanischen Trusten das Recht auf Ausbeutung aller Erdölvorkommen und Kautschukplantagen übereignet wird. Dies Abkommen sieht vor, daß binnen der nächsten fünf Jahre in der Erdöl- und Kautschukindustrie Indonesiens eine Milliarde Dollar investiert werden sollen. Siebzig Prozent des zu investierenden Kapitals entfallen auf die Monopole Standard Oil Co., Shell Union Oil Co., Goodyear Tire & Rubber Co. sowie United States Rubber Co. Die einflußreiche amerikanische Firma Fox and Sons erhält auf die Dauer von 15 Jahren das Monopolrecht auf die Zinn- und Bauxitförderung.

Es waren buchstäblich nur wenige Tage nach Erlass des Befehls über die Einstellung der Kriegshandlungen vergangen, als die USA-Firmen schon in vielen Orten des Landes ihre Kontore eröffneten. So haben laut einer Meldung der holländischen Zeitung „De Volkskrant“ die USA-Truse General Motors Corp. und Goodyear Tire & Rubber Co. in Dschokjakarta Zweigstellen eingerichtet; sie erweitern ihre Tätigkeit im mittleren Teil von Java, namentlich in Bandung.

Die „Konferenz des runden Tisches“ formulierte und beschloß die sogenannte Verfassung der „Vereinigten Staaten von Indonesien“ und die Statuten der „Niederländisch-Indonesischen Union“.

Die „Vereinigten Staaten von Indonesien“ sollen die Indonesische Republik und die rund 15 Marionettenstaaten umfassen, die von den holländischen Behörden geschaffen wurden und an deren Spitze amerikanische und holländische Günstlinge aus Kreisen der örtlichen reaktionären Bourgeoisie und des Feudaladels stehen. Diese verwaltungstechnische Vereinigung der holländischen Kolonialbesitzungen in Indonesien wird demagogisch als „unabhängige und souveräne Republik“ erklärt (ihr offizieller Name lautet „Republik Indonesien — Serikat“). Der beharrliche nationale Befreiungskampf der Volksmassen zwingt die Imperialisten, das Kolonialregime mit den Aushängeschildern der „Republik“ und der „Niederländisch-Indonesischen Union“ zu tarnen. Aber die im Haag beschlossene „Verfassung“ der Pseudorepublik und die Statuten der „Union“ lassen keinen Zweifel an dem wirklichen Charakter dieses Regimes aufkommen.

Es wurde versprochen, daß ein Jahr nach Inkrafttreten der im Haag fabrizierten „Verfassung“ in Indonesien Wahlen abgehalten werden sollen. Die Provisorische Regierung der „Vereinigten Staaten von Indonesien“ wird in äußerst vereinfachtem Verfahren gebildet: die Hauer der Marionettenstaaten wählen einen Präsidenten, der den „Kern“ der Regierung aus drei Mann bildet. Einer dieser drei wird nach gütlicher Einigung zwischen ihnen zum Ministerpräsidenten ernannt. Die gleiche Dreiergruppe bestimmt auch die übrigen Mitglieder der Regierung, der die holländische Königin Juliana bis zum 30. Dezember 1949 die Insignien der „Souveränität“ einhändigen wird. Das künftige indonesische Parlament wird nicht einmal berechtigt sein, die Frage einer Auswechselung der von den Imperialisten approbierten Minister aufzuwerfen.

An der Spitze der „Niederländisch-Indonesischen Union“ wird die Königin der Niederlande stehen; alle Entscheidungen können nur „bei beiderseitigem Einverständnis“ getroffen werden. Folglich kann die „Regierung der Republik“ keinerlei

Beschlüsse selbständig fassen. Die auswärtigen Beziehungen Indonesiens gehören nicht zu den Befugnissen seiner Regierung. Für diese Angelegenheiten wird gleichfalls die „Union“, d. h. die holländische Krone, zuständig sein. Indonesien hat nicht das Recht, „ohne vorheriges Einverständnis seines Partners Verträge mit anderen Ländern zu schließen“. Aus dem Text des Abkommens ist ersichtlich, daß Indonesien im Ausland faktisch von Holland vertreten werden wird. Handelsabkommen darf Indonesien nur mit asiatischen Ländern schließen. Sein ganzer Handel mit Europa muß über Holland gehen.

Die ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik Indonesiens wird unter holländische Kontrolle gestellt. Das indonesische Volk muß Holland zur Vergütung der Ausgaben, die die holländischen Imperialisten in ihrem Krieg für die Versklavung des indonesischen Volkes hatten, eine Kontributioon von rund 4,5 Milliarden Gulden zahlen.

Die holländischen Truppen verbleiben faktisch in Indonesien. In dem Abkommen über militärische Fragen ist nur von ihrem „allmählichen“ Abzug in der Zukunft die Rede. Daß dies keine allzu nahe Zukunft sein wird, beeilte sich der holländische Oberbefehlshaber in Indonesien, van Vreden, sofort nach Abschluß der „Konferenz des runden Tisches“ mitzuteilen. In einer Rundfunkrede in Batavia erklärte er seinen Soldaten in warnendem Ton, sie sollten nicht annehmen, daß sie Indonesien bald verlassen könnten. Ungefähr das gleiche erklärte Oberst Simantupang, Armeestabschef der Hattaregierung, auf einer am 7. November abgehaltenen Pressekonferenz.

Es ist ganz klar, daß die Imperialisten keineswegs die Absicht haben, die holländische Armee aus Indonesien zurückzuziehen, denn es ist für niemand ein Geheimnis, daß sich das Kolonialregime dort nur mit Hilfe ausländischer Bajonette halten kann. Eine Sonderklausel des Haager Abkommens sieht vor, daß „jeder der Unionsteilnehmerstaaten seinem Partner auf Ersuchen im Falle der Notwendigkeit Einheiten seiner Streitkräfte zur Verfügung stellen muß“. Das heißt, daß die Aggression gegen das für seine Unabhängigkeit kämpfende indonesische Volk in Zukunft mit Berufungen auf „Hilfs“ansuchen der von den Imperialisten eingesetzten Kreaturen getarnt und als innere Angelegenheit der „Niederländisch-Indonesischen Union“ hingestellt werden wird. Da aber die holländische Armee, wie die Erfahrung zeigt, nicht imstande ist, der Volksbefreiungsbewegung in Indonesien Herr zu werden, werden gleichzeitig Maßnahmen getroffen, um solche indonesischen Streitkräfte aufzustellen, auf die sich die Imperialisten stützen könnten. Zu diesem Zweck werden die indonesischen Truppen faktisch

unter Kontrolle des holländischen Oberkommandos gestellt, das die Aufgabe übernimmt, Offiziere auszubilden, Kriegsschulen zu organisieren usw.

Auch die holländische Kriegsmarine bleibt in Indonesien. Die Imperialisten sind durch das rasche Anwachsen des antiimperialistischen Kampfes in den Ländern Asiens beunruhigt und haben, wie man sieht, die Absicht, die kämpfenden Völker des indonesischen Archipels vom Festland und vor allem von der Chinesischen Volksrepublik zu isolieren. Diese Aufgabe wird der holländischen Flotte auferlegt, die die Blockade des Landes fortsetzen wird.

Um all dem die Krone aufzusetzen, geht der holländische Kolonialverwaltungsapparat zur Gänze in die Institutionen Indonesiens über. Mit anderen Worten: der angeblich unabhängige Staat wird wie zuvor von holländischen Kolonialbeamten verwaltet werden.

Somit wurde auf der „Konferenz des runden Tisches“ im Haag das Programm zur Wiederaufrichtung der unumschränkten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft der Imperialisten in Indonesien, der Plan zur faktischen Liquidierung seiner Unabhängigkeit ausgearbeitet. Diesen räuberischen Plan verbergen die Imperialisten zwecks Irreführung der öffentlichen Meinung hinter falschen Deklarationen über die „Souveränität“ und „Unabhängigkeit“ der in Gründung befindlichen „Vereinigten Staaten von Indonesien“.

Wie wir sahen, kam dieser Plan bereits im Zuge der von Washington organisierten Vorverhandlungen der holländischen Behörden mit Hatta und Rum im Mai 1949 zustande und wurde dann im Juli auf der „Interindonesischen Konferenz“ bestätigt. Und wenn sich die Konferenz im Haag in die Länge zog, so nicht deswegen, weil dort irgend jemand für die Interessen des Friedens und der Sicherheit oder für die Belange des indonesischen Volkes eingetreten wäre, sondern weil die Teilnehmer dieses schmachvollen Schachers miteinander feilschten.

Mit der Wall Street feilschte die holländische Bourgeoisie, die vom amerikanischen Kapital in raschem Tempo aus den Schlüsselstellungen in Indonesien verdrängt wird. Die amerikanisch-holländischen Differenzen kamen namentlich darin zum Ausdruck, daß die Frage eines Status für Neuguinea bis zu einem bestimmten Zeitpunkt offen geblieben ist. Mit den Imperialisten feilschten Hatta und Co., die sich der Ministerportefeuilles möglichst fest versichern wollten.

Die imperialistische Presse war bestrebt, die Indonesier wie auch die öffentliche Meinung der anderen Länder irrezuführen, wozu sie den Anschein zu erwecken suchte, als kämpften die

indonesischen Teilnehmer des Haager Kuhhandels für die Interessen ihres Volkes. Es gehört zu den Gepflogenheiten der Imperialisten, den Ruf derjenigen bürgerlichen Nationalisten zu wahren, die sie zur Unterdrückung der antiimperialistischen Bewegungen in den Kolonien ausnutzen.

Wie dem auch sei, am 2. November schloß die Konferenz ihre Arbeit ab. Am nächsten Tag setzte der holländische Delegierte die UNO-Vollversammlung in Kenntnis, daß Indonesien nunmehr völlige Unabhängigkeit gewährt sei. Acheson gab prompt in einer Presseerklärung aus diesem speziellen Anlaß seine Genugtuung bekannt. Bevin sandte dem holländischen Ministerpräsidenten seine Sonderglückwünsche. Die Teilnehmer an der imperialistischen Verschwörung gegen die Unabhängigkeit Indonesiens beeilten sich, so zu tun, als ob die indonesische Frage gelöst sei. Die der Regierung nahestehende holländische Zeitung „Het Parool“ erschien am 3. November mit einer Schlagzeile über die ganze erste Seite: „Indonesienkonflikt nach vier Jahren endlich gelöst“.

Diese Behauptung ist eine offenkundige Lüge. Die indonesische Frage ist in keiner Hinsicht gelöst. Auf der Konferenz im Haag wurde an ihrer Stelle in gaunerhafter Weise die Frage nach der verwaltungstechnischen Einrichtung der holländischen Kolonialbesitzungen in Indonesien untergeschoben. Erneut wurde der Versuch gemacht, die selbständige Existenz der indonesischen Republik auszulöschen, indem sie als rechtloser Staat in die marionettenhaften „Vereinigten Staaten von Indonesien“ eingegliedert wurde. Mit andern Worten, die Konferenz im Haag befaßte sich nicht mit der Frage der Errichtung des Friedens und der Einstellung der imperialistischen Aggression gegen das für seine Unabhängigkeit kämpfende indonesische Volk, sondern mit der Frage, wie diese Aggression zu vollenden sei.

Der Sinn der Haager Abkommen besteht darin, die Aggression der Imperialisten in die Form einer inneren Angelegenheit Hollands und der indonesischen Reaktionäre zu kleiden, die mit Holland eine gemeinsame Sprache gefunden haben. Solange die „Konferenz des runden Tisches“ tagte, schickte die holländische Regierung pausenlos neue militärische Verstärkungen nach Indonesien. Die Hochseeschiffe „Zuiderkruis“, „Waterman“ und „De Groote Beer“ sind ausschließlich für Truppentransporte eingesetzt. Die holländische Zeitung „De Waarheid“ schreibt, kraft eines Geheimabkommens der holländischen und amerikanischen Behörden mit der Hattaclique sollen zum drittenmal „umfangreiche militärische Operationen“ gegen das indonesische Volk unternommen werden. Die Zeitung konstatiert in diesem Zusammenhang:

„Mit Hattas Hilfe wollen die amerikanischen regierenden Kreise Indonesien zu ihrem militärischen Stützpunkt machen.“

In diesem Lichte muß auch die Rolle der so genannten Indonesienkommission der UNO bewertet werden. Diese Kommission deckt nicht nur die Vorbereitung zu einer neuen imperialistischen Aggression gegen das indonesische Volk, sondern nimmt im Grunde genommen auch direkt an der Organisierung dieser Aggression teil.

\* \* \*

Neben dem grausamen und perfiden Kolonialkrieg auf den indonesischen Inseln wird gegen das indonesische Volk auch ein diplomatischer Krieg geführt, und zwar in den Sitzungssälen der UNO.

Im Lauf der Debatten zur indonesischen Frage haben sich zwei diametral entgegengesetzte Standpunkte herauskristallisiert. Der eine ist auf die Verteidigung des indonesischen Volkes und die Bändigung der Aggressoren gerichtet. Ihn vertreten nach wie vor die Sowjetunion und die anderen friedliebenden demokratischen Staaten. Der andere Standpunkt zielt auf die Unterstützung des Aggressors und die Erwürgung der indonesischen Unabhängigkeit ab. Diesen Standpunkt vertreten die englisch-amerikanischen Partner des holländischen Aggressors, die aus Indonesien einen Stützpunkt und ein Aufmarschgebiet für den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung in den südostasiatischen Ländern machen wollen. Seit mehr als vier Jahren setzen sie alle ihre Bemühungen daran, Holland die Möglichkeit zu schaffen, den Widerstand der Indonesier zu brechen.

In der UNO treten die Länder des demokratischen Lagers, ihnen voran die Sowjetunion, den Plänen der Feinde des indonesischen Volkes entgegen. Die Delegationen der Sowjetunion, der Ukrainischen SSR, der Bjelorussischen SSR und der volksdemokratischen Länder führen einen energischen Kampf gegen die Eroberungspolitik der Kolonialmächte, einen Kampf zum Schutz der gesetzlichen Rechte des indonesischen Volkes.

Wie schon erwähnt, wurde die indonesische Frage im Sicherheitsrat erstmalig im Februar 1946 von der Delegation der Ukrainischen SSR zur Sprache gebracht, die das abenteuerliche Unternehmen der Labourregierung enthüllte. Im Ergebnis waren die britisch-indischen Truppen genötigt, aus Indonesien abzuziehen, und dies früher, als Holland imstande war, die Republik zu überfallen.

Nachdem die holländische Regierung am 20. Juli 1947 mit Unterstützung von Washington und London in Indonesien den Krieg entfesselt hatte, beantragte die Delegation der Sowjetunion im Sicherheitsrat am 1. August, beide Seiten, Holland und die Indonesische Republik, sollten unver-

füglich die Truppen „auf die Stellungen zurücknehmen, die sie vor Beginn der militärischen Operationen in Indonesien besetzt hielten“. Der englisch-amerikanische Block lehnte mit Hilfe der Abstimmungsmaschine diesen Vorschlag ab, der bestimmt war, die Landräuber zu zwingen, das Gebiet der Indonesischen Republik zu räumen. Dagegen konnten die USA und England nicht verhindern, daß ein allgemeiner Beschuß über die Einstellung der Kriegshandlungen angenommen wurde.

Hierauf unterstützte der Vertreter der Sowjetunion energisch das Ersuchen des damaligen Hauptes der indonesischen Regierung, Amir Scharifuddins, um Bildung einer Kommission, die in Ausführung der Weisung des Sicherheitsrats betreffs Einstellung der Kriegshandlungen imstande wäre, die Fragen zu regeln, über die sich Holland und die Indonesische Republik streiten. Am 25. August 1947 brachte die Sowjetdelegation den Antrag ein, eine derartige Kommission aus Vertretern der Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates zu bilden. Die Kolonialmächte lehnten diesen Antrag ab: Frankreich legte sein Veto ein. Statt dessen gründeten sie das sogenannte Komitee „guter Dienste“, das im Grunde genommen nicht die UNO repräsentierte, sondern die an der Schürung des Kolonialkrieges in Indonesien interessierten Mächte. Die Rolle dieses Komitees ist bekannt.

Am 3. Oktober 1947 brachte der Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat wiederum eine Resolution ein, in der es Holland anheimgestellt wurde, als Vorbedingung für die Regelung des Konflikts unverzüglich die Truppen auf die Stellungen zurückzunehmen, die sie vor Beginn der Kriegshandlungen eingenommen hatten. Nach beharrlichem Kampf im Laufe mehrerer Sitzungen wurde wiederum die Abstimmungsmaschine in Gang gesetzt und der sowjetische Vorschlag abgelehnt.

Nachdem Holland in der Nacht zum 19. Dezember 1948 neuerlich die Republik überfielen und ihr Staatsgebiet besetzt hatte, brachte der Sowjetvertreter im Sicherheitsrat am 24. Dezember den Vorschlag ein, Holland als Aggressor zu verurteilen und die Zurücknahme der holländischen Truppen auf die Stellungen zu fordern, die sie vor Wiederaufnahme der Kriegshandlungen eingenommen hatten. Die Vertreter der Vereinigten Staaten und Englands waren jedoch nicht gewillt, Holland für das zu verurteilen, was es auf Abmachung mit ihnen und mit ihrer Hilfe getan hatte. Wie konnten sie der holländischen Regierung vorschlagen wiederzugeben, was gemeinsam geraubt worden war?

Am 27. Dezember drangen die Delegierten der Sowjetunion und der Ukraine im Sicherheitsrat

wiederum höchst energisch auf die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Einstellung des verbrecherischen Krieges gegen Indonesien. Der Vertreter der Ukrainischen SSR brachte eine Resolution ein, die die unverzügliche Zurücknahme der holländischen Truppen auf die Ausgangsstellungen forderte. Der Vertreter der Sowjetunion beantragte, der Sicherheitsrat möge der holländischen Regierung befiehlt, die Kriegshandlungen binnen 24 Stunden einzustellen.

Diese Vorschläge wurden vom englisch-amerikanischen Block überstimmt, aber in den zu ihrer Verteidigung gehaltenen Reden wurde das verbrecherische Spiel der Imperialisten aufgedeckt. Die ganze Welt sah nun, daß die Vertreter der USA und Englands im Sicherheitsrat dieses wichtige Organ hinderten, seinen in der UNO-Satzung vorgesehenen unmittelbaren Aufgaben nachzukommen. Sie ließen sich faktisch auf eine unmittelbare Verteidigung des holländischen Aggressors ein und lehnten es ab, das Opfer der Aggression in ihren Schutz zu nehmen.

Da aber der militärische Überfall Hollands auch diesmal nicht zum Ziel führte, beschlossen die USA und England, Holland unter dem Aushängeschild der UNO unmittelbaren Beistand zu leisten. So tauchte im Sicherheitsrat die amerikanische Resolution vom 28. Januar 1949 auf, in der nicht von der Einstellung der holländischen Aggression, nicht von der Zurücknahme der holländischen Truppen die Rede war, sondern von einer „föderalen Einrichtung“ Indonesiens, obwohl diese Frage, von niemand im Sicherheitsrat aufgeworfen, von diesem niemals erörtert, in keiner unmittelbaren Beziehung zur Frage des holländischen Überfalls stand.

Der Sowjetvertreter enthüllte und verurteilte in seiner Rede die Ränke des englisch-amerikanischen Blocks und beantragte wiederum die sofortige Zurücknahme der holländischen Truppen auf die im „Renville“-Abkommen vorgesehenen Stellungen. Auch dieser Antrag wurde von den Vereinigten Staaten samt ihren imperialistischen Partnern zum Scheitern gebracht.

Am 23. März 1949 brachte der englisch-amerikanische Block im Sicherheitsrat eine Resolution durch, die den Beschuß des Rats vom 28. Januar „ausbaute“. Ohne die Aufhebung der holländischen Okkupation zu fordern, stellte diese Resolution der holländischen Regierung und der Hatta-regierung anheim, „Vor“verhandlungen aufzunehmen. Der Sinn dieses Tricks wurde bald klar: am 11. Mai beantragten die Delegationen Indiens und Australiens in Ausführung einer Weisung der USA und Englands, die indonesische Frage „im Zusammenhang mit eingelaufenen Mitteilungen über ein provisorisches Abkommen“ zwischen Holland und der Hatta-clique von der Tages-

ordnung der dritten Session der Vollversammlung abzusetzen.

Der Vertreter der Sowjetunion unterzog in seiner Rede auf der Vollversammlung diesen Vorschlag einer scharfen Kritik, als einen Antrag, der den Feinden Indonesiens freie Hand gab. Die mechanische Mehrheit stimmte jedoch für die Vertragung der indonesischen Frage auf die vierte Session der Vollversammlung, d. h. auf den Herbst 1949.

Die Vertreter der Sowjetunion und der anderen Länder des demokratischen Lagers traten unablässig für den Schutz des Rechts des indonesischen Volkes auf Unabhängigkeit ein. Sie wirkten im Geiste der UNO-Satzung und in Übereinstimmung mit dieser. Getreu ihrer Politik der Verteidigung des Friedens, der Verteidigung der Interessen der unterdrückten Völker, trat und tritt die Sowjetunion systematisch und konsequent für das Recht des indonesischen Volkes auf Unabhängigkeit ein und fordert beharrlich Bändigung des holländischen Aggressors sowie Unterbindung des Komplotts der Imperialisten gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit Indonesiens.

\* \* \*

Die Beschlüsse der Haager „Konferenz des runden Tisches“ sind kein Schritt zum Frieden hin. Sie bedeuten eine neue Phase der imperialistischen Aggression gegen das 70-Millionen-Volk Indonesiens. Der Krieg in Indonesien dauert an. Es ist verboten, Mitteilungen über die Kriegshandlungen zu veröffentlichen — darüber besteht eine Vereinbarung zwischen den holländischen Behörden und der Hatta-regierung. Der Zweck dieser Vereinbarung ist klar: die Sache so hinzustellen, als ob Holland keinen aggressiven Krieg führe, und die Tatsache zu verheimlichen, daß sich das indonesische Volk Hattas Befehl vom 3. August über die Einstellung der Kriegshandlungen nicht gefügt hat.

Aber es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an die Sonnen. Man weiß, daß bereits nach Abgabe des Befehls über die Einstellung der Kriegshandlungen in vielen Landesgebieten Kämpfe stattfanden und stattfinden, namentlich in den Bezirken Surakarta, Semarang, Purwadadi und Surabaja. Die holländischen Truppen setzen schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge ein. Im ganzen Lande funktionieren holländische Kriegsgerichte, die Todesurteile fällen. Holländische Strafexpeditionen terrorisieren die Bevölkerung. Zehntausende Indonesier schmachten als Kriegsgefangene und politische Häftlinge in Kerkern und Konzentrationslagern. Alle diese Missetaten werden mit Wissen und Unterstützung der Sukarno-Hatta-Clique begangen. Wie die holländischen Zeitungen berichteten, beteiligen

sich die Truppen der Hattaregierung an den Kämpfen gegen die Partisanen. Die holländische Telegrafenagentur ANP berichtet aus Batavia, daß „die holländischen Behörden die regelmäßige Belieferung der Hattatruppen mit Bekleidung und Proviant aufgenommen haben“.

Das indonesische Volk fährt fort, sein Land gegen die imperialistischen Landräuber zu verteidigen. Es hat den Kampf um die Unabhängigkeit nicht eingestellt. Allen Maßregeln zum Trotz sind Mitteilungen über Kriegshandlungen auf Java, Sumatra, Borneo, Celebes und den Molukken in die Presse durchgesickert. Es ist auch bekanntgeworden, daß in den Straßen des Marinestützpunkts Surabaja, im Umkreis so bedeutender Städte wie Bandung, Malang, Probolinggo, Modschokerto, Blitar u. a. (auf Java), Bandschermasin und Hulussungej (auf Borneo) und anderwärts Kämpfe stattgefunden haben. Vom 23. August, d. h. seit Eröffnung der „Konferenz des runden Tisches“, bis zum 8. November berichteten die holländische Presse und der Rundfunk von 63 Schlachten, Kämpfen und Scharmützeln, wobei im September 11, im Oktober 29 und in der ersten

Novemberwoche 5 derartige Zusammenstöße registriert wurden. Die indonesischen Partisanen haben die holländischen Truppen und die Hattatruppen aus der Stadt Pagerbarang (auf Java) hinausgeschlagen.

Wie die holländische Zeitung „Trouw“ vom 1. November zugibt, sind einige Einheiten der Hattatruppen zu den Partisanen übergegangen. Die holländische Presse teilt mit, daß Einheiten der republikanischen Truppen sich weigern, der Hattaregierung Folge zu leisten. Polizisten und hunderte Angehörige von Wachmannschaften holländischer Plantagen gehen unter Mitnahme ihrer Waffen zu den Partisanen über.

Somit können weder Krieg noch Terror noch die Machenschaften des amerikanischen Spionagedienstes noch die gemeinen Umtriebe der bürgerlich-nationalistischen Verräter aus der Sukarno-Hatta-Schahrir-Gruppe den gerechten Kampf des indonesischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit erdrosseln. In diesem Kampf gehören die ungeteilten Sympathien des gesamten mächtigen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus dem indonesischen Volke.

## In den Ländern der Volksdemokratie

### Ein neuer Sieg des polnischen Volks

Das polnische Volk hat einen neuen großen Sieg an der Wirtschaftsfront zu verzeichnen. Am 1. November hatten die Werktagen der Polnischen Republik binnen zweier Jahre und zehn Monate den staatlichen Dreijahrplan des wirtschaftlichen Wiederaufbaus für die Jahre 1947—1949 erfüllt.

Laut den am 16. November veröffentlichten amtlichen Aufstellungen der Staatskommission für Wirtschaftsplanung hat der Wert der von der polnischen Industrie erzeugten Produktion den Plan um 200 Millionen Vorkriegszłoty überschritten und 35,7 Milliarden Złoty ausgemacht. Somit ist der Dreijahrplan — zwei Monate vor Fristablauf — zu 100,6 Prozent erfüllt. Die Betriebe der Hüttenindustrie erfüllten den Plan zu 106 Prozent, die der elektrotechnischen Industrie zu 113, die des Schwermaschinenbaus zu 113, die der Textilindustrie zu 109, die der Leder- und Papierindustrie zu 100, die der Zukerindustrie zu 128, die der holzbearbeitenden Industrie zu 114, die der Tabakindustrie zu 116 Prozent usw.

Unzweifelhafte Erfolge wurden auch in der Landwirtschaft erzielt. Die Weizenernte belief sich auf 106 Prozent des Plans, die Roggenernte auf 118, die Kartoffelernte auf 100 und die Zucker-

rübenernte auf 108 Prozent. Überboten wurden auch die Planaufgaben betreffs Zuwachses im Pferde- und Rinderbestand. Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion nahm gegenüber 1946 um 68 Prozent zu. Die Landwirtschaft erhielt um sechs Prozent mehr Traktoren, als plangemäß vorgesehen war.

Durch vorfristige Erfüllung des Dreijahrplans hat das polnische Volk auf dem Wege der Industrialisierung einen großen Schritt vorwärts getan. Die Produktion der großen und der mittleren Industrie wird im Jahre 1949 einen Wert von 14 Milliarden Vorkriegszłoty haben. Das ist fast 2½ mal mehr als im Jahre 1946 und beinahe um 75 Prozent mehr als in den Vorkriegsjahren. Ermißt man den Wert der erzeugten Industriewaren pro Kopf der Bevölkerung, so ist er zweieinhalbmal so hoch wie vor dem Krieg. Nicht minder kennzeichnend ist die Veränderung der Klassenstruktur der Bevölkerung. Der Anteil der im Lohnverhältnis stehenden Personen an der Gesamtbevölkerung ist von 18,2 Prozent im Jahre 1938 auf derzeit 35,9 Prozent gestiegen, während der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen von 64,5 auf 51,6 Prozent zurückgegangen ist.

Die Realisierung des Dreijahrplans hat den Lebensstandard der Bevölkerung Polens beträchtlich

erhöht. Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten hat sich mehr als verdoppelt! Das Volk Polens hat begonnen, besser als vor dem Krieg zu leben. So ist jetzt der Weizenkonsum pro Kopf der Bevölkerung um 19 Prozent, der Fleischkonsum um 19 Prozent, der Eierkonsum um 50 Prozent, der Zuckerkonsum um 64 Prozent, der Wollstoffkonsum um 55 Prozent usw. höher als in der Vorkriegszeit.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Polnischen Republik wie der anderen Länder der Volksdemokratie, die festen Schritte den sozialistischen Entwicklungsweg betreten haben, steht in einem frappanten Kontrast zu der Lage in den marshallisierten Ländern. Was können die Machthaber Englands, Frankreichs, Italiens oder Belgiens diesem Aufschwung gegenüberstellen? Schrumpfung der Produktion, Zunahme der Arbeitslosigkeit, ununterbrochene Preissteigerung bei gleichzeitigem Lohnstopp, Rückgang des Konsums, Wachsen des Elends und Hungers immer größerer Schichten von Werktätigen. Kein Wunder, daß die den Monopolen dienstbare Presse die wirtschaftlichen Erfolge Polens sowie der anderen Länder des demokratischen Lagers verschweigt. Auf dem Hintergrund dieser Erfolge zeichnet sich die Krise und die Hinfälligkeit des kapitalistischen Systems noch deutlicher ab.

#### Fünf Jahre ARLUS

Seit dem Gründungstag der Rumänischen Assoziation zur Festigung der Verbindungen mit der Sowjetunion (ARLUS) sind fünf Jahre vergangen. Während dieser Zeitspanne hat die Gesellschaft eine bedeutende Arbeit geleistet, um das rumänische Volk mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften des Landes des Sozialismus bekannt zu machen und die Völker beider Länder einander kulturell näherzubringen.

So hat die Gesellschaft z. B. während der ersten neun Monate des laufenden Jahres an die 200 000 Versammlungen, Konferenzen und Literaturabende veranstaltet. Die Teilnehmerzahl belief sich auf mehr als 26 Millionen. Viele Tausende besichtigten voll Interesse die von der Gesellschaft organisierten Photoausstellungen, unter anderen solche zu den Themen „Die Sowjetunion in der Vorhut der Friedensbewegung“, „Der Kolchos hat der sowjetischen Bauernschaft den Weg zu Glück und Wohlstand eröffnet“. Der Verlag der Gesellschaft hat seit seinem Bestehen 676 sowjetische Bücher in einer Gesamtauslage von rund acht Millionen Exemplaren in rumänischer, ungarischer und anderen Sprachen erscheinen lassen. Ein Lehrbuch der russischen Sprache

ist bereits in vierter Auflage erschienen — derart groß ist die Nachfrage nach ihm.

Die Rumänische Assoziation zur Festigung der Verbindungen mit der Sowjetunion besitzt eigene Bibliotheken und eine periodische Presse. Die Zentralbibliothek der Gesellschaft in Bukarest verfügt über einen Bücherbestand von 45 000 Bänden. Die Gesellschaft versorgt 8400 Bibliotheken des Landes mit Büchern. Das Wochenblatt der Gesellschaft, „Veac Nou“ (Neues Zeitalter), hat eine Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren, eine unter dem gleichen Titel erscheinende große illustrierte Monatsschrift — von 200 000 Exemplaren. Ferner wird eine Zeitschrift in ungarischer Sprache herausgegeben.

Die Gesellschaft erblickt eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Popularisierung der vorgeschrittenen Arbeitsmethoden, die in der Industrie und in der Landwirtschaft der Sowjetunion angewandt werden. Das Studium und die Ausnutzung der Erfahrungen der besten sowjetischen Stachanowleute durch die rumänischen Arbeiter zeitigt prächtige Ergebnisse und beschleunigt die Entwicklung der Volkswirtschaft. Unter Anwendung der Methoden des Moskauer Maurers Orlow haben dessen rumänische Nacheiferer Strengati, Apostol und Ujvaroši binnen einer Schicht 20 bis 29 Kubikmeter Ziegel statt der 2 Kubikmeter, die der Norm entsprechen, gesetzt. Šerbanescu, ein Dreher des Bukarester Werks „Repubica“, hat die Methode des sowjetischen Fräzers Ponomarjow studiert und arbeitet jetzt nicht an einer Drehbank, sondern an mehreren. Sein Beispiel hat eine große Bewegung von Arbeitern ins Leben gerufen, die gleichzeitig eine Vielzahl von Maschinen bedienen. Viele Lokomotivbrigaden in Rumänien wenden die Luninschen Methoden an. Die rumänischen Bergarbeiter, Erdölarbeiter und Textilarbeiter, welche die sowjetischen Erfahrungen übernommen haben, liefern ihrem Land ständig mehr Waren. Gleichzeitig sind die Lohnsummen der Nacheiferer sowjetischer Stachanowleute um ein Mehrfaches gestiegen.

Das Fünfjähr Jubiläum der Rumänischen Assoziation zur Festigung der Verbindungen mit der Sowjetunion wurde von der Öffentlichkeit der Republik gefeiert. Die zur Jubiläumsfeier eingetroffene, von Akademiemitglied N. Anitschkow geführte Sowjetdelegation wurde voll Herzlichkeit empfangen. Die Reihen der Gesellschaft wachsen. Gegenwärtig bestehen in den Betrieben, den Ämtern und Dörfern Rumäniens 17 230 Ortsgruppen der Gesellschaft. Sie vereinigen rund 4 Millionen Mitglieder.

Es erstarkt die Freundschaft und das fruchtbare Bündnis zwischen dem rumänischen und dem sowjetischen Volk.

**ÜBER DAS VERBOT DER ATOMWAFFE  
UND ÜBER DIE INTERNATIONALE KONTROLLE**

---

**ÜBER DIE VERURTEILUNG  
DER VORBEREITUNG EINES NEUEN KRIEGES  
UND ÜBER DEN ABSCHLUSS EINES FÜNFMÄCHTEPAKTS  
ZUR FESTIGUNG DES FRIEDENS<sup>1</sup>**

Reden A. J. WYSCHINSKIS  
auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung

## I N H A L T

Über das Verbot der Atomwaffe und über die internationale Kontrolle. Rede A. J. Wyschinskis, gehalten im Politischen Sonderausschuß am 10. November 1949 . . . . .	1
Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens. Rede A. J. Wyschinskis, gehalten in der Sitzung des Ersten Ausschusses der UNO-Vollversammlung am 14. November 1949 . . . . .	16
Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens. Rede A. J. Wyschinskis, gehalten in der Sitzung des Politischen Ausschusses der UNO-Vollversammlung am 16. November 1949 . . . . .	27

# Über das Verbot der Atomwaffe und über die internationale Kontrolle

Rede A. J. WYSCHINSKIS,  
gehalten im Politischen Sonderausschuß am 10. November 1949

## 1. Die USA und England sabotieren die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung

Auf unserer Tagesordnung steht ein Bericht der Atomenergiekommission bezüglich einer der wichtigsten Fragen, die das Augenmerk der Organisation der Vereinten Nationen auf sich lenken. Diese Frage wurde schon vor drei Jahren aufgeworfen, einer Zeit, die ausreichen sollte, um sie zu lösen. Aber sie ist noch immer nicht erledigt. Im Gegenteil, sie ist ihrer Erledigung jetzt nicht mehr als vor drei und vor zwei Jahren nähergerückt. Und dies trotz einer Reihe von Resolutionen, die von der Vollversammlung im Laufe dieser Zeit angenommen wurden und in denen klar und deutlich das einmütige Streben unserer Organisation nach Lösung dieser Frage ausgedrückt ist, nach Lösung durch ein Verbot der Verwertung von Atomenergie für militärische Zwecke sowie durch Ausschluß der Atomwaffe aus den nationalen Rüstungen. Es muß festgestellt werden, daß sich alle diese Resolutionen als leere Deklarationen erweisen, daß sie samt und sonders jeder realen Bedeutung entbehren und von dem Block, der in der UNO kommandiert, in einen bloßen Fetzen Papier verwandelt worden sind.

Das Jahr, das seit der dritten Tagung der Vollversammlung verstrichen ist, hat in der Lösung des Atomproblems nichts Neues gebracht. Wie wir schon auf der Pariser Tagung ausführten, hatte die Resolution vom 4. November 1948 keinerlei Resultate und konnte sie auch nicht haben. In diesem Sinne muß festgestellt werden, daß das verflossene Jahr in der betreffenden Angelegenheit ein verlorenes Jahr war. Diese Resolution hatte, wie man annehmen kann, eins zum Ziel: zu bemühteln, daß man von einer Erfüllung der Hauptresolutionen der Vollversammlung Abstand nimmt, die am 24. Januar und am 14. Dezember 1946 angenommen wurden und deren historische Bedeutung selbstverständlich nicht herabgesetzt werden kann.

Um nicht untrifftige Behauptungen aufzustellen, genüge ein Hinweis auf Punkt 6 der am

14. Dezember 1946 angenommenen Resolution über die Schaffung eines internationalen Systems im Rahmen des Sicherheitsrats, der die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit trägt, eines Systems zur Gewährleistung von Maßnahmen für ein Verbot der Verwertung von Atomenergie zu militärischen Zwecken und für die Herstellung einer Kontrolle über die Atomenergie in dem Umfang, wie er für die Garantie ihrer Verwertung ausschließlich zu friedlichen Zwecken erforderlich ist.

In der Resolution der Vollversammlung vom 4. November wird diese Frage umgangen oder, genauer gesagt, zu Grabe getragen. Ubrigens ist das ein Leichenbegängnis nicht erster, sondern dritter Klasse. Die in der Resolution vom 4. November 1948 enthaltenen Empfehlungen über Konsultationen der sechs ständigen Mitglieder der Atomenergiekommission zwecks Feststellung, ob die Grundlage für ein Abkommen über die internationale Atomenergiekontrolle zur Sicherstellung ihrer ausschließlichen Verwertung für friedliche Zwecke vorhanden ist, erwiesen sich — wie das die Delegation der UdSSR seinerzeit auch vorausgesehen hatte — als unreal, als ungeeignet, dieser wichtigen Angelegenheit über den toten Punkt hinwegzuhelfen. Über den Grund hierfür muß Klarheit herrschen: von den sechs ständigen Mitgliedern dieser Kommission hatten fünf dadurch, daß sie für die Resolution vom 4. November 1948 stimmten, es schon im voraus für notwendig befunden, daß die Kommission ihre Arbeit überhaupt einstelle, und hatten dies mit der „Ausweglosigkeit der Lage“ und mit der Unfähigkeit der Kommission motiviert, die in ihrer Arbeit aufgetauchten Widersprüche und Differenzen zu beheben.

Ein solcher Beschuß der Atomenergiekommission bedeutete im Grunde, daß man von jeglichen Versuchen Abstand nahm, ein Verbot der Atom-

waffe zu erzielen. Dieser Beschuß steht in direktem und unverkennbarem Widerspruch zu den Resolutionen vom 24. Januar und vom 14. Dezember 1946. Das mußte eigentlich indirekt auch die Vollversammlung selbst zugeben, die der Kommission vorschlug, ihre Tagungen wieder aufzunehmen und die im Arbeitsprogramm der Kommission übriggebliebenen Fragen zu prüfen, deren Prüfung die Kommission selber für praktisch durchführbar und nutzbringend halten würde.

Schon bei Annahme einer solchen Resolution war sich niemand darüber im Zweifel, daß die Erörterung der im Arbeitsprogramm der Kommission noch unerörtert gebliebenen zweitrangigen Fragen keine wesentliche Bedeutung, wenn nicht sogar überhaupt keine Bedeutung haben konnte.

Die Wirklichkeit übertraf jedoch die düstersten Erwartungen, da die Mehrheit dieser Kommission sogleich ihre frühere unnachgiebige Haltung einnahm, indem sie erneut das Bestreben des englisch-amerikanischen Lagers demonstrierte, die Arbeit zur Abfassung einer Konvention über ein Verbot der Atomwaffe und über eine Kontrolle der Einhaltung dieses Verbots zu hintertreiben. Die sogenannte „Wiederaufnahme“ der Arbeit durch die Atomenergiekommission drückte sich darin aus, daß die Mehrheit der Kommission ein und dieselben Thesen zur Verteidigung des amerikanischen Plans für eine sogenannte internationale Kontrolle wiederholte.

Alles, was in den Sitzungen der Atomenergiekommission vor sich ging, bestätigte erneut die völlige Ungewilltheit der Kommissionsmehrheit, auch nur irgendeinen Schritt vorwärts zu tun, es bestätigte im Gegenteil ihr ausschließliches Bestreben, die Arbeit der Kommission zur leeren Formalität zu machen, ohne die geringste Spur von wirklicher Bereitschaft, ernsthaft über Maßnahmen zum Verbot der Atomwaffe, über Maßnahmen zur Herstellung einer wirklich effektiven internationalen Kontrolle nachzudenken.

Ein derartiges Verhalten der Kommissionsmehrheit entsprach völlig der politischen Linie der USA-Regierung in der Atomfrage, einer Linie, die in der bekannten Rede des USA-Präsidenten vom 6. April d. J. zum Ausdruck kam, in der er sagte, er werde nicht schwanken, einen Beschuß über die Anwendung der Atombombe zu fassen, wenn das Wohlergehen der USA oder der Weltdemokratien auf dem Spiel stünde.

Der zweite Teil dieses Satzes, der die Gründe enthält, weswegen irgend jemand Atombomben auf den Kopf geworfen werden würden, hat natürlich rein bedingte Bedeutung, denn man kann stets einen präsentablen Vorwand für eine unpräsentable Tat finden. Tatsächlich aber bleibt nun

einmal, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten in den USA keineswegs daran dachten, die Anwendung der Atombombe zu verbieten, daß sie vielmehr daran dachten, im geeigneten Augenblick nicht zu schwanken, die Atombombe anzuwenden.

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, General Bradley, erklärte, in militärischer Hinsicht könne der Nordatlantikpakt für die amerikanische Sicherheit ebenso wichtig werden wie der Besitz von Atombomben.

Bei einer solchen Einstellung konnte natürlich keine Hoffnung auf ein Gelingen der Arbeit der Kommission bestehen, die berufen war, Maßnahmen für ein Verbot der Atomwaffe auszuarbeiten.

Die dritte Tagung der Vollversammlung im Jahre 1948 konnte diese Frage ebenfalls nicht von der Stelle bringen. Mehr noch, die dritte Tagung der Vollversammlung, die sich ganz unkritisch zu dem von der Atomenergiekommission eingebrachten Bericht verhielt und einfach die allgemeinen Schlüssefolgerungen und Empfehlungen dieses Berichts bestätigte — was der englisch-amerikanische Block auf der dritten Tagung besonders anstrebt und auch durchsetzte —, verzichtete dadurch auf jeglichen Versuch, die Frage eines Verbots der Atomwaffe und der Herstellung einer internationalen Kontrolle weiter auszuarbeiten.

Die Ungewilltheit, ein Verbot der Atomwaffe zu beschließen, ist der Hauptgrund, der die USA-Regierung veranlaßt, die Ausarbeitung von Maßnahmen für ein Verbot der Atomwaffe auf jede Weise zu erschweren. Allerdings wird diese Ungewilltheit mit falschen Phrasen bemängelt, man sei beunruhigt über die Sackgasse, in die die Arbeit der Atomenergiekommission geraten ist; sie wird bemängelt mit den heuchlerischen Wünschen, die sechs ständigen Kommissionsmitglieder möchten Beratungen abhalten, um festzustellen, ob die Grundlage für ein Abkommen über eine internationale Atomenergiekontrolle vorhanden sei, durch das die Verwendung der Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken und ein Ausschluß der Atomwaffe aus den nationalen Rüstungen sichergestellt werde.

Der englisch-amerikanische Block, der der Vollversammlung vor einem Jahr diese Resolution aufdrängte, wußte natürlich genau, daß bei den vorhandenen Einstellungen, von denen die Äußerungen sehr verantwortlicher Leiter der amerikanischen Politik ein bereites Zeugnis ablegen, keinerlei Ursache vorhanden ist, darauf zu rechnen, daß diese Kommission der Sechs durch ihre sogenannten Konsultationen eine solche Grundlage zu finden imstande sein werde. Eine derartige Resolution trug jedoch dazu, die öffentliche

Meinung irrezuführen, indem sie den falschen Eindruck erweckte, als seien die USA, England und ihre Gesinnungsgenossen wirklich über die in dieser Frage entstandene Situation besorgt.

Jetzt wird offiziell mitgeteilt, es sei den sechs ständigen Kommissionsmitgliedern nicht gelungen, eine Grundlage für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgabe zu finden.

## 2. Wie der englisch-amerikanische Block die Tatsachen entstellt

Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß zu gleicher Zeit, als der Vollversammlung ein vorläufiger Bericht dieser Kommission über die Konsultationen der sechs ständigen Mitglieder der Atomenergiekommission unterbreitet wurde, fünf Mitglieder der Kommission — die USA, Großbritannien, Frankreich, China und Kanada — sich beeilten, von sich aus eine Erklärung über diese Konsultationen publik zu machen. In dieser Erklärung legten sie das Wesen der Differenzen, die zwischen der UdSSR und den fünf anderen ständigen Mitgliedern dieser Kommission entstanden waren, tendenziös dar und gaben von der Haltung der Sowjetunion ein Zerrbild, indem sie die Sache so hinstellen, als habe diese Haltung eben die Erzielung einer Verständigung verhindert.

Diese Erklärung der Fünf — wie ich sie der Kürze halber nennen will — ist darauf berechnet, die Sowjetunion für die Störung der Arbeit der Atomenergiekommission verantwortlich zu machen, indem man die Sowjetunion lügenhaft als Gegnerin eines Verbots der Atomwaffe bezeichnet und somit die Schuld auf einen Unschuldigen abwälzt; das ist, wie man schon sagen muß, die erprobte Methode aller Fälscher, aller Leute, die gern im Trüben fischen.

Wie tendenziös die Haltung der Sowjetunion in dieser Erklärung dargestellt ist, kann man z. B. aus dem Teil der Erklärung der fünf Mächte entnehmen, der die Überschrift „Schlußfolgerungen“ trägt. In diesen „Schlußfolgerungen“ wird das Verhalten der fünf Mächte buchstäblich als engelgleich geschildert. Sie seien es, die die internationale Sicherheit und die internationale Zusammenarbeit schützen. Sie — die fünf Mächte — seien, wie es in dieser Erklärung heißt, bereit, jede beliebigen „Neuerungen“ in den traditionellen Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit, der nationalen Souveränität, der Wirtschaftsorganisation zuzulassen, wo immer sie sich für die Sicherheit als notwendig erweisen sollten. Hingegen wird die Haltung der Sowjetunion als teuflisch dargestellt, man malt sie in den schwärzesten Farben aus, gibt von ihr das scheußlichste Abbild. Schenkt man diesen Fünf Gehör, so ist es die Sowjetregierung, die nicht den Wunsch hat,

Maßnahmen zur Gewährleistung der internationalen Zusammenarbeit und der internationalen Sicherheit zu treffen.

Es wird der Sowjetregierung verleumderisch zugeschrieben, sie sei „nicht gewillt, auf Maßnahmen einzugehen, die in die strikte Ausübung ihrer ungeschmälerten Staatssoveränität eingreifen oder diese Ausübung beeinträchtigen könnten“.

In diesen „Schlußfolgerungen“ ist jedes Wort eine Übertreibung, Entstellung oder Fälschung der Tatsachen.

In der Tat, beginnen wir damit, die engelgleiche Haltung der fünf Mächte ins Auge zu fassen. Was haben diese Engel während der Konsultationen vorgeschlagen? Sie behaupten, sie hätten irgendwelche „Neuerungen“ in Vorschlag gebracht. In Wirklichkeit haben sie keinerlei „Neuerungen“ angeregt, abgesehen natürlich von der Neuerung, daß hinsichtlich der Souveränität verlangt wird, man solle kategorisch, restlos, widerspruchslos und bedingungslos auf jegliche Souveränität verzichten. Derartige diktatorische Forderungen kann man doch nicht als „Neuerung“ betrachten. Ebensowenig wie die alten, schon mehrmals aufs Tapet gebrachten Forderungen der englischen und der amerikanischen Delegation und einiger sie unterstützender anderer Delegationen, den amerikanischen Kontrollplan vorbehaltlos anzunehmen, ohne in Betracht zu ziehen, daß dieser Plan, wie ich sagte, jegliche staatliche Souveränität negiert.

Die Weigerung der Vertreter der Sowjetunion, einen solchen Plan anzunehmen, der die Geschicke jedes beliebigen Staates, seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit dem Willen und der Willkür eines sogenannten internationalen Kontrollorgans ausliefern, wird von diesen ehrlichen Fünf als Verzicht auf internationale Zusammenarbeit und als Ablehnung der internationalen Kontrolle in der Atomfrage hinstellt.

Die fünf Mächte fuhren während der sogenannten Konsultationen hartnäckig fort, den berüchtigten Baruchplan aufzudrängen, der bekanntlich schon 1946 ausgeheckt und von einer Reihe namhafter Atomgelehrter schon vor zwei Jahren mit

Recht verurteilt wurde, Gelehrter, die man keineswegs des Kommunismus oder auch nur der geringsten Annäherung an den Kommunismus verdächtigen kann.

Um ihre Lesart von irgendwelchen „Neuerungen“ zu stützen, bedurfte es einer speziellen Erklärung des kanadischen Vertreters, der am 5. Oktober d. J. nachzuweisen suchte, daß der amerikanische Plan einer sogenannten internationalen Kontrolle, der uns vorliegt und den man uns aufzudrängen sucht, keineswegs eine Wiederholung des Baruchplans darstellt, sondern sich im Gegenteil wesentlich von ihm unterscheidet. Das ist natürlich eine unsinnige Behauptung! Alle grundlegenden prinzipiellen Thesen des ursprünglichen Baruchplans bleiben unverändert bis auf den heutigen Tag bestehen, als habe sich seither nichts ereignet, das eine Veränderung, eine Revision der alten Positionen durch die Verfasser des amerikanischen Plans erforderlich machen würde.

Alle prinzipiellen Thesen des Baruchplans, von der Theorie der Stadien bis zur Übereignung aller Atomrohstoffe und aller Atombetriebe an ein internationales Organ, sind auch im neuen Plan, dem in den Berichten der Atomenergiokommision figurierenden sogenannten amerikanischen Plan, in unveränderter Form bestehengeblieben.

Es ist das immer der gleiche Acheson-Lilienthal-Baruch-Plan.

Allerdings werden gewisse Versuche gemacht, die Hauer und Klauen dieses Plans zu verborgen, einige allzu zynische Formulierungen durch andere, weniger anrüchige und grobe zu ersetzen.

So z. B. heißt es jetzt in der Formel, laut welcher das gesamte Uran und Thorium, unabhängig davon, wo es sich vorfindet, einem internationalen Organ übereignet werden soll, schon vorsichtiger — hierauf zielte der französische Zusatzantrag ab —, daß man die Übereignung der erwähnten Stoffe an das internationale Organ für den Fall im Auge habe, wenn diese Stoffe an ihrem natürlichen Lageort gewonnen werden, d. h. wenn das Erz die Grube oder die anliegenden Anreicherungsgerüste verläßt.

Die Fünf sind damit einverstanden, daß Erze, welche irgendwo tausende und aber tausende Meter unter der Erde ruhen, nicht dem internationalen Organ übereignet werden, sondern Eigentum des betreffenden Staates bleiben. Aber die Fünf sind nicht damit einverstanden, daß diese Erze, sobald sie an der Erdoberfläche erscheinen, in die Verfügungsgewalt dieses Staatsorgans, dieser Staatsmacht übergehen, denn sogleich nach dem

Verlassen der Grube sollen derartige Erze Eigentum des internationalen Kontrollorgans werden.

Es ist klar, daß es sich sowohl im einen wie im andern Falle wesentlich um das gleiche handelt: das Uran- und Thoriumerz fällt dem so genannten internationalen Kontrollorgan zu. Um die allzu grobe Unverblümtheit der USA-Imperialisten zu bemänteln, deren Traum es ist, die gesamte Atomproduktion in ihre Hände zu nehmen und die gesamte Tätigkeit auf diesem Gebiet in der ganzen Welt nach eigenem Gutdunken zu lenken, suchen die fünf Mächte die in den Berichten der Atomkommission enthaltenen Formulierungen, in denen es sich um das berüchtigte Eigentumsrecht des sogenannten internationalen Kontrollorgans handelt, zu mildern. Zu diesen Zwecken nehmen sie eine gewisse Verkleidung vor: sie suchen die Formel vom Eigentumsrecht des internationalen Kontrollorgans am Atomrohstoff und an den Atombetrieben durch die Formel des „Besitzes laut Vollmacht“ oder der „Verteilung laut Vollmacht“ zu ersetzen.

Das ist aber lediglich eine Änderung des Wortlauts, während am Sinn der Sache nicht das geringste geändert wird, da Besitz oder Verteilung der Atomenergie laut Vollmacht dem Kontrollorgan ebenso weitgehende Befugnisse gewährt, wie sie ihm nach der ersten, auf Eigentumsrecht lautenden Formel erteilt wurden.

Um diese Verkleidung möglichst wirkungsvoll zu machen, ließ sich der kanadische Vertreter sogar zu einer gewissen Kritik des im amerikanischen Plan vorgesehenen Eigentumsrechts des internationalen Kontrollorgans herbei. Den Vorteil, den die fünf Mächte der Formel des „Besitzes laut Vollmacht“ vor der Formel des „Eigentumsrechts“ gewähren, motivierte der kanadische Vertreter damit, daß die Ausstattung des internationalen Organs mit der Befugnis, Beschlüsse über die wichtigsten, mit den wirtschaftlichen und sonstigen Lebensinteressen eines Landes zusammenhängenden Fragen zu treffen, bedeuten würde, diesem Organ eine Verantwortung aufzuerlegen, die überflüssige Schwierigkeiten und einen Wirrwarr zur Folge haben könnte.

Somit gibt sich der kanadische Vertreter, der sich dazu entschloß, die Formel des Eigentumsrechts zu kritisieren, den Anschein, als trete er für die wirtschaftlichen und sonstigen Lebensinteressen der Staaten ein. In Wirklichkeit tarnt er nur seine Weigerung, diese Interessen zu berücksichtigen, denn, wie ich schon sagte, der „Besitz laut Vollmacht“ — laut sogenannter „Vollmacht“ — unterscheidet sich nicht im geringsten von dem Besitz laut „Eigentumsrecht“.

### 3. Der Kontrollplan der USA ein getarnter Verzicht auf ein Verbot der Atomwaffe

Das sind zwei, wie mir scheint, ausreichend krasse und klare Beispiele jener „Neuerungen“, die der Plan der Atomenergielokomission angeblich gegenüber dem Baruchplan aufweist. Man kann somit den Schluß ziehen, daß der amerikanische Plan der sogenannten internationalen Kontrolle der gleiche Plan geblieben ist, der vor drei Jahren war, mit allen seinen grundlegenden Gebrechen, die ihn, wie es die Verfasser dieses Plans selbst genau wissen, zum Scheitern verurteilten.

Es fragt sich: womit ist dann der Starrsinn zu erklären, mit dem die englisch-amerikanische Mehrheit der Kommission diesen Plan verteidigt? Es lassen sich bereits Stimmen hören, darunter auch Stimmen maßgebender Leute, Stimmen von Atomenergiefachleuten, die sagen, dieser hirnverbrannte Plan sei ja gerade dazu bestimmt, die Herstellung überhaupt irgend einer Kontrolle zu erschweren. Es lassen sich Stimmen hören — was aus der amerikanischen und englischen Presse, zumindest aus einem gewissen Teil dieser Presse zu entnehmen ist —, die sagen, dieser Plan sei einfach ein Schachzug.

Die Kritiker dieses Plans aus den Kreisen der Atomwissenschaftler erklären jetzt bereits offen, der Plan sei in der Absicht erdacht worden, bei seiner Ablehnung diese Tatsache zum Vorwand für eine lärmreiche Antisowjetkampagne zu nehmen, zum Vorwand für die Beschuldigung der Sowjetunion, ihre ablehnende Haltung zu dem Plan bilde angeblich das einzige Hindernis für die Erzielung des internationalen Friedens. Die Kritiker, deren es immer mehr werden, besonders im Zusammenhang mit einer so unstreitigen Tatsache, wie sie in der Ihnen allen bekannten Meldung der sowjetischen Telegraphenagentur vom 25. September d. J. zum Ausdruck kam, — diese Kritiker weisen immer nachdrücklicher auf die wahre Kehrseite des amerikanischen Planes hin. Hierin, so führen die Kritiker des amerikanischen Plans aus, sähen seine Urheber einen „kolossalen Sieg der amerikanischen Diplomatie“. Bekanntlich findet der Plan, obwohl er für eine Reihe von Ländern, mit denen man zu rechnen hat, derart unannehmbar ist, bei höchst verantwortlichen Vertretern der USA volle Unterstützung. Erinnern wir uns an eine Erklärung, die der USA-Präsident vor kurzem abgab, wonach der Plan „der einzige Plan“ sei, „der den technischen Anforderungen einer Kontrolle entspräche, das Verbot der Atomwaffe wirksam

machte und zugleich zur friedlichen Entwicklung der Atomenergie auf der Basis der Zusammenarbeit beitrüge“.

Das alles veranlaßt zu der Annahme, daß die offen in der Presse geäußerten Mutmaßungen ernstlich begründet seien, die Urheber des amerikanischen Plans einer sogenannten internationalen Kontrolle hätten in Wirklichkeit nicht einmal damit gerechnet, daß der Plan bei der Lösung der Frage eines Atomwaffenverbots als Grundlage dienen könnte. In dieser Hinsicht hat natürlich die Illusion der amerikanischen regierenden Kreise, daß die USA das Monopol der Atombombenproduktion innehäten, selbstverständlich ihre Rolle gespielt. Diese Illusion war 1946 besonders verbreitet, in dem Jahr, als der Baruchplan geschaffen wurde, der auch jetzt noch gebieterisch auf die Hirne dieser Kreise einwirkt. In der amerikanischen Presse schreibt man auch jetzt offen, man habe damals erwartet, das Monopol werde mindestens einige Jahre vorhalten. Diese Annahme hatte auf den eigentlichen Charakter des amerikanischen Plans für eine sogenannte internationale Kontrolle bedeutenden Einfluß.

Jedenfalls ist es von Interesse, an einen vor kurzem in der Zeitschrift „New Republic“ erschienenen Aufsatz zu erinnern, wo folgendes zu lesen stand: „Die Konzeption des Monopols gibt Aufschluß über die Klausel betreffs der Stadien, ein Prinzip, das in der Erklärung Trumans, Attlees und Kings vom 15. November 1945 vorgesehen war.“ Das trifft zu. Aber das trifft auch für andere grundlegende Besonderheiten des amerikanischen Plans zu. Die Illusion von einem amerikanischen Atombombenmonopol trieb die regierenden Kreise der USA zur Schaffung eines solchen Plans, der jegliche Rivalität anderer Länder auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Atomwaffe, ausschalten könnte, falls man sich schließlich dennoch zu irgend einer internationalen Kontrolle verstehen müßte. Bekannt ist jedoch, daß Illusionen vergehen, Tatsachen aber bestehen. Jetzt ist bereits jedermann klar, daß die Illusion von einem amerikanischen Atombombenmonopol hoffnungslos zusammengebrochen ist. Klar ist zugleich die Tatsache, daß die Atombombe auch einem anderen Staat zur Verfügung steht.

Eine aufmerksame Analyse der Haltung, die die regierenden USA-Kreise zu den Sowjetvorschlägen über ein Verbot der Atomwaffe und über Aufrichtung einer strengen internationalen

Kontrolle einnehmen, zeigt, daß die Bemühungen der USA nicht das Ziel haben, die auf diesem Wege entstehenden Hindernisse zu überwinden, die in einer so neuen und schweren Angelegenheit, wie es das Verbot einer Verwendung von Atomenergie zu militärischen Zwecken und die Herstellung einer Kontrolle über die Einhaltung dieses Verbots ist, durchaus natürlich und unvermeidlich sind. Die Bemühungen der USA hatten derzeit das Ziel, durch Auftürmung von Schwierigkeiten die Verwirklichung der Vollversammlungsresolutionen vom 24. Januar und vom 14. Dezember 1946 wesentlich zu stören, die im Prinzip die einmütige Zustimmung der Vollversammlung enthielten, daß es notwendig sei, die Verwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken unmöglich zu machen und die Atomwaffe aus den nationalen Rüstungen auszuschließen.

Die von den USA vorgebrachte Formel: „Erst Kontrolle, dann Verbot“ konnte nichts anderes bedeuten als einen Verzicht auf ein Verbot der Atomwaffe, wenn sie auch mit Phrasen und dem Lippenbekenntnis zur Notwendigkeit eines solchen Verbots verbrämt wurde. Es kann festgestellt werden, daß diese Linie auch jetzt vorhanden ist und sich auswirkt.

Die Sowjetunion hat sich in Paris, auf der dritten Tagung der Vollversammlung, mit gleichzeitiger Einführung, mit gleichzeitigem Abschluß zweier Konventionen — über ein Atomwaffenverbot und über Kontrolle — einverstanden erklärt.

Der diesbezügliche Vorschlag der Sowjetunion wurde formell auf der vorigen Vollversammlungstagung eingebracht, aber er wurde abgelehnt, er erwies sich für die Mehrheit der Vollversammlung als unannehmbar, obwohl es ganz natürlich erscheint, daß man nur eine Tatsache kontrollieren kann, die bereits irgendwie festgestellt ist, daß, um zu kontrollieren, wie ein Verbot der Atomwaffenerzeugung eingehalten wird, erst

einmal die Herstellung der Atomwaffe verboten werden muß. Aber ohne zu berücksichtigen, daß jede andere Fragestellung absolut unlogisch und unrichtig wäre, ging die Sowjetregierung in ihrem Bestreben, die Hindernisse bei der Einigung in dieser wichtigen und verantwortlichen Angelegenheit aus dem Wege zu räumen, darauf ein, den gleichzeitigen Abschluß und die gleichzeitige Inkraftsetzung zweier Konventionen, über das Verbot und über die Kontrolle, vorzuschlagen.

Warum hat die Mehrheit nun diesen Vorschlag nicht angenommen? Warum hat sich die Mehrheit von dieser Frage abgekehrt und es vorgezogen, sich mit sinnlosen Gesprächen oder deklarativen Formeln darüber zu vergnügen, wie wichtig es doch für das Wohl der Menschheit wäre, wenn man sich über die Regelung der Atomfrage einigte? Dabei liegt die Regelung in unserer Hand. Man muß sich nur darüber einig werden, daß eine Konvention über ein Verbot dieser Atomwaffe notwendig ist, daß eine Konvention über eine Kontrolle der Einhaltung dieses Verbots erforderlich ist, daß diese beiden Konventionen gleichzeitig zu unterzeichnen und gleichzeitig in die Praxis umzusetzen sind. Aber selbst dieser Vorschlag der Sowjetunion erwies sich als unannehmbar für die Mehrheit, die um jeden Preis versucht, der Sowjetunion ihren völlig untauglichen, gefälschten Plan einer sogenannten internationalen Atomenergiekontrolle aufzuzwingen, und, ich sage es schon im voraus, erfolglos aufzuzwingen.

Statt diesen Vorschlag über den gleichzeitigen Abschluß zweier Konventionen hinsichtlich des Verbots und der Kontrolle zu unterstützen, wurde eine andere Frage angeknüpft: ob die Sowjetregierung einverstanden sei, die im amerikanischen Plan vorgeschlagene Form der internationalen Kontrolle anzunehmen. Auf eine solche Frage konnte natürlich nur eine verneinende Antwort erfolgen, und sie erfolgte auch. Ich will mir Mühe geben, kurz zu erläutern, warum.

#### 4. Unsere Differenzen

Der Sinn der Differenzen zwischen der Sowjetunion und den USA zur Atomfrage wurde bereits wiederholt in verschiedenen Organen, in Ausschüssen, Unterausschüssen, Kommissionen, Unterkommissionen, Gruppen usw. dargelegt.

Ich erachte es jetzt nur deshalb für erforderlich, hierüber zu sprechen, weil das besonders im Zusammenhang mit der veröffentlichten Erklärung Kanadas, Chinas, Frankreichs, Großbritanniens und der USA über die Konsultation der sechs ständigen Mitglieder der Atomenergie-

kommission unumgänglich notwendig ist. Es ist deshalb notwendig, weil man in dieser Erklärung eine Reihe von Tatsachen entstellt, wodurch der Sinn der Differenzen zwischen uns grundlegend verzerrt wird; schließlich enthält die Erklärung rein verleumderische Äußerungen über das Verhalten der Sowjetunion zur Atomfrage.

Das Hauptprinzip, auf dem der ganze sogenannte amerikanische Plan beruht, ist ein Prinzip, das in der Erklärung der fünf Mächte folgendermaßen formuliert wird: „Die fünf Mächte bleiben

bei der Überzeugung..., daß zur Gewährleistung der Sicherheit das internationale Kontrollorgan laut Vollmacht im Namen der Mitgliedsstaaten selbst die gefährlichen Einrichtungen betreiben und verwalten und die gefährlichen Atomstoffe und -einrichtungen zur Erzeugung oder Benutzung gefährlicher Mengen solcher Stoffe besitzen soll.“ Wie ich bereits sagte, ändern die Äußerungen über die „Vollmacht“, die Hinweise auf eine „Vollmacht“ nichts am Sinn der Sache, da dem internationalen Kontrollorgan diesem Plan zufolge faktisch Eigentumsrechte gewährt werden.

Das mußte aus den Ausführungen des USA-Vertreters, Herrn Osborn, auf der 48. Tagung der Atomenergielokomission vom 9. Juni 1949 klar werden, wo er als Antwort auf die dritte Frage des Vertreters der Sowjetunion erklärte: „Das internationale Kontrollorgan muß als Bevollmächtigter der beteiligten Länder über alle Atomrohstoffquellen, alle Quellen von Kernbrennstoff und alle gefährlichen Betriebe verfügen und die Teilnehmerstaaten können keinerlei Eigentumsrecht oder Beschußfassungsrecht besitzen in Fragen, die die in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Atomressourcen und Atomstoffe betreffen.“

Im dritten Bericht der Atomenergielokomission wird außerdem darauf hingewiesen, daß nur ein internationales Kontrollorgan das Eigentumsrecht auf die Ausgangsstoffe und den Kernbrennstoff haben darf, wobei dieses Eigentumsrecht auch das Recht des Besitzes, der Ausbeutung und der Verfüigung einbezieht.

Hieraus folgt, und das besagt der dritte Bericht auf Seite 11:

„Das Kontrollorgan erhält das Eigentumsrecht auf alle Ausgangsstoffe vom Augenblick ihrer Gewinnung an ihren natürlichen Lageorten und setzt die Norm der Konzentration fest, bei deren Vorhandensein es in den Besitz dieser Ausgangsstoffe gelangt.“

Dieses Kontrollorgan und kein anderes soll in jedem Einzelfall bestimmen, ob es die Raffinerien der Ausgangsstoffe selbst besitzen und leiten sowie sie ausbeuten, oder ob es den Staaten, auf deren Gebiet sich die Raffinerien befinden, Lizenzen für deren Ausbeutung ausstellen wird.

Hierbei werden die einzelnen Länder nicht das Recht haben, irgendwelche Beschlüsse hinsichtlich der Produktion oder Verwertung der Atomenergie zu fassen. Nicht nur die gefährlichen, sondern auch ungefährliche Industriebetriebe, die etwas mit Atomenergie zu tun haben, sollen diesem Kontrollorgan zur vollen Verfügung überlassen werden, und dieses Organ soll das alleinige Recht erhalten, den gesamten Kernbrenn-

stoff zu besitzen, woher er auch gewonnen werden möge.

Im dritten Bericht des Sicherheitsrats vom 17. Mai 1948 wird in Beilage 2, die eine kurze Darlegung des Kontrollplans enthält, wie ihn die Kommissionsmehrheit vorschlägt, ausdrücklich erklärt: „Die Entwicklung und Auswertung der Atomenergie ist im wesentlichen keine interne Angelegenheit einzelner Länder, sondern hat vornehmlich internationale Bedeutung und internationale Einfluß.“

Selbstverständlich hält diese ganze Fragestellung keiner Kritik stand. Geht man auf das letzte Moment ein, auf die Frage, daß die Entwicklung und Auswertung der Atomenergie im Grunde keine interne Angelegenheit der einzelnen Länder ist, so wird das durch eine Reihe von Tatsachen widerlegt, die bereits vorhanden sind, trotz der verhältnismäßig kurzen — nur ein paar Jahre umfassenden — Zeitspanne, in der die Atomenergie in meinem Lande zu, sowohl ihrem Ausmaß als auch ihrer Bedeutung nach, sehr bedeutenden wirtschaftlichen Maßnahmen im Interesse des friedlichen Aufbaus ausgenutzt wird. Deshalb davon zu sprechen, daß die Entwicklung und Auswertung der Atomenergie bereits aufgehört hat, eine interne Angelegenheit eines Landes zu sein, entspricht nicht der Wirklichkeit, obwohl man nicht leugnen kann, daß das Problem der Atomwaffe tatsächlich internationale Bedeutung hat.

Aus allem Gesagten wird der Schluß gezogen, daß „die ganze Tätigkeit auf diesem Gebiet entweder durch das Kontrollorgan selbst auf Grundlage der ihm gewährten Vollmachten auf Ausbeutung und Leitung sowie auf Grunde des Eigentumsrechts oder von den einzelnen Ländern nur auf Grunde der ihnen vom Kontrollorgan ausgestellten Lizenzen durchgeführt werden soll“.

Der amerikanische Plan geht so weit, die Überzeugung auch chemischer Werke und Hüttenwerke an das internationale Organ vorzusehen, unter dem Vorwand, in diesem Stadium der Produktion werde eine ernstere Gefahr der Hinterziehung bestehen als in vorhergehenden Stadien.

Das, meine Herren, ist die Hauptfrage — die Frage nach der eigentlichen Form der internationalen Kontrolle, nach den Prinzipien, auf denen eine wirklich strenge internationale Kontrolle aufgebaut werden muß und kann, eine Kontrolle, die die ehrliche Erfüllung einer entsprechenden Kontrollkonvention maximal gewährleisten würde. Diese Konvention müßte gleichzeitig mit der Konvention über ein Verbot der Atomwaffe unterzeichnet und eingeführt werden. Aber betrachten wir diesen Plan weiter. Bei derart umfangreichen Rechten, die dem Kontrollorgan dem amerikanischen Plan zufolge gewährt werden, muß man

ihm auch sehr weitgehende Kontroll- und Inspektionsvollmachten einräumen.

Und tatsächlich, in dieser Hinsicht nimmt der amerikanische Plan auf nichts Rücksicht. Er fordert offen, daß diesem internationalen Organ das Recht eingeräumt wird, sich in jedes beliebige Gebiet des Wirtschaftslebens eines jeden Staates einzumischen. Nicht nur — ich bitte, das zu beachten! — in ein Gebiet, das in irgendeinem Maße mit der Atomproduktion zusammenhängt, sondern

in jedes beliebige Gebiet. Im Projekt der fünf Mächte wird offen auf das Recht dieses sogenannten internationalen Kontrollorgans hingewiesen, sich nicht nur in die Tätigkeit der Landesbetriebe für Atomenergie einzumischen, sondern auch „in die Wirtschaftspläne und in die privaten, öffentlichen und staatlichen Beziehungen in den verschiedenen Staaten“. (Bericht der Atomkommission, Sonderdokument Nr. 1, 1949, Punkt 3c „Empfehlungen“.)

## 5. Der amerikanische Kontrollplan vernichtet die Freiheit der Wissenschaft

Dem amerikanischen Plan zufolge hat ausschließlich das internationale Organ das Recht, wissenschaftliche Forschungen und Arbeiten auf dem Gebiet einer Entwicklung der Verwertung von Atomwaffen und Atomenergie zu betreiben. In Kapitel 2, Punkt 3 des Berichts der Atomenergiekommission heißt es ausdrücklich:

„Es wird einzelnen Ländern und Personen verboten, sich mit experimentellen Arbeiten zu befassen, die Kernbrennstoff oder radioaktive Isotope in einer Quantität oder Qualität erforderlich machen oder erzeugen können, wie sie vom internationalen Organ für gefährlich angesehen wird.“ Es handelt sich also nicht darum, daß diese Mengen objektiv gefährlich sein können, sondern darum, daß das internationale Organ die Vollmacht haben wird, die eine oder andere Menge als gefährlich zu bezeichnen, um seine Hand auf jegliche experimentelle Arbeit hinsichtlich der Atomenergie zu legen.

Der Mehrheit der Atomenergiekommission ist es also darum zu tun, daß solche Atomforschungsarbeit in jedem beliebigen Land nicht nur völlig dieser Kontrolle unterworfen, sondern daß sie dem Kontrollorgan überlassen wird, welches sich sozusagen in ein grandioses weltumfassendes wissenschaftliches Superlaboratorium zur Erforschung der Atomenergie und zu Atomenergieexperimenten verwandeln soll, damit kein einziges Land, das die Atomenergie zu friedlichen Zwecken verwendet, das Recht habe, seine Nase in diese gelehrt Anlegenheit zu stecken.

Vor kurzem schrieb Chester Barnard, einer der großen Leute, ein ehemaliges Mitglied der Atomgruppe Lilienthals, heute Präsident des Rockefellerfonds, in einem von der Zeitschrift „Scientific American“ (Der amerikanische Wissenschaftler) veröffentlichten Aufsatz, „Atomwettrüsten contra Kontrolle“, über den amerikanischen Plan einer sogenannten internationalen Kontrolle.

Es heißt dort wörtlich: „Wenn die Dezentralisierung der Bevölkerung jetzt das einzige nächstliegende Mittel zur Herabsetzung der Verwundbarkeit ist, auf das wir rechnen können, dann müssen wir eine Kontrolle über das persönliche Leben des Individuums in einem Umfang einführen, wie er in den USA noch nicht dagewesen ist... Die Kontrollmaßnahmen, die, falls sich die Möglichkeit zum Abschluß eines internationalen Abkommens hinausschiebt, unbedingt notwendig wären, würden eine unerträglich zentralisierte Leitung unseres Lebens bedeuten. Die derartige Kontrolle“, so schreibt Barnard, „hat bereits einen Punkt erreicht, wo sie die Freiheit der Wissenschaft bedroht.“ Das sagt einer der Mitverfasser des Bäruchplans.

Ich muß daran erinnern, daß englische Atomgelehrte vor zwei Jahren in einem Memorandum darauf hinwiesen, daß die Überführung der Produktionsmittel auf dem Gebiet der Atomenergie in völliges Eigentum eines Kontrollorgans — in völliges Eigentum im üblichen Sinne dieses Wortes, d. h. laut Eigentumsrecht — Schwierigkeiten bereiten würde, da dies dem Organ für die Atomenergiekontrolle das Recht gäbe, zu entscheiden, ob das eine oder andere Land Energiewerke bauen dürfe, da es ihm das Recht gäbe, jedes beliebige Land an der Verwertung der in solchen Werken produzierten Energie zu verhindern oder die Bedingungen für die Lieferung dieser Energie festzusetzen.

„Eine solche Einschränkung“, so heißt es in dem Memorandum der englischen Gelehrten, „gäbe eine Möglichkeit zur Einmischung in das Wirtschaftsleben eines jeden Landes in einem Grade, zu dem keine Notwendigkeit vorläge, um den Mißbrauch der Atomenergie für Vernichtungszwecke zu verhindern.“ Es handelt sich also nicht um die Berechtigung zur Einmischung in das Wirtschaftsleben eines Landes zwecks Verhinderung

der Verwendung von Atomenergie für militärische Zwecke, sondern um die Berechtigung zur Einmischung in das Wirtschaftsleben jedes beliebigen Landes selbst dann, wenn das nicht durch die Bekämpfung der Verwertung von Atomenergie für militärische Zwecke erforderlich gemacht wird.

In demselben Memorandum weisen die britischen Gelehrten auf die geheimen Ziele der Organisierung einer solchen internationalen Kontrolle hin.

In dem bereits wiederholt zitierten Buch „Militärische und politische Konsequenzen der Atomenergie“ von Professor Blackett wird darauf hingewiesen, daß dies dem sogenannten internationalen Kontrollorgan gegenüber der Sowjetunion die Möglichkeit gäbe, „eine ganz vollständige Landkarte von Objekten in der Sowjetunion zu erhalten, selbst wenn die Aufstellung einer solchen Übersicht sich nicht zu einem vollständigen System der militärischen und industriellen Spionage auswachsen würde.“

In einem anderen Memorandum heißt es:

„Die USA und die andern Anhänger des Bauplans müssen veranlaßt werden, Garantien zu formulieren, durch die gewährleistet würde, daß sich ein Inspektionsplan keinesfalls in ein sorgfältig ausgearbeitetes Spionagesystem verwandeln kann.“

Diese Bemerkung englischer Gelehrter vermittelt eine ausreichend klare Vorstellung von der wirklichen Bestimmung des projektierten amerikanischen Plans für ein sogenanntes internationales Organ der Atomenergiestruktur. Wahrlich, von was für einer Inspektion, von was für einer internationalen Kontrolle kann denn wirklich die Rede sein, wenn dies Organ zum Eigentümer gemacht wird, der in allen Fragen der Atomenergie uneingeschränkte Macht erhält?

Es genügt zu sagen, daß die Auswahl des Dienstpersonals in den Händen dieses Organs liegen wird. Die Berufung darauf, daß diese Auswahl auf internationaler Grundlage vorgenommen werden wird, ändert nichts am wirklichen

Sachverhalt, d. h. daran, daß in diesem internationalen Organ die führende Rolle der Mehrheit sichergestellt ist, deren überwiegender Teil an solchen der Sowjetunion feindlich gesinnten militärisch-politischen Blocks beteiligt ist, wie es der nordatlantische, der westeuropäische und ähnliche mehr sind. Einem solchen Organ will man dasjenige Land unterwerfen, gegen das sich diese Blocks richten, gegen das die finstere Verschwörung eines neuen Krieges angezettelt wird! Man muß wirklich die letzten Reste von Verstand verloren haben, um darauf zu rechnen, daß ein solcher Plan für die Sowjetunion annehmbar sein könnte!

Das Kontrollorgan laut amerikanischem Plan wird alle möglichen Maßnahmen zur Inspektion eines beliebigen Landes treffen, wobei schon der Beschuß über diese Inspektionen ebenfalls unter die diskretionäre Gewalt dieses Organs fällt. Das Organ wird bevollmächtigt sein, auch die Quote der Erzeugung von Atomenergie für jeden Staat auszuarbeiten.

Dieser Art ist die sogenannte internationale Kontrolle nach amerikanischem Plan, den der Vertreter der USA in der Atomenergiokommission, Herr Osborn, in dem Aufsatz, der am 30. Oktober d. J. in der „New York Times“ veröffentlicht wurde, als „riesige internationale Genossenschaft im wahrsten Sinne dieses Wortes“ bezeichnet hat. Eine schöne Genossenschaft!

Nennt man diesen Plan einen genossenschaftlichen, so entspricht das nicht der Wirklichkeit, vor allem deshalb, weil für eine Reihe von Staaten, die in den internationalen Beziehungen eine recht bedeutende Größe darstellen, dieser Plan aus den oben angeführten Gründen unannehmbar ist; folglich zeugt die halsstarrige Verteidigung gerade dieses Plans, der zudem buchstäblich ohne jeden Grund für den besten Plan ausgegeben wird, davon, wie unreal man an ein so wichtiges Problem wie das Verbot der Atomwaffe und die Organisierung einer internationalen Kontrolle über die Einhaltung dieses Verbots herangeht.

## 6. Die Utauglichkeit des amerikanischen Kontrollplans

Herr Osborn selbst mußte zugeben, daß diese berüftigte „internationale Genossenschaft“, wie der gesamte amerikanische Kontrollplan, die Möglichkeit von Vertragsverstößen nicht ausschließt wie die Aneignung von Atombetrieben, wie die Nichtzulassung der internationalen Inspektion dieser Betriebe, wie die Abzweigung von Atomenergie für illegale Waffenproduktion usw. usf. Das hält selbst Herr Osborn auch in einer solchen „internationalen Genossenschaft“

für möglich. Derartige Erscheinungen nimmt der amerikanische Vertreter auch bei der Ausführung des amerikanischen Kontrollplans als möglich an, der auf dem Eigentumsrecht des Kontrollorgans an den gesamten Atomrohstoffen und Atomenergiebetrieben sowie an den verwandten Betrieben beruht.

Was geschieht aber, wenn in dieser Situation, bei Einführung der amerikanischen Kontrolle, die als das einzige Universalmittel gegen jegliche

Verstöße und Mißbräuche auf dem Gebiet der Atomenergie hingestellt wird, diese Mißbräuche dennoch vorkommen werden, wie Herr Osborn in dem in der „New York Times“ veröffentlichten Aufsatz maßgeblich feststellt?

Dann, so sagt Herr Osborn und zuckt ratlos die Achseln, werden andere Länder ihrerseits Betriebe und auf ihrem Gebiet befindlichen Kernbrennstoff an sich reißen, und dann beginnt von neuem das Atomwettrüsten. Und weiter sagt Herr Osborn:

„Wenn irgendein internationales Organ die Betriebe besitzen und verwalten wird, so können sich potentionelle Sprengstoffe durch Aneignung, wenn die Lage fast aussichtslos erscheinen wird, nach wie vor in den Händen von Staaten erweisen.“

Herr Osborn sagt, im Gegensatz zu seiner Konzeption und in völliger Negierung aller seiner Annahmen — ich zitiere seinen Aufsatz —, keiner unter den Delegierten der Atomenergie-Kommission in den letzten drei Jahren habe irgendwann einmal daran gedacht, daß es möglich sei, einen für die ganze Welt — die Welt von heute — annehmbaren Kontrollplan auszuarbeiten, der zugleich die Unmöglichkeit der Verwendung von Atomwaffen in einem lang währenden Kriege garantieren würde.

Das sagt Herr Osborn, der Vertreter der USA, Mitglied der Atomenergiekommission, über diesen amerikanischen Plan, der in seinen eigenen Händen in allen Nächten kracht, wenn er einen Augenblick aufhört, amerikanischer Beamter zu sein, und amerikanischer Publizist wird. Dann sieht er sofort alle diese Schattenseiten, alle diese weißen Heftfäden, die den sogenannten amerikanischen Plan zusammenhalten und sofort reißen, sobald der gesunde Menschenverstand an ihnen röhrt. Das geht unmittelbar aus den Worten des Herrn Osborn hervor, eines Mannes, der der offizielle Fürsprecher des amerikanischen Plans hier, bei uns, und in der Organisation der Vereinten Nationen überhaupt ist.

Welche Schlußfolgerungen kann man daraus ziehen?

Man hat einen Rieseneinsatz darauf gemacht, daß jeder Staat auf seine staatliche Selbständigkeit verzichten wird, — wie die Urheber dieses amerikanischen Planes sagen, um eines „höchsten Gutes“ willen, d. h. zur Rettung der Menschheit vor den Schrecken eines Atomkrieges.

Aber entspricht dem der amerikanische Plan, der mit einer Verletzung der staatlichen Souveränität, mit einem Ausschluß der Atomenergie aus der Verfügungsgewalt der einzelnen Staaten, mit einer Einmauerung der diesbezüglichen wis-

senschaftlichen Forschungsarbeit verbunden ist und der — was für niemand zweifelhaft sein kann — jede Möglichkeit zur Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke abdrosseln wird?

Wir in der Sowjetunion benutzen die Atomenergie nicht dazu, Atombombenvorräte aufzuspeichern, obwohl ich überzeugt bin, daß sie — falls sie unglücklicherweise notwendig werden sollten — in erforderlicher Menge vorhanden sein werden. Wir verwerten die Atomenergie für unsere Wirtschaftspläne, in unseren ökonomischen und wirtschaftlichen Interessen. Wir haben die Atomenergie der Erfüllung der großen Aufgaben des friedlichen Aufbaus dienstbar gemacht. Wir wollen die Atomenergie dazu verwenden, Berge zu sprengen, Flüsse umzuleiten, Wüsten zu bewässern, immer neue und neue Lebenswege zu bahnen in Gegenden, die selten eines Menschen Fuß betrat. Das tun wir, die Herren unserer Lande, nach unserem Plan, und wir sind nicht verpflichtet, uns in dieser Sache irgendeinem internationalen Organ unterzuordnen noch ihm darüber Rechenschaft abzulegen.

Jetzt will man durch Aufzwingung des Plans für die sogenannte internationale Kontrolle das alles zumachte machen. Man will es zunichte machen, ohne daß man daran glaubt, daß der Plan, den man vorschlägt, wirklich das rettende Mittel sein könnte, von dem man jetzt redet. Wenn es keinen Menschen gibt, der meint, dieser Plan könne retten, die im amerikanischen Plan vorgeschlagene Kontrolle könnte vor den Schrecken eines Atomkrieges bewahren, wie Osborn sagte, wozu dann dieser Plan, wozu dann diese Opfer im Namen des Plans, von denen Sie zettern und die Sie verlangen?

Das Hauptmotiv bei der Verteidigung des amerikanischen Kontrollplans, der die Übereignung an das Kontrollorgan vorsieht, besteht in der Behauptung, daß die Kontrolle in jedem andern Falle, bei jedem andern Kontroll- und Inspektionssystem nicht wirksam sein werde.

Wie in der Erklärung der fünf Mächte ausgeführt wird, sei die Erzeugung von Kernbrennstoff derart kompliziert, daß eine Inspektion die Verheimlichung nicht verhindern könne und daß — ich zitiere den Bericht — „... es unmöglich ist, die wirkliche Menge von Atomstoffen innerhalb der Urankessel oder Reagensrohre an Hand der in den Aufzeichnungen angezeigten Menge festzustellen.“

Die Vertreter der fünf Mächte, die die Vorschläge der Sowjetunion kritisieren, in denen eine regelmäßige Inspektion der Atomenergie herstellenden Werke usw. vorgesehen ist, erklären, das Inspektionssystem allein würde nicht ausreichen, es sei deshalb notwendig, die ganzen Atomroh-

stoffe und Atombetriebe dem internationalen Kontrollorgan zu übereignen.

Aber das oben zitierte, möglicherweise ungewollte Geständnis eines der Vertheidiger des amerikanischen Plans beweist, daß auch die Übereignung der Atomrohstoffe und Atomenergiwerke an das internationale Kontrollorgan keine gebührende Garantie gegen potentielle Mißbräuche bietet!

In der Erklärung der fünf Mächte heißt es, die Sowjetvorschläge seien „nicht nur außerstande, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten“, sondern sie seien auch „derart unvollständig, daß sie gefahrbringend wären“. Die Vertreter der fünf Mächte haben sich jedoch nicht bemüßigt, zu erläutern, worin die Unvollständigkeit der Sowjetvorschläge besteht. Regelmäßige Kontrolle? Kontrolle im Fall eines aufsteigenden Verdachts auf Beschuß des internationalen Kontrollorgans selbst? Dies seien keine ausreichenden Mittel? Das Fehlen des Vetorechts in diesem Organ, das in der letzten Zeit von vielen Verteidigern dieses Plans als Schreckgespenst angeführt wurde, die behaupteten, daß die Sowjetunion nicht wünsche, ihre Tore einer Inspektion aufzutun? Aber die Sowjetunion faßt die Inspektion nicht so auf wie manche Leute, die sich an den Tisch setzen möchten, um die Beine auf den Tisch zu legen. Solche Umgangsformen lehnen wir ab.

Man muß ausdrücklich sagen, daß alle diese Erwägungen über die Gefährlichkeit des sowjetischen Plans, die mit einer Schwierigkeit der Kontrolle und einer sehr großen Einfachheit der von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen begründet werden, völlig aus der Luft gegriffen sind.

Ich möchte mich wieder auf Herrn Chester Barnard berufen, der behauptet, daß „die Atombombenkontrolle nicht so schwierig sein kann wie die Kontrolle anderer Waffenarten“. Ich möchte betonen, daß die Zahl der Anhänger dieser Meinung immer mehr zunimmt, die behaupten, das Problem der Atomkontrolle sei z. B. viel einfacher als das der Kontrolle von Chemikalien. Es gibt aber doch eine Konvention über das Verbot der Anwendung von Giftgasen, ohne daß die Giftgase herstellenden Betriebe irgendeinem sogenannten internationalen Kontrollorgan völlig übereignet und in dessen Verfügungsgewalt überführt wären! Warum kann man dasselbe nicht mit der Atomenergie tun — sie ohne Übereignung an ein internationales Kontrollorgan kontrollieren —, wo doch, wie Atomfachleute erklären, die Kontrolle der Atomenergie einfacher ist, als die Kontrolle der chemischen Produktion?

Aber auch einem Laien fällt es nicht schwer, die Richtigkeit dieser Behauptung zu begreifen, da die Zahl der Atomrohstoffquellen nicht groß ist, und da es mithin leichter ist, sie zu kontrollieren, insofern die zur Herstellung der Atombomben nötige Rohstoffmenge kolossal ist; folglich wird eine Geheimhaltung erschwert werden, weil es bedeutend schwieriger ist, hunderte und aber hunderte Tonnen Rohstoffe geheimzuhalten, als ein paar Kilogramm dieser Rohstoffe, um so mehr, als man die Bombe — wie ein amerikanischer Journalist richtig bemerkte — nicht auf irgendwelchen Hinterhöfen herstellen kann, sondern sie in riesigen, komplizierten Werken fabrizieren muß.

Das alles zusammen beweist, daß die Kontrolle zur Verhinderung der Herstellung von Atomenergie für militärische Zwecke bedeutend leichter und realer, wirksamer und möglicher ist, als die Kontrolle über irgendeine andere Waffenart.

Barnards Ansicht scheint mir deshalb richtig zu sein.

Die Kritik des amerikanischen Plans, den uns seine Urheber aufzwingen wollen, erschöpft sich jedoch nicht in dem bereits Gesagten. Ich erinnere nochmals an Barnard, der zugibt, der amerikanische Plan sei von der Annahme ausgegangen, die USA könnten auf den Besitz der Atombombe unter bestimmten Umständen verzichten — erst nach der Erörterung erschöpfernd und ehrlicher Garantien dafür, daß alle Länder schließlich auf die Anwendung einer Waffe verzichten werden, der die Atomenergie zugrunde liegt.

„Was bedeutet das?“ fragt Barnard und antwortet hierauf: „Das würde unweigerlich bedeuten, daß andere Länder allmählich und freiwillig auf bedeutende Elemente der Souveränität verzichten müßten, bevor die USA auf die Atombombe Verzicht leisten.“ Und ich zitiere Barnard weiter: „Man kann sich schwerlich ungünstigere Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen zwischen den stolzen und gleichberechtigten Mächten vorstellen.“

Barnard gibt zu — und dies ist nun schon sein persönliches Geständnis, das jetzt in der Zeitung veröffentlicht worden ist —, ihm sei 1946 klar gewesen, daß die Chancen für die Annahme dieses amerikanischen Plans sehr unwesentlich waren. Warum? Er erläutert: „Weil jedes Land einschließlich des unseren, d. h. der USA, auf außerordentliche technische und sonstige Schwierigkeiten hinsichtlich des Verzichts auf einen bedeutenden Teil seiner staatlichen Souveränität stieße, was durch Annahme des geplanten Pakts notwendig werden würde.“

## 7. Der amerikanische Kontrollplan — ein Völkerbetrug

Aber noch mehr, aus dem von den Herren Acheson, Bush, Conant, Groves and McCloy unter Teilnahme eines Beraterbüros, bestehend aus Barnard, Oppenheimer, Thomas und Winne, unter dem Vorsitz Lilienthals zusammengestellten Bericht der Atomenergiekommission selbst geht hervor, daß ein Beschuß zu der Frage, wann Amerika die Herstellung von Atombomben einzustellen werde, an Erwägungen der hohen Politik geknüpft sein würde, wie es in diesem Bericht heißt, und daß dieser Beschuß von der USA-Regierung gefaßt werden solle „im Einklang mit dem verfassungsmäßigen Verfahren und im Lichte aller Tatsachen der internationalen Lage“. Dies ist eine höchst wichtige Erklärung, die die wahre Kehrseite des gesamten amerikanischen Plans bloßlegt.

Damit es klarer sei, wovon hier die Rede ist, zitiere ich weiter das Vorwort zu dem Bericht, der von dem unter Lilienthals Vorsitz stehenden Büro (Board of Consultants) ausgearbeitet wurde und von Acheson und anderen dem damaligen Staatssekretär der USA, Byrnes, überreicht wurde. Darin heißt es: „Einer dieser Beschlüsse wird sich darauf beziehen, wie lange die USA die Herstellung von Bomben fortsetzen werden. In dem Plan wird nicht verlangt, daß die USA diese Produktion nach Vorlegung des Plans oder nach Funktionsantritt des internationalen Organs einstellen. In einem bestimmten Stadium wird das notwendig sein“, ich lese weiter aus dem Bericht vor, „aber weder der Plan noch seine Überreichung durch uns dürfen so ausgelegt werden, daß dies ganz am Anfang oder in irgendeiner bestimmten Frist geschehen oder nicht geschehen soll.“

Was soll das alles bedeuten, so frage ich, wenn nicht dies, daß die Verfasser des amerikanischen Plans für die sogenannte internationale Kontrolle mit Acheson und Lilienthal an der Spitze, als sie ihren Plan für die Kontrolle vorschlugen, damit die Atomenergie nicht zur Herstellung von Atombomben verwendet werde, keineswegs vorausgesetzt haben, daß mit der Annahme des Plans die USA selbst die Erzeugung von Atombomben einzustellen haben würden? Das ist in diesem Bericht ausdrücklich gesagt. Dies wäre erstens.

Das bedeutet, daß die Frage, wann die USA es für möglich erachten werden, die Erzeugung von Atombomben einzustellen, von ihnen selbst

bestimmt werden wird, ungeachtet des Inkrafttretens der Konvention über die internationale Kontrolle, die ein Verbot der Verwendung von Atomenergie für militärische Zwecke vorsehen soll. Dies wäre zweitens.

Das bedeutet, daß ein solcher Beschuß (über die Einstellung der Erzeugung von Atombomben nicht das geringste mit dem amerikanischen Plan der sogenannten Kontrolle zu tun haben soll. Das wäre drittens.

Das bedeutet schließlich, daß, da der Plan nicht die Einstellung der Erzeugung von Atombomben in den USA vorsah, sondern nur die Kontrolle im Stadium der Rohstoffgewinnung, dieser sogenannten Kontrolle nur diejenigen Länder unterworfen sein sollen, die die Erzeugung von Atombomben noch nicht betreiben, sie solle jedoch nicht die USA betreffen, die glaubten, das Monopol für die Atombombenerzeugung in Händen zu haben.

Somit sah dieser Plan der sogenannten internationalen Kontrolle nicht die Einstellung der Erzeugung von Atombomben in den USA vor, was das Allerwichtigste wäre, und hierdurch würde die Entscheidung dieser Frage den USA selbst anheimgestellt. Der Plan wurde also zu einem offenen Betrug, zu politischer Taschenspielerie.

Ist es denn nicht klar, daß bei einem solchen Tatbestand Gespräche und Streitigkeiten über alle diese Hinterziehungen und Betriebsaneignungen überhaupt keinen Sinn haben? Das sind einfach künstlich geschürte Streitigkeiten über verschiedene technische Schwierigkeiten bei der Inspektion und Kontrolle, um zu verhindern, daß sich jemand dem Verbot der Atomwaffe überhaupt entzieht, usw. usf. Man kann behaupten, daß sich Wissenschaft und Technik gegenwärtig in einem Stadium befinden — wenigstens können wir das hinsichtlich der Sowjetunion sagen —, in dem die Beseitigung potentieller technischer Schwierigkeiten in der Frage des Verbots der Atomwaffe sowie der internationalen Kontrolle keine nicht zu bewältigende Aufgabe darstellt. Im gegebenen Falle ist das Eigentumsrecht des internationalen Kontrollorgans, wie ich oben zu zeigen bemüht war, nicht fähig, diese Aufgabe zu lösen. Eine solche Lösung ist ja auch durch nichts notwendig gemacht.

## 8. Die Souveränität der Völker und die Weltherrschaftsträume der USA

Eine solche Forderung — dem internationalen Kontrollorgan alle Weltvorräte an Atomenergie und alle Betriebe zur Bearbeitung dieses Atomrohstoffs sowie alle verwandten Betriebe und Industriezweige zu übereignen — eine solche Forderung kann nur eine Erklärung finden. Und natürlich hatte der philippinische Delegierte unrecht, als er hier nachzuweisen suchte, politische Beweggründe spielten dabei keinerlei Rolle, und das Problem habe keine politische Bedeutung, vor dem wir jetzt stehen und dessen Bedeutung nur in diesem politischen Aspekt liegt, denn technisch ist diese Aufgabe keinesfalls unlösbar.

Eine solche Forderung kann nur politisch erklärt werden, namentlich damit, daß man sich die ganze Macht dieser Atomenergie aneignen und sie so verwenden will, wie das vom Standpunkt der Interessen des sogenannten internationalen Kontrollorgans vorteilhaft wäre, in dem die Vertreter der englisch-amerikanischen Monopole, genauer gesagt, der amerikanischen Monopole, die Mehrheit haben werden.

Ein derartiger Plan kann nicht angenommen werden, erstens weil er kein internationaler Kontrollplan ist, — er ist ein amerikanischer Kontrollplan, er ist ein amerikanischer Supertrust, der darauf abzielt, in Gestalt eines internationalen Organs und gedeckt durch den Namen unserer Organisation der Vereinten Nationen sich die Kontrolle über alle Weltvorräte an Atomenergie anzueignen und alle Atomenergie verarbeitenden Betriebe an sich zu reißen.

In der Erklärung der fünf Mächte sucht man, wie ich schon sagte, das wahre Verhalten der Sowjetunion zur Frage der Souveränität zu entstellen, indem man fälschlich behauptet, die Sowjetregierung halte es angeblich überhaupt für unmöglich, auf die geringste internationale Zusammenarbeit einzugehen, wenn die staatliche Souveränität angetastet werde. Das ist eine offenkundige Erfindung.

Die Sowjetunion hat zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit, in gewissen Fällen die staatliche Souveränität auf Grundlage der Gegenseitigkeit in irgendeinem Maße oder in irgendeinem Teil im Interesse der internationalen Zusammenarbeit einzuschränken, völlig naturgemäß sei.

Die gesamte Frage besteht keineswegs in der Leugnung der naturgegebenen und allgemein anerkannten Tatsache, daß jede Übereinkunft gegen-

seitige Beschränkungen der übereinkommenden Partner erfordert, und daß in internationalen Vereinbarungen die Wahrung dieses Prinzips ebenfalls unerlässlich ist. Es handelt sich um den Grad, um den Umfang derartiger Einschränkungen der staatlichen Souveränität, deren Einschränkung an sich nur seitens souveräner und gleichberechtigter Partnerstaaten möglich ist. Hierüber schweigen sich die Verteidiger des amerikanischen Plans jedoch aus.

Nach allem, was über diesen amerikanischen Plan gesagt wurde, muß es nunmehr klar sein, daß es sich nicht um den Verzicht auf irgendwelchen Teil der Souveränität handelt, wie die Vertreter der fünf Mächte behaupten, sondern um die Liquidierung der staatlichen Souveränität aller anderen Staaten in ihrem vollen Umfang. Die Grundthesen des amerikanischen Plans — Eigentumsrecht des internationalen Organs auf die Atomrohstoffe und die Atombetriebe sowie auf verwandte Industriezweige und die Volkswirtschaft überhaupt; das Recht dieses Organs, sich in die konkreten Wirtschafts- und Finanzpläne jedes beliebigen Landes einzumischen; die Übergabe der obersten Verwaltung und Lenkung der gesamten wissenschaftlichen Atomforschungsarbeit an dieses Organ; uneingeschränkte Inspektion mit allen möglichen Fliegeraufnahmen; Unterhaltung einer eigenen Wache auf dem Gebiet souveräner Staaten; Festsetzung der Quoten für die Herstellung von Atomenergie usw. usf., — dies alles zeugt ausreichend davon, wie unersättlich die amerikanischen Monopolherren sind, die sich unter dem Deckmantel der UNO und aller möglichen „internationalen Organe“ die faktische Herrschaft nicht nur über alle Weltvorräte an Atomenergie, sondern auch über die ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung jedes beliebigen Landes zu verschaffen suchen.

Das ist die Wurzel der Dinge. Das ist auch das Haupthindernis für eine Verständigung auf der Grundlage dieses amerikanischen Plans der sogenannten internationalen Kontrolle.

Die Unannehmbarkeit eines solchen Plans muß daher klar sein. Er ist unannehmbar vom Standpunkt der Interessen einer Entwicklung der nationalen Wirtschaft, da die Regelung dieser Angelegenheit gänzlich in die Hände des sogenannten internationalen Kontrollorgans gelegt und den Staaten selbst ganz abgenommen wird, die ja allein für die Entwicklung ihrer Länder zuständig sind.

Unermeßlich ist die Bedeutung der großen wissenschaftlichen Entdeckungen im Zusammenhang mit der Zertrümmerung des Atomkerns, mit der Gewinnung und Verwertung der Atomenergie für die Hebung des Wohlstands der Völker der Welt sowie für die Entwicklung von Kultur und Wissenschaft zum Wohle der gesamten Menschheit. Die Atomenergie spielt bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine gewaltige Rolle. Das allein zeugt schon davon, wie verderblich es wäre, diese Sache souveränen Staaten, friedliebenden Staaten aus der Hand zu nehmen; wie verderblich es wäre, diese Sache, die Regelung der Verwertung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken, in den Händen irgendeines internationalen Organs zu konzentrieren, dem das Recht gegeben wäre, die Atomenergieressourcen „gerecht“ zu verteilen, wie das im amerikanischen Plan in Aussicht genommen ist.

Was die Sowjetunion betrifft, so ist dies für sie um so weniger annehmbar, als in der sowjetischen Volkswirtschaft den Kraftressourcen auch der Atomenergie, seitdem wir sie besitzen, eine außerordentliche Rolle, eine außerordentliche wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung beigegeben wird.

Bis zur letzten Zeit spielte die Illusion von einem Atomenergiemonopol, der Glaube an die eigene — ich möchte sagen — Atomüberlegenheit über die ganze Welt im Verhalten der amerikanischen Regierung zur Atomfrage eine gewaltige Rolle. Daher kommt auch, wie mir scheint, der Hochmut der amerikanischen Regierung bei der Erörterung dieser Frage und bei den Verhandlungen mit ihren Partnern über die Regelung der Atomfrage. Jetzt müßte es, so möchte man meinen, besonders klar sein, daß für eine derart hochmütige Pose keinerlei Veranlassung vorliegt. Aber es gibt in den USA Leute, die hoffen, durch eine forcierte Produktion von Atomwaffen dennoch sei es auch nur Überreste ihrer Überlegenheit zu retten, wobei sie bereits auf die Zahl der Atombomben rechnen, in der Hoffnung, die Sowjetunion werde außerstande sein, die USA

in dieser Hinsicht zu überholen, ja auch nur einzuholen. Aber auch diesmal ist es nicht ausgeschlossen, daß sie sich verrechnen, wie sie sich bereits hinsichtlich der Herstellung der ersten Atombombe in der Sowjetunion verrechnet haben. In dieser Richtung bewegt sich bekanntlich auch die praktische Arbeit in den USA, wovon die schändliche Diskussion zeugt, die unlängst zwischen den Führern der amerikanischen Marine einerseits und den Führern der Luftstreitkräfte der USA andererseits stattgefunden hat, in der auch die verantwortlichsten Vertreter der USA-Streitkräfte wochenlang darüber stritten, wie man möglichst gute Mittel finden und sie möglichst gut anwenden könnte, um möglichst viele Millionen Menschen zu Krüppeln zu machen und zu vernichten, um möglichst viele Städte und ganze Staaten zu verheeren.

Von was für einem Verbot der Atombombe kann bei dieser Atmosphäre in denjenigen USA-Kreisen die Rede sein, die das interne Leben dieses Landes regeln?!

Unter dem Deckmantel der Ausarbeitung aller möglichen Pläne für die Atomenergiekontrolle und aller möglichen Konsultationen zu dieser Frage sind die Vertreter der fünf Mächte unter der Leitung der USA in Wirklichkeit bemüht, jeden Tag zur Vergrößerung ihrer Atomwaffenvorräte auszunutzen, da sie meinen, sich die quantitative Überlegenheit im Hinblick auf die Atomwaffe sichern zu können.

In diesem Zusammenhang fällt einem die geistreiche Bemerkung eines amerikanischen Journalisten ein, der sagte: „Nur ein Dummkopf kann glauben, die Antwort auf die Schaffung der Atombombe durch die Russen müsse eine Verdopplung der Erzeugung von Atombomben bei uns sein. Einem Menschen mit zweimaliger Erschießung zu drohen, der uns selbst einmal erschießen kann, ist ein dummes Rechenexample.“ Und das ist richtig. Das mengenmäßige Übergewicht ist in diesem Falle ein zweifelhaftes Übergewicht.

## 9. Die Sowjetunion fordert Verbot der Atomwaffe und Herstellung einer strengen internationalen Kontrolle

Die Sowjetregierung strebt beharrlich wirksame und erschöpfende Maßnahmen für ein Verbot der Atomwaffe und, wie Generalissimus Stalin sagte, für die Herstellung einer strengen internationalen Kontrolle über die unzulässige Verwertung der Atomenergie für militärische Zwecke an. Naturgemäß muß der erste und wichtigste Schritt in dieser Richtung das Verbot der Atom-

waffe sein, das Verbot aller anderen grundlegenden Waffenarten, die eine massenhafte Vernichtung von Menschen bezeichnen. Keinerlei Kontrollpläne mit ihren berüchtigten Maßnahmen zur Übertragung des Eigentumsrechts oder Gewährung des Besitzrechts oder aber zur Gewährung des Verteilungsrechts — wie Sie es immer nennen möchten — an ein Kontrollorgan können

dieses Problem lösen, sind imstande, es zu lösen.

Was die Festsetzung der Quoten betrifft, von denen die Verfasser des amerikanischen Plans ebenfalls träumen, so muß man im Auge haben, daß vor einem Verbot der Atomwaffe die Festsetzung von Quoten auf dem Gebiet der Atomproduktion überhaupt jeden Sinnes entbeht, da die Quotisierung die Frage der Verwendung von Atomenergie zu militärischen Zwecken nicht berührt. Man muß daher alle Versuche zurückweisen, die Grundfrage nach dem Verbot der Atomwaffe durch die Frage der Festlegung von Quoten zu ersetzen.

Die Vorschläge der Sowjetunion vom 11. Juni 1947 gehen von der Notwendigkeit eines sofortigen und unbedingten Atomwaffenverbots aus. Das Verbot der Atomwaffe ist ein untrennbarer Bestandteil des Friedensprogramms, das die Sowjetunion durchführt und verteidigt, für das die Regierung der Sowjetunion nach wie vor einsteht, unabhängig davon, auf welcher Seite das Übergewicht im realen Kräfteverhältnis ist, unabhängig davon, ob die Sowjetunion selbst das Geheimnis der Atomwaffe und die Atomwaffe besitzt oder nicht.

Ausgehend von ihrer grundsätzlichen Stellung zum Schutz des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit der Völker, davon, daß die Verwendung der Atomwaffe als unvereinbar mit der Beteiligung an der Organisation der Vereinten Nationen anerkannt werden muß, ausgehend von der Fest-

stellung, daß die Verwendung der Atomwaffe der Ehre und dem Gewissen der Völker widerspricht, hat die Sowjetregierung konsequent im Laufe einer Reihe von Jahren auf einem Verbot der Atomwaffe bestanden und besteht auch heute darauf, hat sie zum sofortigen Ausschluß dieser Waffe der Aggression und Barbarei aus den nationalen Rüstungen aufgerufen und ruft sie auch heute dazu auf.

Die Sowjetregierung steht, obwohl sie die Atomwaffe besitzt, auf ihrem alten Standpunkt des unbedingten Verbots einer Anwendung dieser Waffe und wird auch in Zukunft diesen Standpunkt einnehmen. Die Sowjetregierung steht auch hinsichtlich der Kontrolle über die Atomwaffe auf ihrem alten Standpunkt, da sie der Ansicht ist, daß eine solche Kontrolle notwendig sein wird, um die Erfüllung der Beschlüsse über das Verbot der Erzeugung von Atomwaffen zu überwachen.

Von dieser ihrer prinzipiellen Stellung ausgehend, hat die Sowjetregierung schon vor zwei Jahren den Abschluß einer Konvention bezüglich eines Atomwaffenverbots und einer Konvention über Herstellung einer strengen internationalen Kontrolle beantragt.

Diese Anträge stießen auf den Widerstand der Mehrheit dieser Kommission. Aber das wird uns Menschen der Sowjetunion in unserem weiteren unversöhnlichen Kampf für diese Anträge nicht aufhalten, die der Menschheit wahrhaftig die Rettung vor der Gefahr eines neuen, schrecklichen, eines unmenschlichen Atomkrieges bringen.

# Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens

*Rede A. J. WYSCHINSKIS, gehalten in der Sitzung des Ersten Ausschusses der UNO-Vollversammlung am 14. November 1949*

Am 23. September brachte die Delegation der Sowjetunion im Auftrag der Sowjetregierung in der Vollversammlung den Entwurf eines Beschlusses über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens ein.

Diese Anträge laufen kurz gefaßt auf folgendes hinaus:

1. Die in einer Reihe von Ländern, besonders in den USA und in Großbritannien, betriebene Vorbereitung zu einem neuen Krieg zu verurteilen.

2. Die Anwendung der Atomwaffe und anderer Mittel zur Massenvernichtung von Menschen als

dem Gewissen und der Ehre der Völker widersprechend und mit der Zugehörigkeit zur Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar zu erachten und es als unzulässig anzusehen, daß die Ergreifung praktischer Maßnahmen durch die Vereinten Nationen zum unbedingten Verbot der Atomwaffe und zur Herstellung einer entsprechenden strengen internationalen Kontrolle weiter verzögert wird.

3. Den Wunsch zu äußern, daß fünf Mächte — die USA, Großbritannien, China, Frankreich und die UdSSR — ihre Bemühungen zwecks Verhinderung der Gefahr eines neuen Krieges vereinen und untereinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen.

## 1. Die UdSSR verteidigt konsequent den Frieden

Diese Anträge ergeben sich naturgemäß aus der Außenpolitik, die die Sowjetregierung unverwandt betreibt, seitdem der Sowjetstaat entstanden ist, dessen erster Schritt im November 1917 das historische Dekret über einen gerechten, demokratischen Frieden war. Sie sind ein Ausdruck jenes prinzipiellen Kurses, den die Sowjetunion seit 32 Jahren, von Beginn ihrer Existenz an, verfolgt und den sie auch in der UNO konsequent verteidigte und verteidigt.

Es ist daran zu erinnern, daß die Sowjetregierung auf der ersten Tagung der Vollversammlung (1946) eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte beantragte.

Dieser Antrag diente als Grundlage für den historischen Beschuß der Vollversammlung vom 14. Dezember 1946. Die Sowjetregierung äußerte durch ihn ihren festen Willen zum allgemeinen Frieden und ihre Bereitschaft zu friedlichem Wettkampf der staatlichen und gesellschaftlichen Systeme auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.

Auf der zweiten Tagung der Vollversammlung (1947) ergriff die Sowjetregierung hochherzig die Initiative zur Verurteilung jeder wie immer

gearteten Propaganda für einen neuen Krieg, und auf der dritten Tagung in Paris, im Jahre 1948, beantragte die Sowjetregierung im Zuge weiterer Versuche, der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu dienen, die Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte der fünf Hauptmächte um ein Drittel sowie das Verbot der Atomwaffe, wobei zur Überwachung und Kontrolle der Ausführung der erwähnten Maßnahmen ein internationales Kontrollorgan im Rahmen des Sicherheitsrats gebildet werden sollte.

Diese Resolution wurde jedoch von der Mehrheit der Vollversammlung abgelehnt, welche gehorsam den USA und England folgte, die gegen die friedliebenden Vorschläge der Sowjetunion auftraten.

Es muß bemerkt werden, daß auch der vom Vertreter der UdSSR im Sicherheitsrat eingebrachte analoge Resolutionsentwurf vom gleichen Schicksal ereilt wurde. Bis jetzt hat die englisch-amerikanische Mehrheit in der UNO hartnäckig und systematisch alle Anträge abgelehnt, die gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges gerichtet sind und auf die Festigung des Friedens abzielen!

Die jetzigen Anträge der Sowjetunion sind eine Fortsetzung des von der UdSSR unveränderlich betriebenen grundsätzlichen Kurses: des Kurses auf den Kampf für den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges, den ein Häuflein von Abenteurern, von Weltherrschaftsanwärtern vorbereitet. Durch ihre Anträge zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und zur Festigung des Friedens erhebt die Sowjetunion wiederum ihre Stimme zum Schutz der friedliebenden Völker, gegen das neue Menschenmärschel, das von den aggressiven Staatenblocks vorbereitet wird, an deren Spitze die USA und Großbritannien stehen.

Es fragt sich: wer kann gegen die Anträge der Sowjetunion Einwände erheben — gegen den Antrag auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges, gegen den Antrag, daß endlich die Atomwaffe verboten und eine strenge internationale Kontrolle errichtet werde, gegen den Antrag, daß die fünf Mächte einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen?

Niemand außer den Feinden des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, außer denjenigen, die in der Vorbereitung zu einem neuen Krieg und in einem neuen Krieg eine Bereicherungsquelle sehen, die den Krieg als ein Mittel zur Errichtung der Weltherrschaft und zur Versklavung anderer Staaten und Völker betrachten!

## 2. Die Kriegsbrandstifter trachten die Anträge der Sowjetunion zu hintertreiben

Es kann kein Zweifel bestehen, daß derartige Anträge lediglich bei eingefleischten Friedensgegnern, bei Vertretern reaktionärer Kreise, die sich berufsmäßig mit Krieg und Kriegsvorbereitung befassen und im Krieg eine Bereicherungsquelle für die kapitalistischen Cliquen und Monopole sehen, auf Einwände stoßen können. Das hat ein Vertreter der reaktionären Kreise in den USA, Professor Sumner Slichter von der Harvard-Universität, offen zugegeben, indem er sich nicht scheute, auf einem Kongreß von Vertretern der Handels-, Finanz- und Industrie-Kreise zu erklären, der „kalte Krieg“ gegen die Sowjetunion sei eine „gute Sache“.

„Er steigert die Waren nachfrage, trägt zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades bei, beschleunigt den technologischen Fortschritt und hilft damit dem Lande, seinen Lebensstandard zu heben.“

Professor Slichter erklärte ferner: „Gäbe es keinen kalten Krieg, so wäre der Regierungsbedarf an Gütern um viele Milliarden Dollar geringer als jetzt, die Aufwendungen, die sowohl die Industrie als auch die Regierung für technologische Forschungen machen, wären um hunderte Millionen geringer als sie es jetzt sind. So können wir also den Russen dafür danken, daß sie dem Kapitalismus in den USA helfen, besser zu arbeiten denn je zuvor.“

Es würde sich nicht lohnen, auf diese zynische Erklärung eines aus Rand und Band geratenen Obskuren von der Harvard-Universität einzugehen, wenn sie nicht die wahren Motive für die Minierarbeit der Kriegsbrandstifter bloßlegte.

Leider sind das keine Einzelfälle. Die Kriegspsychose macht sich in den USA und in einigen

anderen Ländern immer noch bemerkbar, sie wird durch die provokatorische Tätigkeit der reaktionären Kreise dieser Länder angefacht. Tatsächlich lassen sich aus diesem Lager schon Gezisch und gehässige Kritik an den friedliebenden Anträgen der Sowjetunion vernehmen. Waren wir nicht bereits auf dieser Tagung Zeugen einer vereinigten Verleumdungsoffensive der von den Delegationen der USA und Großbritanniens geführten sowjetfeindlichen Kräfte vom Schlag der Delegationen der Kuomintang und der Titoclique sowie anderer, die hier in ihren Reden Insinuationen und böswillige Erfindungen gegen die UdSSR vorbrachten? Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Vertreter dieses Lagers auch künftig gegen die Anträge der Sowjetunion auftreten, die verschiedensten Ausreden aushecken und die verschiedensten Entwürfe einbringen werden, um diese Anträge, die die finsternen Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges enthüllen, zu Fäll zu bringen. Das Signal zum Angriff auf die Anträge der Sowjetunion wurde von den Führern des englisch-amerikanischen Blocks gleich zu Beginn dieser Tagung gegeben.

Dies und nichts anderes war der Sinn der Rede des Herrn Bevin in der Vollversammlung am 26. September, als er schon in seinen ersten Sätzen über die Sowjetunion und die Sowjetanträge vom 23. September herfiel. Herr Bevin blieb sich selbst treu, als er den Versuch unternahm, diese Anträge wie auch die gesamte Außenpolitik der Sowjetunion als einen „ernsten Schlag“ gegen die Hoffnungen auf Herstellung einer Zusammenarbeit in der UNO zu bezeichnen.

Herr Bevin erlaubte sich, die Außenpolitik der Sowjetunion so zu entstellen, obwohl die UdSSR — wie das die gesamte Außenpolitik der

Sowjetunion und zahlreiche Dokumente, ebenso auch das wiederholte Auftreten der Sowjetdelegationen auf den UNO-Tagungen seit der ersten Session im Jahre 1946 beweisen — unablässig bestrebt war und bestrebt ist, den Einfluß und die Rolle der UNO als eines ernsthaften Friedensinstruments zu erhöhen, wobei sie im Interesse einer ehrlichen und konsequenten internationalen Zusammenarbeit für unentwegte Einhaltung der UNO-Satzung eintritt.

Herr Bevin widmete seine am 26. September in der Plenarsitzung der Vollversammlung gehaltene Rede Ausfällen gegen die Außenpolitik der Sowjetunion, bestrebt, derart reaktionäre und dem Frieden feindselige Maßnahmen zu rechtfertigen, wie den Nordatlantikpakt, den Brüsseler Vertrag, die Spaltung Deutschlands, die sieberhafte Ausrüstung und die Vorbereitung eines neuen Krieges, bestrebt, die Schuld an all diesem der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik in die Schuhe zu schieben. Herr Bevin ging in seiner Rede eigens auf die deutsche Frage ein, obwohl diese mit der Vollversammlung nichts zu tun hat, und machte unter Entstellung des Tatbestandes den Versuch, die UdSSR für die Entstehung der, wie er sich ausdrückte, Krise in Berlin verantwortlich zu machen.

Er wollte damit den Antrag der Sowjetunion auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens im Mißkredit bringen. Aber wenn schon von der Berliner „Krise“ die Rede ist — wer würde nicht, daß diese ganz und gar das Werk der Regierungen der USA und Großbritanniens ist? Diese Regierungen waren es, die die sogenannte Berliner Krise heraufbeschworen, da sie hofften, auf diese Weise ihre Spalterpolitik gegenüber Deutschland tarnen zu können. Sie waren es, die versuchten, in dieser Frage neue Komplikationen zu schaffen, indem sie künstlich den Eisenbahnerstreik hervorriefen, um die deutschen Arbeiter durch Polizeiprovokationen gegen die Sowjetverwaltung in Berlin aufzuhetzen. Sie waren es, die die Regelung der Berliner Frage in Paris verhinderten, indem sie das Abkommen, das zuvor durch Vertreter von sechs sogenannten neutralen Mächten und den Vertreter der Sowjetunion erzielt worden war, nicht wirksam werden ließen. Die Verletzer der Abkommen von Jalta und Potsdam, die jetzt ihrer Weigerung, den auf Grund der erwähnten Abkommen von ihnen übernommenen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, mit der Bildung der marionettenhaften westdeutschen Separat„regierung“ in Bonn die Krone aufgesetzt haben, greifen zu gräßlicher Lüge und Verleumdung, wenn sie, wie es sich Herr Bevin am 26. September erlaubte, behaupten,

die Sowjetregierung wäre eher bereit gewesen, einen Krieg zu riskieren, als auf ihr Ziel zu verzichten, Berlin weiter unter ihrer Kontrolle zu halten.

Herr Bevin benötigte alle diese Insinuationen, um die politische Atmosphäre im voraus zu vergiften und die Öffentlichkeit von den Anträgen der Sowjetunion abzulenken, damit das Vertrauen zu diesen Anträgen untergraben werde, die die Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bezeichnen, auf welche die Bemühungen der Sowjetregierung abzielen.

Eine Reihe weiterer Reden von Vertretern des englisch-amerikanischen Blocks zeigte dann, daß Bevins Signal befolgt wurde. Der kanadische Vertreter z. B. befaßte sich, statt die Bedeutung der sowjetischen Anträge für die Festigung des Friedens nüchtern einzuschätzen, mit gegen die UdSSR gerichteten verleumderischen Insinuationen betreffs irgendeines vorgeblichen „neuen Imperialismus der Nachkriegsperiode“, befaßte sich mit unsinnigem Geschwätz über „Regimes“, die die Sowjetunion ihren Nachbarn aufgezwungen haben soll.

Der kanadische Delegierte wußte selbstverständlich, daß an allem, was er über die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie sagte, kein Wort wahr ist. Aber was schert er sich um die Wahrheit!

Wichtig ist, das Wasser zu trüben, wichtig, sei es auch durch verleumderische Insinuationen, den Versuch zu machen, von den Anträgen der UdSSR abzulenken, die den Plänen der Kriegsbrandstifter einen wirklich empfindlichen Schlag versetzen! Was der kanadische Delegierte über das Wesen der Sowjetanträge sagte, beweist, daß er sich für den eigentlichen Kern der Sache am allerwenigsten interessiert! Deswegen meinte er, sich über die Sowjetanträge hinwegsetzen zu können, indem er sie als bloße Propaganda hinstellte! Das ist nicht neu und gar nicht überzeugend. Die Sowjetanträge sind keine Propaganda, denn die unbändige Aufrüstung in den USA, in England und in den Ländern ihrer Verbündeten ist eine Tatsache; die Aufblähung der Kriegshaushalte, die das Wohlergehen der Bevölkerung noch mehr untergräbt und als noch schwerere Bürde auf ihren Schultern lastet, ist eine Tatsache. Es ist keine Propaganda, sondern eine Tatsache, daß in den USA und in England die Vorbereitung eines neuen Krieges nicht aufhören will, die sich in der Schaffung zahlreicher amerikanischer Armee-, Marine- und Luftflottenstützpunkte sowie in der Organisierung von Kriegsblocks äußert, die den friedliebenden Staaten gegenüber aggressive Ziele verfolgen.

Es ist keine Propaganda, sondern eine Tatsache, daß hier, in den USA, vor unseren Augen zwischen Vertretern der Luftstreitkräfte der USA und Vertretern der Kriegsmarine der USA eine schmähliche Diskussion im Gange ist, eine selbst für die Geschichte der reaktionärsten aggressiven Staaten beispiellose Diskussion darüber, wie man am besten über friedliebende Länder herfallen könnte, welches die besten Methoden zur Vernichtung von Millionen Menschen, zur Zerstörung von friedlichen Städten und ganzen Staaten seien!

Dem kanadischen Außenminister Herrn Pearson und ähnlichen Herren beliebt es, die Enthüllung dieser schmählichen Barbaren „arbeit“ eines Häufleins von Imperialisten, das sich zu einem neuen, überaus schweren Verbrechen an der Menschheit anschickt, als „Propaganda“ zu bezeichnen. Aber es geht nicht um Propaganda, sondern darum, die Bemühungen aller ehrlichen Menschen zu vereinen, neue Verbrechen der Weltherrschaftsanwärter zu verhüten, den meuchlerisch die friedliebenden Länder bedrohenden Kriegsbrandstiftern in den Arm zu fallen!

Will man schon von Propaganda reden, so sollte man auf solche Erklärungen achten, wie die des Verteidigungsministers der USA, Johnson, der im August 1949 in einem Ausschuß des USA-Senats bei der Debatte über das Programm für militärische Hilfe sagte, in Westeuropa habe sich ein militärisches Vakuum gebildet, das für den internationalen Kommunismus eine große Versuchung darstelle. Was ist das anderes als Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion, was ist das anderes als direkte Aufputschung zu einem solchen Krieg?

Wie sich herausstellt, ist der kanadische Delegierte besonders ungehalten darüber, daß im dritten sowjetischen Antrag auf die in allen Ländern in Erscheinung tretende mächtige Volksbewegung für den Frieden und gegen die Kriegsbrandstifter hingewiesen wird. Pearson sagte, das habe „im kommunistischen Wortschatz eine spezifische Bedeutung“. Pearson und seine Gesinnungsgenossen sollten jedoch wissen, daß das Wort „Frieden“ in jedem Wortschatz Frieden bedeutet, und daß dieses Wort — jetzt Banner der

Millionenmassen in allen Teilen der Welt — ein Leitstern ist für alle, die von Entschlossenheit erfüllt sind, kein neues Blutbad, keinen neuen wahnwitzigen Kriegsbrand zuzulassen, der tausende Städte, der Millionen und aber Millionen Menschen zu Staub und Asche zu machen droht.

Die Völker der ganzen Welt wollen keinen Krieg, sie fordern Frieden! Und diese immer lauter anschwellende und stärker werdende Friedensforderung ertönt aus allen Ländern als Verkündigung der Rettung und des Glücks der Menschheit!

Es ist die Sonne, die da aufgeht und vor deren blendenden und wohltuenden Strahlen alle Kräfte der Reaktion und des Obskuratorismus die Flucht ergreifen! Und gerade diese Friedensbewegung der Völker erbittert Pearson und seinen Anhang, die in den Friedensbestrebungen der Völker das Fiasco ihrer aggressiven Pläne sehen.

Dem kanadischen Delegierten sekundierte hier voller Mitgefühl der Vertreter der Titoclique, der gleichfalls versuchte, die Anträge der UdSSR als Propaganda hinzustellen und die Erörterung dieser Anträge als Anlaß zu neuen verleumderischen Ausfällen gegen die UdSSR zu benutzen.

Diese Beispiele genügen, um klar zu zeigen, daß die edlen Anträge der Sowjetregierung in dem Lager, das sich mit Plänen zu einem neuen Kriege trägt, Verwirrung gestiftet haben, daß dieses Lager Maßnahmen treffen wird, um die am 23. September auf dieser Tagung eingebrachten Anträge der Sowjetregierung zu Fall zu bringen. Diese Anträge sind ein Friedensprogramm; es entspricht den Interessen des Sowjetvolks, des Sowjetstaates, welchem Expansionsdrang und Streben nach Eroberung von Kolonien fremd sind. Sie sind ein Friedensprogramm, das den Interessen aller friedliebenden Völker, den Interessen der gesamten fortschrittlichen Menschheit entspricht. Gerade deswegen ziehen die Brandstifter eines neuen Krieges gegen dieses Programm zu Felde, dessen Verwirklichung das Fiasco der Politik der Kriegsabenteuer bedeutet, auf die die regierenden Kreise einiger Länder und vor allem die der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens versessen sind.

### 3. Die Vorbereitung eines neuen Krieges muß verurteilt werden

Die Delegation der UdSSR beantragt, die in einer Reihe von Ländern, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien betriebene Vorbereitung eines neuen Kriegs zu verurteilen.

Auf der zweiten Tagung der Vollversammlung in New York wurde einmütig eine Resolution angenommen, in der jegliche, wie immer geartete Propaganda für einen neuen Krieg verurteilt wird. Wir erinnern uns daran, wie der Vertreter der

USA, Austin, damals öffentlich erklärte, der sowjetische Entwurf, in dem die Verurteilung der Kriegspropaganda vorgesehen war, müsse im Keime ersticken werden. Es gelang der amerikanischen Delegation nicht, dies zu bewerkstelligen, es gelang ihr nicht, die Annahme der Resolution zu verhindern, in der die Kriegspropaganda verurteilt wird. Es muß jedoch zugegeben werden, daß in den zwei Jahren, die darauf folgten, niemand mehr getan hat als die reaktionären Kreise in den USA, um diese Resolution tatsächlich umzubringen, um ihr jede reale Bedeutung zu nehmen. Mehr noch. In diesen Jahren wurde in einer Reihe von Ländern, besonders aber in den USA und in Großbritannien, die Propaganda für einen Krieg nicht allein nicht eingestellt, sondern noch mehr verstärkt; sie hat hier noch wildere, noch hysterischere Formen angenommen. Gleichzeitig wird die fiebrige Aufrüstung verstärkt, werden die Militärhaushalte noch mehr aufgebläht, was eine schwere Belastung der Bevölkerung bedeutet, werden noch hartnäckiger andere Maßnahmen zu aggressiven Zwecken ergriffen.

Allerdings wächst zugleich nach wie vor der Widerstand, den diese Propaganda von Seiten der demokratischen Kräfte erfährt, die in ihren Reihen hunderte Millionen immer energischer gegen die Propaganda und Vorbereitung eines neuen Krieges auftretender Friedenskämpfer zählen. Im April 1949 beteiligten sich an dem in Paris und in Prag abgehaltenen Weltkongreß der Friedensanhänger 561 Landesorganisationen zum Kampf für den Frieden sowie 12 internationale Vereinigungen, die an der Friedensbewegung teilnehmen und 600 Millionen organisierter Friedenskämpfer repräsentieren. Und dies trotz aller Hindernisse, die die Organisatoren dieses Kongresses zu bewältigen hatten; stieß die Arbeit des Kongresses in Paris doch bekanntlich auf den Widerstand der französischen Behörden. Hunderte Millionen Menschen, die sich das Ziel gesetzt haben, ein neues Menschengemetzel unmöglich zu machen, die Aggressoren an der Ausführung der verbrecherischen Verschwörung gegen den Frieden und die friedliche Zusammenarbeit der Völker zu verhindern, schließen sich nicht nur innerhalb der einzelnen Länder, sondern auch im internationalen Maßstab zusammen. Diese mächtige Bewegung der Völker für den Frieden ist eine sichere Garantie für die Niederlage des Krieges, für den Sieg des Friedens! „Die mächtige Bewegung der Friedensanhänger zeugt davon, daß die Völker eine Kraft darstellen, die fähig ist, die Aggressoren zu bändigen“, erklärte G. M. Malenkov in seinem Bericht zum 32. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution. Aber die Erfolge der Friedensbewegung der Völker sind es

gerade, die die weiterwühlenden Feinde des Friedens, die Brandstifter eines neuen Krieges, in noch größere Raserei versetzen!

Es bleibt jedoch Tatsache, daß die Propaganda für einen neuen Krieg nicht aufhört und nach wie vor Unterstützung und Förderung einiger Regierungen, besonders der USA und Großbritanniens, findet, die jedoch nicht aufhören, sich mit tönen-den Phrasen über den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker zu tarnen.

Jetzt handelt es sich aber nicht mehr um bloße Propaganda. Es handelt sich um praktische Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung, um die Ausarbeitung militärischer und strategischer Pläne, um Maßnahmen, aus denen hervorgeht, daß die Kriegsgefahr aus der Sphäre allgemeiner Aufseuerungen und Vermutungen in den Bereich praktischen Handelns, den Bereich der materiellen und organisatorischen Maßnahmen übergegangen ist. In dieser Hinsicht ist Maßnahmen, wie der Organisierung der Nordatlantischen Union, deren aggressiven Charakter ihre Urheber mit verlogenen Phrasen über Verteidigung, Frieden und Sicherheit zu verhüllen suchen, eine große Rolle zugeschrieben. Die Verlogenheit solcher Phrasen wird schon durch die Tatsache bloßgelegt, daß diese Union einerseits den Gegenpol zu einer Reihe von friedliebenden Staaten bildet, und daß ihr Staaten angehören, die nicht in der sogenannten nordatlantischen Region liegen. Das überführt die Nordatlantische Union restlos aggressiver Pläne. Die Verlogenheit der Erklärungen, die Nordatlantische Union diene dem Frieden, wird auch durch die Tatsache aufgedeckt, daß diese Union eine exklusive Staatengruppierung ist und, was besonders wichtig ist, vollständig die Möglichkeit der Wiederholung einer deutschen Aggression ignoriert, gegen die die echten Verteidigungsverträge der Sowjetunion mit den Ländern der Volksdemokratie gerichtet sind. Ist nicht auch der Umstand beachtenswert, daß nur eine der an der Antihitlerkoalition beteiligten Großmächte, nämlich die Sowjetunion, diesem Vertrag fernsteht? Schon dieser Umstand läßt keinen Zweifel daran auftreten, daß der Nordatlantische Vertrag gegen die UdSSR gerichtet ist, daß der Nordatlantische Vertrag ein aggressiver Vertrag ist, hinter was für verlogenen Redensarten über Verteidigung seine Organisatoren und Teilnehmer auch immer Zuflucht suchen mögen!

Die Herren Acheson und Bevin versuchten in ihren Reden auf der Vollversammlung den Beweis zu erbringen, daß der Atlantikpakt oder der Brüsseler Pakt dem Frieden sowie der Zusammenarbeit der Völker dienen und angeblich keinerlei aggressive Ziele verfolgen. Aber selbst eine Zeitung wie „Wall Street Journal“ war

genötigt, die wahre, aggressive Bedeutung des Nordatlantikpacts zu entfüllen, indem sie erklärte: „Der Atlantikpakt wird als Mittel zur Erhaltung des Friedens angepriesen. Ein seltsamer Frieden wird das sein, der durch Umwandlung der westlichen Welt in ein bewaffnetes Heerlager errichtet wird...“ (Redaktioneller Artikel vom 17. Mai 1949.)

Das aggressive Wesen des Nordatlantikpacts, dieses Instruments für die direkte, unmittelbare Vorbereitung zu einem imperialistischen Krieg, bedarf heutzutage keiner besonderen Nachweise. Es ist doch kein Zufall, daß ein Abgeordneter des englischen Parlaments, der den Nordatlantikpakt geflissentlich als Fortschritt auf dem Weg zur Festigung des Friedens pries, sich den Ausruf nicht verkneifen konnte. „Aber ich will heute nachmittag die Frage stellen: wann wollen wir von der Verteidigung zum Angriff übergehen?“ (Parlamentsdebatten. Bd. 463, Nr. 86, S. 460/61.) Diesem Parlamentsmitglied ist unversehens die Wahrheit über die aggressiven Ziele des Nordatlantikpacts entslüpft.

Es wird mit keinen Kniffen gelingen, den Völkern das wahre Wesen der Kriegsbündnisse zu verbergen, die unter Leitung der USA und Großbritanniens organisiert werden, vor ihnen die Wahrheit zu verbüllen, daß die immer größere Ausdehnung annehmenden Ringe von Luftflotten- und Marinestützpunkten keineswegs für eine ins Reich der Fabel gehörende Verteidigung vor der nichtexistenten Gefahr eines Überfalls von Seiten der Sowjetunion bestimmt sind, was die Kriegsbrandstifter sehr gut wissen, sondern für einen Angriff. Nicht für die Verteidigung, sondern für die Vorbereitung eines Überfalls sind die Dutzende Milliarden Dollar bestimmt, die für die Vorbereitung eines neuen Krieges bewilligt werden und die die in Elend und Not dahinvegetierenden Völker einer neuen Belastung aussetzen.

Herr Truman prahlte in seiner Kongreßbotschaft zum Budget: „Die im Haushalt für 1950 empfohlenen Streitkräfte sind die stärksten, die unser Land jemals zu Friedenszeiten unterhielt“, und ferner: „Allein die Aufwendungen für die Entwicklung unserer natürlichen Hilfsquellen, einschließlich Atomenergie, werden sich auf fast 2 Milliarden Dollar belaufen.“ Der USA-Präsident hat jedoch zugegeben, daß die Ausgaben im Haushaltsjahr 1950/51 wahrscheinlich größer sein werden als im Jahre 1950; es sei zu erwarten, daß die Aufwendungen für die Streitkräfte bedeutend über dem für 1950 festgesetzten Stand liegen würden. Es ist kein Zufall, daß der Präsident der USA beantragt hat, neben den im USA-Haushalt für 1950 vorgesehenen Aufwendungen für militärische Maßnahmen eine noch nicht

fixierte Summe zur Belieferung der Teilnehmer des Nordatlantikpacts mit Kriegsmaterial vorzusehen. Diese Summe wird sich nach Pressemeldungen auf weitere 2 bis 3 Milliarden Dollar belaufen.

Man kann nicht sagen, daß derartige Erklärungen das amerikanische Volk trösten könnten!

Verteidigungsminister Johnson hielt kürzlich anlässlich einer Versammlung der amerikanischen „Artilleriegesellschaft“ in New York eine Rede, in der er erklärte, die Politik der USA ziele auf einen „Gewaltfrieden“ ab. Er rühmte sich des Maßstabs, in dem die Militärbehörden des Landes schon die Mobilmachung der Industrie für den Kriegsfall durchgeführt hätten. Nach Johnsons Worten sind von 1955 Werken, die zur Kriegszeit in den USA gebaut wurden, 60 Prozent schon als Reservebetriebe bestimmt, die im Fall des Eintretens außerordentlicher Umstände eingesetzt werden sollen.

Ebenso unbändig schwadronierte kürzlich der ehemalige Befehlshaber der Luftstreitkräfte der USA-Armee, General Arnold, in seinem Buch „Eine Mission von Weltbedeutung“, in welchem er naiv behauptete, mit Hilfe des Atombombenmonopols erhielten die USA „das Kräftegleichgewicht in der Welt aufrecht“.

General Bradley hat bekanntlich vor einigen Monaten erklärt: „Wir sind das einzige der 12 Länder, das die Atombombe besitzt. Wir sind das einzige Land, das fähig ist, strategische Bombenabwürfe vorzunehmen.“ Diese Erklärung wurde später in Kommentaren als Entschlossenheit der USA gewertet, bei künftigen Kriegshandlungen der Nordatlantischen Union gegen „jedweden“ Aggressor Atombomben einzusetzen!

In welchem Maße bestimmte USA-Kreise von der Kriegshysterie erfaßt sind, ist auch aus der Tatsache ersichtlich, daß in den USA Vorlesungen über die Sonderstrategie eines Krieges gegen die Sowjetunion veranstaltet werden. Als Beispiel könnte man sich auf derartige Vorlesungen für Offiziere des Colleges für Luftkriegsführung in Maxwell Field berufen.

Solche „Vorlesungen“ und literarische Exerzitien mehren sich in den USA tagtäglich. Die Kriegsbrandstifter stoßen mit aller Kraft vor, sie sind bestrebt, einander bei der Anfachung der Kriegspsychose zu überbieten — sie überbleiben sich darin, den Menschen möglichst viel Haß gegen andere Völker einzuflößen, sie mit der Kriegsidee zu vergiften.

In den reaktionären Kreisen der USA, Englands und anderer Länder dieses Lagers hat ein Ausspruch aus der Epoche des Römischen Reiches neue Geltung und Verbreitung gefunden: „Wer in Frieden haben willst, mußt du dich zum Kriege rüsten“, ein Ausspruch, dessen

wahrer Sinn darin besteht, daß die Vorbereitung zum Krieg mit Geschwätz über Frieden bemängelt wird.

Die Kriegsbrandstifter sind in Eile, denn sie wissen, daß die Zeit gegen sie ist, daß die Kräfte des Friedens und der Demokratie rascher wachsen als die finsternen Kräfte der Reaktion und der Aggression. Der Verteidigungsminister der USA, Lewis Johnson, forderte unlängst in einem Artikel in der Septembernummer des „Army Information Digest“ zu „Sofortmaßnahmen“ auf, wobei er offen erklärte: „Wir können es uns nicht leisten, einige Jahre zu warten, bis Europa wieder seinen vollen Produktionsstand erreicht haben wird. Warten wir, so laufen wir wieder Gefahr, ‚unzulänglich und zu spät‘ zu handeln.“

Bei einer solchen Atmosphäre kann von einer ersprießlichen Tätigkeit der UNO keine Rede sein. Alle, die wirklich nach internationaler Zusammenarbeit und nach Festigung des Friedens streben, müssen dieser Lage ein Ende bereiten. Es darf nicht zugelassen werden, daß Wahnsinnige oder Halbwahnsinnige mit dem Feuer spielen. Dem muß ein Ende gemacht werden.

Der in Punkt I des von der Sowjetregierung eingebrachten Resolutionsentwurfs dargelegte Antrag — die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verurteilen — ist gerade auf dieses Ziel gerichtet. Die Annahme dieses Antrags würde einen gewaltigen Fortschritt im Kampf gegen einen neuen Krieg, im Kampf für die Festigung des Friedens bedeuten.

#### 4. Die Atomwaffe muß verboten, eine strenge internationale Kontrolle hergestellt werden

Herr Acheson und Herr Bevin gingen auch auf die Frage des Atomwaffenverbots ein, der erste am 21., der zweite am 26. September. Die Stellung der USA und Großbritanniens ist jetzt im Zusammenhang mit der Erörterung der Atomfrage im Politischen Sonderausschuß völlig klar. Die USA und England verharren auf dem alten Standpunkt und treten nach wie vor für ihren amerikanischen Plan einer sogenannten internationalen Kontrolle, für den sogenannten Baruch-Acheson-Lilienthal-Plan ein. Es ist jetzt schon völlig klar, wer daran schuld ist, daß diese Frage in eine Sackgasse geraten ist, wer daran interessiert ist, daß keinerlei Konvention über das Verbot der Atombombe zustande komme, um sich auf diese Weise freie Hand zu bewahren.

Die verzögerte Behandlung des Atomwaffenverbots war zweifellos ein Bestandteil des Aktionsplans der USA.

Das geht unmißverständlich aus einer Erklärung des Vorsitzenden der USA-Atomenergiekommission, Lilienthal, vom 6. Juli d. J. hervor, laut der die USA im Jahre 1946 in bezug auf Atomwaffen faktisch ungerüstet standen. Lilienthal fügte ganz eindeutig hinzu: „Dieser Umstand bewirkte, daß die Kommission ihre ganze Aufmerksamkeit der Herstellung von Atombomben in solcher Menge und solcher Qualität zuwandte, die für einen Aggressor eine ‚Warnung‘ sein müßten.“

Um die Bedeutung dieses Eingeständnisses restlos zu klären, muß gesagt werden, daß die Aufmerksamkeit der Kommission nach dem Bekennen Lilienthals damals ebenso wie übrigens

auch jetzt gerade auf die Herstellung von Bomben konzentriert war. In einem Bericht der USA-Atomenergiekommission, der dem Kongreß am 31. Januar 1949 vorgelegt wurde, war hervorgehoben, daß die „Tätigkeit, der die Atomenergiekommission ihre Hauptaufmerksamkeit schenkte, wie bisher die Erzeugung und Vervollkommenung von Atomwaffen war... Auf diesem Gebiet wurde 1948 ein bedeutsamer Fortschritt erzielt. Die Erzeugung von Zerfallstoffen wird erweitert. Neue Waffenmuster wurden mit Erfolg erprobt, und gegenwärtig werden neue Vervollkommenungen vorgenommen“ („New York Times“, 1. Februar 1949).

Parallel mit den diplomatischen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot und den öffentlichen demagogischen Manifestationen des angeblich vorhandenen diesbezüglichen „guten Willens“ der USA ging somit in Geheimkommissionen die Ausarbeitung von Maßnahmen vor sich, die den USA die Anhäufung von Atombomben in größtmöglicher Anzahl und in kürzester Frist gewährleisten sollten!

Es ist durchaus begreiflich, daß unter diesen Umständen, die den USA den oben aufgezeigten politischen Kurs in der Atomfrage — den Kurs auf die Anhäufung von Atombomben — vorschrieben, keinerlei ernsthafte Hoffnung auf eine Möglichkeit bestehen konnte, mit den USA zu einer Verständigung über das Atombombenverbot und folglich über die Einstellung der Atombombenerzeugung zu gelangen. Ist nicht damit auch die Unnachgiebigkeit der USA und selbstverständlich ebenso Englands in dieser Frage zu

erklären, die zutage trat, als die Herren Acheson und Bevin erklärten, solange die UdSSR den amerikanischen Plan nicht akzeptiere, bestünde keinerlei Hoffnung, eine Basis für eine Einigung zu finden? Das bestätigte im Grunde genommen auch der Präsident der USA, der erklärte, der amerikanische Plan sei der beste Plan. Somit schlug die Regierung der USA schon die Tür zu, als auf dieser Vollversammlung die ersten Schritte unternommen wurden, um die Frage nach dem Weg zur Einigung über das Atomwaffenverbot und über Herstellung einer Kontrolle der Einhaltung eines derartigen Verbots zu klären.

Unmittelbar nach Herrn Acheson äußerte sich auch Herr Bevin in dem gleichen Sinne, aber in weniger diplomatischer Form. Auch hier ging es bei Herrn Bevin nicht ohne offensichtliche Verdrehung der Tatsachen ab, deren sich die englischen Diplomaten bekanntlich niemals scheuen, besonders wenn es sich um die Sowjetunion handelt. Wir erinnern uns alle daran, wie Herr Bevin den amerikanischen Plan der Atomenergiekontrolle über den grünen Klee lobte, wobei er behauptete, dieser Plan gewährleiste ein wirksames Atomwaffenverbot. Er fühlte sich selbstverständlich nicht im geringsten durch den Umstand beunruhigt, daß dieser Plan auf der Liquidierung der staatlichen Souveränität aufgebaut ist, von der dieser Plan keinen Stein auf dem anderen läßt, daß dieser Plan die völlige Unterwerfung der nationalen Wirtschaft, der gesamten ökonomischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unter das sogenannte internationale Kontrollorgan bedeutet.

Da wir dem Atomproblem im Politischen Sonderausschuß genügend Aufmerksamkeit geschenkt haben, beschränke ich mich auf das hier Gesagte. Ich möchte nur einige Worte zur Rede des Herrn Pearson über die staatliche Souveränität sagen.

Herr Pearson erklärte im Politischen Sonderausschuß gleichfalls, er betrachte die Behauptung der UdSSR, der amerikanische Plan liquidiere die staatliche Souveränität, als absurd. Nach Pearsons Meinung bedeutet dieser Plan im Gegenteil einen Fortschritt. Er erklärte: „Das bedeutet nicht Verlust der Souveränität, sondern Nutzung der Souveränität.“

Wie immer man aber diesen amerikanischen Plan auch vom Standpunkt der Souveränität bewerten mag, eins ist nicht zu bezweifeln, nämlich, daß der amerikanische Plan unbedingt den Verzicht auf Souveränität bedeutet. Herr Pearson fühlt sich dadurch jedoch nicht im geringsten beunruhigt, da die staatliche Souveränität, wie er sagt, eine schädliche „reaktionäre Konzeption“ ist, die man schnellstens dem Altertumsarchiv einverleiben müßte.

Es stimmt schon, die Reden der Herren Pearson, die so leicht mit jener staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität anderer Länder aufräumen, durch welche die amerikanischen Imperialisten bei der Aufrichtung ihrer Herrschaft über andere Nationen und die ganze Welt gehindert werden, sind Balsam für die Herzen der amerikanischen Monopolisten. Die einträchtige Offensive des englisch-amerikanischen Lagers gegen die staatliche Souveränität ist absolut nicht irgendwelchen edlen, „humanen“ Motiven der Friedens- und Menschenliebe zuzuschreiben. Die wirklichen Beweggründe für diese Offensive liegen in dem Bestreben, dem amerikanischen Imperialismus die Bahn freizumachen und die letzten Hindernisse und Schranken für die Verwirklichung der Weltherrschaft aus seinem Wege zu räumen. Der Feldzug des englisch-amerikanischen Blocks gegen die staatliche Souveränität anderer Länder steht in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Maßnahmen wie dem Nordatlantikpakt oder dem Marshallplan, die auf die Sicherstellung der bedingungslosen Unterwerfung dieser Länder unter den Einfluß der USA abzielen, welche verkündet haben, daß sie von nun an die gesamte Verantwortung für die Zukunft der Welt übernehmen. Bei solchem Heißhunger kann wohl kaum von der Achtung irgendwelcher staatlichen Souveränität die Rede sein! Unter solchen Umständen von staatlicher Souveränität reden zu wollen, wäre nach dem Auspruch eines Gelehrten das gleiche, als wolle man einen vierkantigen Bolzen in eine runde Öffnung stecken! Der Marshallplan ist mit der staatlichen Souveränität unvereinbar. Es ist kein Zufall, daß selbst nach dem Eingeständnis einiger englischer Konservativen die erfolgreiche Verwirklichung des Marshallplans gleichbedeutend wäre mit der Umwandlung Großbritanniens in ebenso einen Bestandteil einer europäischen Föderation wie Virginia es jetzt in bezug auf die USA ist und wie es Kanada, auf dessen Souveränität Herr Pearson dieser Tage schon laut und vernehmlich verzichtet hat, in nicht allzuferner Zukunft sein wird, was aus vielen Anzeichen ersichtlich ist...

So ist es um die Souveränitätsfrage bestellt.

Die Verfechter des amerikanischen Plans einer sogenannten internationalen Kontrolle suchen diesen Plan als Beweis dafür hinzustellen, daß die USA bereit seien, auf irgendwelche ihrer Vorteile im Bereich der Atomenergie zu verzichten, daß die USA irgendein Opfer brächten. Derartiges Gerede ist besonders unbegründet unter den heutigen Umständen, die es bereits nicht mehr gestatten, von irgendeinem Vorsprung der USA im Bereich der Atomenergie zu sprechen.

Somit steht vor der UNO nach wie vor die Aufgabe, einen Weg zur praktischen Lösung des Problems des Atomwaffenverbots und der Herstellung einer wirklichen internationalen Kontrolle zu finden. Die Vollversammlung muß ihre Pflicht erfüllen und es als unzulässig erachten, daß die Egreifung praktischer Maßnahmen zur Lösung der genannten Aufgabe weiter hinausgezögert wird.

Die Anträge Frankreichs und Kanadas, die gegenwärtig im Politischen Sonderausschuß behandelt werden, gewährleisten keine Lösung dieser Frage. Es bedarf keiner frommen Wünsche, keiner Deklarationen, sondern praktischer, sachlicher Maßnahmen.

Der zweite Punkt der Anträge der Sowjetunion wendet die Aufmerksamkeit gerade dieser Seite der Angelegenheit zu.

Die Sowjetregierung erinnert in ihren Anträgen daran, daß die zivilisierten Nationen die Anwendung von Giftgasen und bakteriologischen Mitteln zu Kriegszwecken schon lange als schwerstes Verbrechen an der Menschheit verurteilt haben.

Die Sowjetregierung beantragt, die Vollversammlung möge in bezug auf die Atomwaffe so verfahren, wie die zivilisierten Nationen in bezug auf die Anwendung von Giftgasen und bakteriologischen Mitteln zu Kriegszwecken verfahren sind. Aber wie erstaunlich dies auch sein mag, rief bereits die bloße Berufung auf das Verbot der Anwendung von bakteriologischen Mitteln und Giftgasen schon zu Beginn dieser Tagung Einwände hervor, vor allem von Seiten des englischen Außenministers Bevin. Bevin sagte, daß der Verzicht auf die Anwendung von Giftgasen im zweiten Weltkrieg überhaupt nicht mit dem Vorhandensein einer diesbezüglichen Konvention zu erklären wäre, sondern nur mit der Furcht des Aggressors vor möglichen Vergeltungsmaßnahmen der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition. Aber die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen kann zu Kriegszeiten immer

vorhanden sein. Es muß jedoch klar sein, daß derartige Erwägungen in keiner Weise als Argument gegen den Antrag auf das Atomwaffenverbot dienen können, wenn man tatsächlich den Abschluß einer solchen Konvention wünscht. Dagegen kann jeder, der keinen Wunsch nach Abschluß einer solchen Konvention hat, noch eine ganze Reihe anderer Einwände verschiedener Art ausschließen, um dem ihm nicht genehmen Antrag nur irgendwie aus dem Wege zu gehen. Solche Erwägungen dürfen wir nicht in Rechnung ziehen.

Das Verbot der Atomwaffe, die eine Aggressionswaffe ist, deren Anwendung der Ehre und dem Gewissen der Völker zuwiderläuft, ist eine Notwendigkeit, da eine solche Maßnahme dem Frieden und der Sicherheit der Völker dient.

In Punkt 2 der Sowjetanträge zu dieser Frage wird hervorgehoben, daß die Anwendung der Atomwaffe und anderer Mittel zur Massenvernichtung von Menschen mit der Zugehörigkeit zur UNO unvereinbar ist. Unzulässig und unvereinbar mit der Würde der UNO ist auch die immer noch andauernde chronische Verschleppung dieser Frage. Fast vier Jahre sind vergangen, seit die Frage des Atomwaffenverbots vor der UNO aufgeworfen wurde.

Mehr als drei Jahre sind vergangen, seit die UNO sich einmütig für die grundsätzliche Unzulässigkeit der Anwendung von Atomenergie zu Kriegszwecken und für die Schaffung einer internationalen Kontrolle zwecks Überwachung der Ausnutzung der Atomenergie zu lediglich friedlichen Zwecken ausgesprochen hat. Aber man ist damit immer noch nicht vom Fleck gekommen.

Die Sowjetregierung ruft die Vollversammlung auf, es als unzulässig zu betrachten, daß die Egreifung praktischer Maßnahmen durch die Vereinten Nationen zum unbedingten Verbot der Atomwaffe und zur Herstellung einer entsprechenden strengen internationalen Kontrolle weiter verzögert wird.

## 5. Für einen Fünfmächtepakt zur Festigung des Friedens

Die Anträge, die die Sowjetdelegation der Vollversammlung am 23. September d. J. unterbreitet hat, enthalten eine Aufforderung an die Vollversammlung, sie möge den Wunsch äußern, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion, die die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit tragen, ihre Bemühungen zu diesem Ziel vereinen und untereinander einen Pakt zur

Festigung des Friedens abschließen. Dieser Antrag ergibt sich mit naturgemäßer Folgerichtigkeit aus der Außenpolitik, die die Sowjetregierung im Laufe der ganzen 32 Jahre ihrer Existenz verfolgt.

Es ist bekannt, daß die Sowjetpolitik eine Politik des Friedens ist, daß die Sowjetunion für den Frieden einsteht, daß sie konsequent und mit aller Entschlossenheit den Frieden verteidigt und alle Versuche bekämpft, ihn zu verletzen und den Völkern einen Krieg aufzuzwingen.

Die von der Sowjetunion jahraus, Jahrein, im Laufe von Jahrzehnten betriebene Friedenspolitik ist durch alle Besonderheiten des sozialistischen Sowjetstaats, des sowjetischen sozialistischen Gesellschaftssystems bedingt. Diese Politik dient den Interessen des Sowjetvolkes als Erbauers der neuen sozialistischen Gesellschaft wie auch den Interessen aller friedliebenden Völker, den Interessen der gesamten Menschheit.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion ist auch ausschlaggebend für die Maßnahmen, die die Sowjetregierung im Bereich der internationalen Beziehungen trifft zwecks Förderung der Zusammenarbeit zwischen allen Ländern, die den Wunsch nach solcher Zusammenarbeit haben, sowie zwecks Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern und Gewährleistung ihrer Sicherheit.

Bei der Durchführung ihrer Friedenspolitik tritt die Sowjetregierung jetzt ebenso wie früher gegen die Organisierung von militärischen Aggressionsgruppierungen, gegen Kriegsblocks und Kriegspakte jeglicher Art auf. Aus der sowjetischen Friedenspolitik ist auch die Unterstützung zu erklären, die die Sowjetunion ständig der Sache einer Festigung der UNO zuteil werden läßt in der Ansicht, daß der UNO auf diesem Gebiet eine große und ernste Rolle zukommen muß und tatsächlich zukommt.

Es ist bekannt, daß die Sowjetunion 1934 dem Völkerbund beitrat, wobei sie davon ausging, daß dieser sich, wie seinerzeit das Haupt der Sowjetregierung, J. W. Stalin, erklärte, „ungeachtet seiner Schwäche, als eine Stätte zur Entlarvung der Aggressoren eignen und als ein gewisses, wenn auch schwaches Friedensinstrument dienen könne, das imstande wäre, die Entfesselung des Kriegs zu hemmen“.

Wir haben auch jetzt eine genaue Vorstellung davon, mit welchen Schwierigkeiten der Kampf für den Frieden gegenwärtig verbunden ist, besonders angesichts der verschiedenen militärischen Kombinationen, die von einigen Staaten, in erster Linie von den USA und Großbritannien, geknüpft werden, angesichts der Bildung und des Tätigkeitsbeginns der Kriegsblocks vom Typus des Nordatlantikblocks oder des sogenannten Westeuropablocks.

Aber die Sowjetunion hatte auch schon früher im Kampf um den Frieden Schwierigkeiten überwinden müssen. Der Führer des Sowjetvolkes, J. W. Stalin, wies, als er 1934 über die internationale Lage sprach, darauf hin, daß die Sowjetunion auch unter den damaligen schweren internationalen Verhältnissen ihre Außenpolitik betrieb, indem sie für die Erhaltung des Friedens eintrat.

Man kann auch an die Zeit unmittelbar vor Beginn des zweiten Weltkriegs erinnern, als der Krieg, wie J. W. Stalin erklärte, die Grundlagen der Friedensregelung nach dem ersten Weltkrieg untergraben, die elementaren Begriffe des Völkerrechts umgestürzt und so den Wert von internationalen Verträgen und Verpflichtungen in Frage gestellt hatte. „Pazifismus und Abrüstungsprojekte“, sagte J. W. Stalin, „sind begraben worden. An ihre Stelle ist das Rüstungsfieber getreten. Alle Staaten, die kleinen wie die großen, rüsten auf, darunter vor allem diejenigen Staaten, die Nichteinmischungspolitik betreiben.“

Die Sowjetunion fuhr auch unter jenen Verhältnissen unermüdlich fort, die Politik der Erhaltung des Friedens zu betreiben, indem sie eine Reihe von Verträgen über gegenseitigen Beistand gegen einen eventuellen Überfall der Aggressoren abschloß (1935 mit Frankreich; im gleichen Jahr mit der Tschechoslowakei; 1936 mit der Mongolischen Volksrepublik; 1937 mit der Republik China). Das war eine Zeit, als, wie wir uns alle erinnern, die Beziehungen sowohl zwischen den kapitalistischen Ländern als auch innerhalb dieser Länder sich ernstlich zugespitzt hatten, als an die Stelle der Abrüstungstendenzen der vorhergehenden Jahre Rüstungs- und Aufrüstungstendenzen getreten waren. Über jene Zeit sagte der Führer des Sowjetvolkes, J. W. Stalin: „Inmitten dieser tobenden Wellen der wirtschaftlichen Erschütterungen und militärisch-politischen Katastrophen steht die Sowjetunion für sich wie ein Fels da und setzt ihr Werk fort, das Werk des sozialistischen Aufbaus und des Kampfes für die Erhaltung des Friedens.“

Die Bemühungen der Sowjetregierung, die auf die Gewährleistung des Friedens abzielen, erwiesen sich nicht als erfolglos, da dank diesen Bemühungen die Sowjetunion mit einer Reihe von Ländern Nichtangriffspakte, Pakte über die friedliche Regelung von Konflikten abschloß.

In Durchführung ihrer Friedenspolitik stützte sich die Sowjetunion nicht allein auf ihre inneren Kräfte, sondern auch auf die Vernunft derjenigen Länder, die aus diesem oder jenem Grund nicht an einer Verletzung des Friedens interessiert sind. Im März 1939 sprach J. W. Stalin über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern, wobei er wiederum den Hinweis machte: „Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern. Auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder eben solche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten werden, soweit sie nicht versuchen, die Interessen unseres Landes zu verletzen.“

Das außenpolitische Programm der Sowjetregierung entspricht in vollem Maße der erhabenen Aufgabe, die in der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit besteht.

Nachdem die Sowjetunion siegreich aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, unterzeichnete sie eine Reihe von internationalen Abkommen, die eine gewaltige historische Bedeutung haben. Die Abkommen in Teheran, Jalta und Potsdam waren entscheidend für eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Nachkriegsregelung, denen eine enorme historische Bedeutung kommt.

Die Sowjetunion erfüllt strikt und unablässig die von ihr übernommenen Verpflichtungen, und besteht darauf, daß auch die anderen Mächte, die diese Abkommen unterzeichnet haben, ihren Verpflichtungen nachkommen. Im Interesse des Friedens hat die Sowjetregierung die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Japan aufgeworfen.

Die Sowjetanträge auf allgemeine Regelung und Beschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte, auf Verbot der Atomwaffe, auf Verurteilung von Kriegspropaganda in jedweder Form, der Antrag auf Beschränkung der Rüstungen und Streitkräfte der fünf Mächte um ein Drittel —

all diese Anträge, die die Sowjetunion im Zeitraum von 1946 bis 1948 einbrachte, sind auf das eine Ziel gerichtet: den Frieden zu festigen, die Sicherheit der Völker zu gewährleisten. Dem gleichen Ziel dienen auch die von der Sowjetdelegation auf der gegenwärtigen Tagung der Vollversammlung eingebrachten Anträge auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens.

In Berücksichtigung des Umstands, daß fünf Mächte — die ständigen Sicherheitsratsmitglieder — die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit tragen, schlägt die Sowjetregierung der Vollversammlung vor, sie möge sich mit dem Appell an diese fünf Mächte wenden, zu diesem Ziel ihre Bemühungen zu vereinen und untereinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abzuschließen.

Die Sowjetdelegation gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß diese Anträge bei den anderen Delegationen die gebührende Unterstützung finden werden. Die Sowjetdelegation hegt die Überzeugung, daß die Annahme dieser Anträge die Festigung des Friedens fördern wird, dessen Interessen zu dienen die Organisation der Vereinten Nationen berufen ist.

# Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens

*Rede A. J. WYSCHINSKIS, gehalten in der Sitzung des Politischen Ausschusses der UNO-Vollversammlung am 16. November 1949*

## 1. Die fünf Mächte tragen die Hauptverantwortung für den Frieden

Ich halte es für notwendig, gleich zu Beginn auf eine Besonderheit der in den letzten Tagen im Politischen Ausschuß abgehaltenen Diskussion über die Anträge der Sowjetunion hinzuweisen, eine Besonderheit, die ins Auge springen muß. Es handelt sich um den äußerst tendenziösen Charakter, um die Einseitigkeit der Diskussionsreden der Delegierten, die sich gegen die sowjetischen Anträge wandten, der Diskussionsreden, die so viele Entstellungen und so viele gräßliche Ausfälle gegen die Sowjetunion und gegen die sowjetische Außenpolitik enthielten.

In diesen Diskussionsreden wurden so viele Fragen aufeinandergetürmt, die nicht das geringste mit den Anträgen der Sowjetregierung auf Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und auf Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens zu tun haben, daß auch nicht der geringste Zweifel an den wahren Absichten unserer Opponenten bestehen kann. Diese Absichten bestanden darin, die Öffentlichkeit dergestalt von den jetzt vor uns stehenden Grundproblemen abzulenken, die ihre Lösung fordern, da es unmöglich ist, ohne Lösung dieser Probleme die auf der Welt lastende Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen.

Eine Reihe von Rednern wandte sich gegen den Hauptvorschlag der Sowjetregierung betreffs Abschlusses eines Fünfmächtepakts und berief sich hierbei darauf, daß alle Mitgliedstaaten der UNO die Verantwortung für den Frieden tragen. Das stimmt natürlich, da man sowohl der Verantwortung für die Aufwiegelung und Vorbereitung zu einem neuen Krieg als auch der Verantwortung für die Sache des Friedens keinen einzigen von den Mitgliedstaaten der UNO entheben kann. Aber was man in dieser Hinsicht hier auch immer gesagt haben mag, darf man auf keinen Fall die Tatsache bestreiten, daß es die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder sind, die die Hauptverantwortung für den Frieden tragen, und

dass diese Verantwortung auf ihnen gerade im Zusammenhang mit der besonderen Rolle lastet, die sie kraft ihrer internationalen Lage in den internationalen Beziehungen spielen. Entschieden zurückzuweisen sind deswegen die Versuche, den Grad der Verantwortung der fünf Großmächte für die Sache des Friedens herabzumindern, die Großmächte durch Gerede über die gleiche Verantwortung aller Mitgliedstaaten der UNO dieser Verantwortung, die tatsächlich in erster Linie und hauptsächlich auf ihnen lastet, zu entheben. Diese Verantwortung der Großmächte ist eine Tatsache, und es wird nicht gelingen, sich über sie hinwegzusetzen. Diejenigen, die eine solche Verantwortung abstreiten oder bemüht sind, sie auf jede Weise herabzumindern, indem sie hinter allen Mitgliedstaaten der UNO überhaupt Deckung suchen, zeigen bloß, daß ihnen nicht nur jeder Wunsch abgeht, eine solche Verantwortung zu tragen, sondern daß sie auch nicht gewillt sind, diejenigen tatsächlichen Maßnahmen zu treffen, die zwecks Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker ergriffen werden müssen.

Das ist vor allem über den Vertreter der USA zu sagen, dessen Rede zur gegebenen Frage nur als ein Versuch bewertet werden kann, die Annahme der Sowjetanträge zu verhindern und folglich auch die Ergreifung von Maßnahmen zu verhindern, die gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges gerichtet sind und auf die Festigung des Friedens abzielen.

Herr Austin hat in seiner Rede hervorgehoben, daß die Delegation der UdSSR die Frage der Propaganda und Vorbereitung eines neuen Krieges nicht zum erstenmal aufwirft. Das stimmt. Doch wovon zeugt das? Das zeugt zumindest von zwei Tatsachen.

Erstens zeugt es davon, daß die in einer Reihe von Ländern und in erster Linie in den USA und in England betriebene Kriegspropaganda schon das soundsovielte Jahr nicht aufhört, und daß

sich in der letzten Zeit auch die Vorbereitung eines neuen Krieges in weitem Ausmaß entwickelt hat.

Zweitens zeugt es von unserem beharrlichen Streben, die Vollversammlung zu einer ernsthaften Ausarbeitung von Maßnahmen hinzuziehen, die auf die Festigung des Friedens gerichtet sind. Es zeugt davon, daß die UdSSR eine

tatsächlich konsequente Linie verfolgt, daß sie einen konsequenten Kampf führt, nicht allein gegen die Kriegspropaganda, sondern um so mehr auch gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges.

Gerade hiervon spricht die Tatsache, Herr Austin, daß Sie, der Vertreter der USA, genötigt sind, jedes Jahr unsere Friedensanträge anzuhören.

## 2. Die amerikanischen Militaristen versuchen, die Vorbereitung eines neuen Krieges zu vertuschen

Herr Austin bestreitet, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika zum Krieg gerüstet wird. Es genügt nicht, etwas abzustreiten. Es muß bewiesen werden, daß keine Vorbereitung zu einem Krieg betrieben wird. Ich habe eine Reihe von Tatsachen, eine Reihe von Beweisen dafür angeführt, daß die Vorbereitung zu einem Krieg betrieben wird. Vielleicht sind die angeführten Tatsachen unzulänglich, vielleicht ist Herr Austin der Ansicht, daß sie überhaupt nichts beweisen? In diesem Fall hätte Herr Austin diesen Nachweis erbringen müssen. Er hat jedoch keinerlei Versuche unternommen, irgend etwas nachzuweisen und zu zeigen, worin in Wirklichkeit die Unhaltbarkeit unserer Argumente besteht. Zur Widerlegung unserer durch zahlreiche Unterlagen erhärteten Behauptungen wurde nicht eine einzige Tatsache angeführt.

Hat Austin etwa General Bradleys hirnverbrannte Äußerungen über einen Krieg dementiert? Hat er die hirnverbrannten Äußerungen des Verteidigungsministers der USA, Johnson, dementiert? Dabei sind das doch keine unbedeutenden Leute im Regierungssystem der USA, sondern amtliche Vertreter der amerikanischen Regierung!

Man hätte annehmen können, daß Austin diese hirnverbrannten Äußerungen irgendwie erklären würde, daß er sagen würde: „Sie legen das, was General Bradley gesagt hat, nicht richtig aus“, oder: „Er hat das nicht gesagt, er wollte etwas anderes sagen, er hat etwas anderes gesagt, ihr habt es entstellt, ihr habt es übertrieben, eure Beweise sind deswegen nicht vertrauenswürdig.“ Austin hat nichts dergleichen gesagt. Er hat geschwiegen, er hat die ägyptische Sphinx markiert, die ich übrigens nicht beneide — ich meine nicht die Persönlichkeit des Herrn Austin, sondern die Sphinx. Austin hat einfach so getan, als hätte er alle diese Tatsachen gar nicht gehört. Ich wies auch auf solche Tatsachen hin, wie die Organisation eines besonderen Lehrgangs in den Militär-

schulen der USA, der als „Lehrgang der Sonderstrategie für den Krieg gegen die Sowjetunion“ bezeichnet wird. Diese Vorlesungen werden nicht irgendwo, nicht in irgendeinem Klub für Verrückte oder Halbverrückte gehalten, sondern in der Militärschule in Maxwell Field. Nun frage ich: vielleicht ist das nicht wahr? Nein, es ist wahr, und Austin konnte es nicht abstreiten und hat es nicht abgestritten.

Die ganze reaktionäre Presse der USA heult und kreischt und dürstet nach Sowjetblut. Austin bewahrt unerschütterliche Ruhe, als gäbe es dies alles in Wirklichkeit nicht, als brächte diese USA-Presse der UdSSR Liebesstänzchen dar und veröffentlichte nicht niederträchtige Verleumdungen und direkte Aufrufe zum Krieg gegen die UdSSR.

Sie wollen Tatsachen. Wir haben diese Tatsachen angeführt. Wenn Ihnen das nicht genügt, werden wir weitere Tatsachen anführen.

Austin hat unumwunden seine Unzufriedenheit über unsere Anträge geäußert. Er ist überhaupt unzufrieden damit, daß wir die Wahrheit sagen, daß wir die Vorbereitung eines Krieges Vorbereitung eines Krieges und die Kriegsbrandstifter Kriegsbrandstifter nennen. Austin ist unzufrieden darüber, daß wir die Dinge und Menschen bei ihrem richtigen Namen nennen. Er hat es gerade herausgesagt: „Geschimpf trägt nicht zu konstruktiver Zusammenarbeit bei, Provokation kann kein Beitrag zu freundschaftlicher Zusammenarbeit sein.“

Von welcher freundschaftlichen Zusammenarbeit spricht Herr Austin, wenn die amerikanischen Militaristen offen zum Krieg gegen die UdSSR hetzen? Von welcher Provokation spricht Herr Austin, wenn er nicht das Benehmen der Herren USA-Militaristen im Auge hat? Austin erklärt, der Antrag der UdSSR ziele darauf ab, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien wegen der Vorbereitung eines neuen Krieges zu verurteilen. Ja, das ist so. Wir haben das im ersten Satz unserer Anträge ausgesprochen.

Wir haben das in der Plenarsitzung vom 23. September gesagt. Wir haben das hier am 14. November wiederholt. Ich sage es heute noch einmal.

Man sagt uns, das sei eine schwere Beschuldigung. Ja, das stimmt. Aber es ist eine Beschuldigung, die auf Tatsachen beruht. Sie sagen: wir müssen uns also in einen Gerichtshof verwandeln und uns deswegen über diese Tatsachen klarwerden. Ich begrüße das, kann mich aber nicht mit solchen Reden einverstanden erklären, wie z. B. der Rede des Vertreters von Peru, der keinerlei Tatsachen anführte, mehr über seine diplomatische Praxis, über seine glänzenden Erfahrungen als Diplomat, über Bolivar und alle sonstigen erdenklichen Dinge sprach, aber nichts über das Wesen unserer Anträge sagte. Das ist keine Behandlung einer Angelegenheit, kein Studium von Tatsachen, und angesichts einer solchen Sachlage haben Sie natürlich keinerlei Recht, sich als Obersten Gerichtshof in Fragen von internationaler Bedeutung zu betrachten.

Um in dieser Frage Richter zu sein, gilt es, die Tatsachen zu untersuchen, meine Herren, nicht aber der Untersuchung von Tatsachen aus dem Wege zu gehen. So etwas wird denen, die meinen, hier die Mehrheit zu vertreten, nichts helfen; die Mehrheit außerhalb dieses Saales und die Mehrheit in den verschiedenen Ländern — im Osten und im Westen, im Süden und im Norden — verfolgt aufmerksam, was hier, in diesen Sälen, in diesen Ausschüssen und in diesen Plenarsitzungen vor sich geht.

Wir haben versprochen, ergänzende Tatsachen anzuführen, und wir werden das tun. Aber wir haben das Recht, unsererseits eine Forderung zu stellen, die darin besteht, daß diejenigen Tatsachen erledigt werden müssen, die wir bereits angeführt haben. Sie werden von Ihnen ignoriert. Sie sagen: legen Sie uns andere Tatsachen vor. Wir werden Ihnen andere Tatsachen vorlegen, aber Sie, — ich wende mich hier an meine Kritiker — müssen im Auge haben, daß wir nicht vergessen werden, daß Sie jene Tatsachen nicht erledigt haben, daß Sie bei uns noch im Schuldbuch stehen, daß Sie es vorziehen, über diese Tatsachen zu schweigen. Sie haben damit schon gesagt, was diese Tatsachen zu bedeuten haben, was für ein Gewicht ihnen beizumessen ist.

Wenden wir uns nun den Tatsachen zu. Diese Tatsachen zeugen davon, daß die reaktionären Kreise der USA, Großbritanniens und einiger anderer Staaten — es ist nicht notwendig, sie alle aufzuzählen, — einen neuen Krieg vorbereiten. Die führende Rolle gehört hier den regierenden Kreisen der USA, die unverhüllt die Vorbereitung eines neuen Krieges unterstützen, die zum Aus-

druck kommt nicht nur in Propaganda, sondern auch in einem rasenden Anschwellen der Militärhaushalte, in fieberhafter Aufrüstung, in der Organisierung von Stützpunkten, welche den spezifischen Zweck haben, einen Krieg vorzubereiten, in der Organisierung von Blocks, welche den spezifischen Zweck haben, einen Krieg zur Tatsache werden zu lassen.

Was für Tatsachen wir haben? Wollen Sie gütigst hören.

Im September 1945 sagte der Gehilfe des Marineministers, Hensel, als er auf einer offenen Pressekonferenz die Ansichten seines Amtes darlegte, die USA müßten „sich den gigantischen Ring von Marinestützpunkten, der den Stillen Ozean umfaßt, unter Einschluß der Stützpunkte, die früher England gehört haben, für die Nachkriegszeit auf die Dauer sichern“. Tatsächlich haben die USA nach Angaben maßgebender Stellen, die bis jetzt von niemand bestritten worden sind, im Laufe des Krieges auf dem Pazifik-Kriegsschauplatz 256 Stützpunkte aller Ausmaße und Arten und auf dem atlantischen Kriegsschauplatz 228 Heeres-, Marine- und Luftflottenstützpunkte, d. h. insgesamt 484 Stützpunkte gebaut. Seit jener Zeit hat die Zahl dieser Stützpunkte noch zugenommen.

Im Oktober 1948 wurde in London ein Kommuqué veröffentlicht, in dem bestätigt wurde, daß es in England ständige Stützpunkte für amerikanische überstarke „Fliegende Festungen“ gibt, und daß auf diesen Stützpunkten 90 amerikanische überstarke „Fliegende Festungen“ der Type B-29 stationiert sind, die in drei Gruppen der Luftwaffe für strategische Bombardierungen gegliedert sind. Der ehemalige Befehlshaber der Luftstreitkräfte der USA, General Spaatz, schwadronierte zu jener Zeit, in der Hoffnung, Leute mit schwachen Nerven einschüchtern zu können, diese 90 amerikanischen Bomber kämen, in die Sprache der Atomfeuerstärke übersetzt, 19 800 überstarken „Fliegenden Festungen“ gleich!

Am 4. November 1949, gerade dieser Tage, veröffentlichte die „New York Times“ eine Meldung folgenden Inhalts:

„Nach vierundzwanzigstündigem schwerem Kopfzerbrechen hat die britische Regierung sich schließlich heute, am 3. November, einverstanden erklärt, den Vorschlag der USA betreffs Übereignung von 70 amerikanischen Bombern der Type B-29 an England anzunehmen. Diese Bomber werden in nächster Zeit als Teillieferung im Rahmen des militärischen Hilfsprogramms in Übereinstimmung mit dem Nordatlantikpakt nach England verlegt werden. Die britische Regierung faßte diesen Beschuß nach einer langen Diskussion, in

der die an ihr beteiligten höchsten Offiziere der Royal Air Force, Beamte des Luftfleotministeriums und des Verteidigungsausschusses des Ministerkabinetts über die Zweckmäßigkeit der Annahme dieser amerikanischen Flugzeuge verschiedener Meinung waren.“

Was besagen diese unbestreitbaren Tatsachen?

Sie besagen erstens, daß England kein Vertrauen in seine eigenen Kräfte hat, daß es seine militärische Schwäche zugibt, daß es das Schicksal seines Landes den amerikanischen Streitkräften und folglich denjenigen überantwortet, die über diese Streitkräfte bestimmen.

Sie zeugen außerdem davon, daß gerade in England imposante Luft- und Militärstreitkräfte aufgestellt werden, daß England in einen amerikanischen Militärstützpunkt verwandelt worden ist, von dem aus die Überfallsobjekte leicht zu erreichen sein werden. Welche Objekte? Denken Sie über diese Frage nach. Nun, wen wollen denn diese 19 800 Bomber, in die Sprache der Atomfeuerstärke übersetzt, eigentlich überfallen? Wen? Frankreich? Belgien? Luxemburg? Westdeutschland? Schweden? Norwegen? Wen?

Sie schweigen, Sie haben mit Ihrem Schweigen schon geantwortet! All diese Reden von Austin und dann von McNeil und den anderen ihrer Freunde, zur erdrückenden Mehrheit Mitgliedstaaten des Nordatlantikpacts, waren ja gerade notwendig, um diesen in Vorbereitung befindlichen Überfall auf die UdSSR und auf die Länder der Volksdemokratie zu rechtfertigen!

Die USA bauen ihre Stützpunkte auf fremden Territorien, inklusive Großbritannien, und beschuldigen gleichzeitig die Sowjetunion, sie bereite einen bewaffneten Überfall vor. Es stellt sich also heraus, daß diejenigen, die Stützpunkte bauen, sich nicht zum Überfall anschicken, während diejenigen, die solche Stützpunkte nicht bauen, sich gerade zu einem Überfall anschicken! Aber mit leeren Händen unternimmt man doch keinen Überfall! Diejenigen, die sich bewaffnen, das sind friedliebende Leute, das sind Friedensstifter! Diejenigen aber, die die Abrüstung fordern, die die Unterzeichnung eines Abkommens über Festigung des Friedens fordern, — das sind gerade die Aggressoren, wie sie im Buche stehen! Und Sie meinen, irgend jemand könnte einer solchen Logik Glauben schenken? Sie meinen, man könnte irgend jemand mit einer solchen Logik überzeugen?

Gehen wir weiter. Im Jahre 1948 veröffentlichte die „New York Times“ eine Meldung aus Nikosia (Zypern), laut der die Amerikaner und Engländer Zypern in einen wichtigen strategischen Stützpunkt umwandeln, der, wie der Korrespondent sagt, ein Stützpfiler gegen die Sowjetexpansion werden soll. Also ist auch Zypern in

dieses zu einem Überfall auf die Sowjetunion angelegte System eingegliedert worden.

Der Korrespondent der „New York Times“ berichtet gleichzeitig, daß — obwohl Zypern eine englische Kolonie ist — die Pläne zur Umwandlung Zyperns in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Bastion unter gemeinsamer englisch-amerikanischer Kontrolle, besser gesagt, unter amerikanischer Kontrolle ausgearbeitet werden.

Im September 1948 — das weiß die ganze Welt — fand eine Zusammenkunft des Vorsitzenden der USA-Senatskommission für die Angelegenheiten der Streitkräfte, des Senators Chan Gurney, mit Franco statt. Der Madrider Korrespondent der Zeitung „Daily Mail“ berichtete, im Austausch gegen die Gewährung von Stützpunkten an die USA habe Franco die Aufnahme Spaniens in die UNO verlangt, ferner, daß alle Vergünstigungen für die marshallisierten Länder auch auf Spanien ausgedehnt werden.

Jetzt ist es natürlich klar, warum sich die Aufnahme einiger neuer Mitglieder in die UNO bei uns verzögert hat. Der Grund besteht darin, daß die USA und England auf jede Weise bestrebt sind, zuerst Portugal, dann Spanien usw. in die UNO einzuschmuggeln. Man muß offen sagen, daß ihr Erscheinen in der UNO der Organisation der Vereinten Nationen nichts Gutes verheiße. Aber wichtig ist nicht dies: wichtig ist der Schachter, der hinter dem Rücken der ganzen Welt getrieben wird. Der Schachter: „Gebt uns Stützpunkte, dann nehmen wir euch in die UNO auf.“

Wie die USA-Presse jetzt erklärt, will das Staatsdepartement von Franco das Nutzrecht für die Häfen Kadiz, Cartagena, Valencia, Barcelona und Huelva; das Recht auf Erweiterung der bestehenden Militärflugplätze; das Recht auf Errichtung neuer Flugplätze, besonders in der Nähe der Küste, auf dem Hochplateau im Innern des Landes, in Katalonien und in Aragonien. Hierbei wird direkt darauf hingewiesen, daß die USA ein Interesse daran haben, daß den amerikanischen Streitkräften auch noch eine der Baleareninseln zur Verfügung gestellt werde.

Es liegen Meldungen vor, laut denen bereits 1947 ein Geheimabkommen mit Spanien geschlossen wurde, das die USA zum Bau von 13 Stützpunkten auf spanischem Territorium ermächtigt. Eine solche Meldung wurde in dem Monatsbulletin „Report on World Affairs“ veröffentlicht, das mitteilte, die USA hätten gleichzeitig ein Abkommen mit Portugal erzielt, nach dem sie das Recht erhalten, 7 Stützpunkte in Portugal selbst und 5 Stützpunkte in den portugiesischen Kolonien zu bauen.

Im Juli 1949 veröffentlichte Associated Press eine Meldung, die USA seien mit der Ausarbeitung

eines Plans zur Schaffung vorgeschoßener Luftflottenstützpunkte im Innern der Arktis beschäftigt, wobei die Agentur erläutert, zu welchem Zweck die USA diese Stützpunkte benötigen. Wie sich herausstellt, werden sie gebraucht, damit Flugzeuge bei Operationen, die sie über den Nordpol führen, hier auftanken können.

Haben Sie die Güte zu sagen, gegen wen diese über den Nordpol führenden Operationen gerichtet sein werden?

Vielleicht gegen Schweden, Norwegen, Dänemark, Island?

Über den Nordpol — gegen wen können diese Operationen wohl unternommen werden? Operationen, die eine so gigantische Vorbereitung erfordern: sowohl Stützpunkte, als auch hunderte Flugzeuge, als auch die Atombombe, die bekanntlich die letzte Hoffnung der amerikanischen Militaristen ist?

Erfolgte denn jemals ein Dementi der Meldung eben derselben Associated Press, in der es hieß, ihr, der Redaktion, sei ein Bericht des Luftflottenministeriums, des amerikanischen Luftflottenministeriums, in die Hände gefallen, in dem von den Plänen und Kostenvoranschlägen die Rede ist, die mit der Schaffung von Stützpunkten für schwere Bomber in Limestone, Staat Maine, verbunden sind, ein Bericht, in dem es hieß: „Eine typische Polaroperation kann es notwendig machen, daß die von den Luftflottenstützpunkten der USA aufsteigenden Flugzeuge auf vorgeschobenen Stützpunkten, in Nordkanada, in Grönland oder selbst im Polareis auftanken...“

Man könnte noch eine ganze Reihe von Tatsachen anführen, die beweisen, daß die Unruhe,

dass die Erklärungen über die im Gange befindliche Vorbereitung eines neuen Krieges, die mit friedlichen oder friedliebenden Redensarten jeglicher Art getarnt wird, vollauf begründet sind.

Es wäre wichtig, die öffentliche Meinung der Welt endlich einmal darüber aufzuklären, zu welchem Zweck die erwähnten, während des zweiten Weltkriegs gegen Hitlerdeutschland und das militärische Japan geschaffenen Militärstützpunkte beibehalten werden. Zu welchem Zweck sie nicht nur beibehalten werden, sondern auch neue Stützpunkte organisiert werden? Wer es denn ist, gegen den diese Stützpunkte gerichtet sind? Worin die Friedensmission dieser Stützpunkte besteht?

Man muß zugeben, daß es uns ebensowenig wie irgend jemand anderem bisher gelungen ist, auf alle diese Fragen oder wenigstens auf irgendeine dieser Fragen von den USA eine auch nur im mindesten artikulierte Antwort zu erhalten.

Man kann doch wirklich nicht solche Reden, wie wir sie von Zeit zu Zeit sowohl von den Herren amerikanischen — militärischen und zivilen — Vertretern, von ehemaligen und gegenwärtigen Senatoren hören — Reden über ein militärisches Vakuum, das ihren Worten nach gefüllt werden muß, weil ein Gesetz der Physik besagt, daß die Natur keine Leere duldet ..., oder Reden über die Notwendigkeit von gegenseitigem Beistand oder von Verteidigung — als Antwort auf diese Fragen betrachten, wo es doch bekannt ist, daß niemand auch nur die Absicht hat, die Vereinigten Staaten von Amerika oder die anderen Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpakts zu überfallen, und folglich niemand da ist, vor dem man sich verteidigen müßte.

### 3. Die Nordatlantische Union — ein Aggressionsinstrument und kein Friedensinstrument

Austin versuchte uns hier zu versichern, die USA betrieben eine friedliebende Politik.

Er zitierte in seiner Rede zum Beweis dafür, daß das Hauptziel des Nordatlantikpakts, wie er sagte, darin besteht, die Erreichung des vornehmsten Ziels der UNO, — nämlich die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit — zu fördern, eine Erklärung des USA-Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Austin zitierte auch jenen Teil dieser Erklärung, wo es heißt, die Nordatlantische Union sei eine Union lediglich gegen den Krieg selber. Er berief sich hierbei auch darauf — ich zitiere ihn —, daß „die Politik der USA ausschließlich auf die Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit vermittels der UNO abzielt, damit Streitkräfte nicht

anders als im allgemeinen Interesse eingesetzt werden können“. Austin behauptete ferner, die USA seien „bestrebt, der UNO Streitkräfte zu stellen, wie das in der Satzung vorgesehen ist“.

Das versicherte uns also Austin, wobei er die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika als eine friedliebende Politik anprang, als eine Politik, die gegen den Krieg und gegen die Kriegsabenteuer gerichtet ist, als eine Politik, die auf die Festigung des Friedens abzielt.

Stimmt das mit der Wirklichkeit überein? Nein, es stimmt nicht mit ihr überein, und zwar aus folgendem Grund. Ich bediene mich der Argumente, die Mr. Austin selber anführte. Man sagt uns, insofern als die UNO-Satzung bereits Verpflichtungen zur Festigung des Friedens

enthält, bestehe keine Notwendigkeit, einen Fünfmächtepakt zur Festigung des Friedens abzuschließen. Warum haben Sie aber angesichts des Vorhandenseins derartiger satzungsmäßig vorgesehener Verpflichtungen trotzdem den Nordatlantikpakt geschlossen? Ist es nicht klar, daß eine derartige Beweisführung unüberzeugend ist?

Wenn es trotz dem Bestehen der UNO, sei es selbst in der friedliebendsten Absicht, den Nordatlantikpakt geben kann, diesen Zwölstaatenpakt, während die UNO 59 Staaten umfaßt, weshalb darf es dann keinen Fünfstaatenpakt geben? Weshalb wird das als Widerspruch zu den Grundsätzen der UNO betrachtet?

Ich muß sagen, daß all das, was von friedlichen Zielen des Nordatlantikpacts gesagt wird, keiner Kritik standhält, wie auch die Berufung darauf keiner Kritik standhält, daß der Nordatlantikpakt mittels der UNO im allgemeinen Interesse funktioniere. Das entspricht nicht der Wirklichkeit, da die UNO die Bildung der Nordatlantischen Union nicht sanktioniert hat. Sie haben diese Union ohne uns organisiert und ohne viele andere Staaten, und es ist ganz selbstverständlich, warum. Weil diese Union gegen uns gerichtet ist.

Austin schwor hoch und heilig, alles geschehe für den Frieden und nur für den Frieden, und der Nordatlantikpakt verfolge entschieden keinerlei militärische Ziele; dabei beruft er sich darauf, daß die Sowjetunion mit den osteuropäischen Ländern, mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien Pakte abgeschlossen hat.

Aber diese Pakte sind gegen eine eventuelle künftige deutsche Aggression gerichtet, die auch in Zukunft eine reale Gefahr und Bedrohung für uns bleibt, denn der deutsche Militarismus ist nicht vernichtet, besonders infolge der Politik der USA und Großbritanniens in den Westzonen Deutschlands. Mehr noch, er wird gefördert. Westdeutschland wird zu einem künftigen Teilnehmer dieses Nordatlantikpacts gemacht mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen, als Aufmarschgebiet für einen eventuellen Überfall auf andere Länder, auf die UdSSR und auf ihre Freunde.

Wenn im Nordatlantikpakt vom Frieden die Rede ist, warum sind es in einem solchen Falle gerade die USA, die die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Schaffung der UNO-Streitkräfte hinstreiben? Warum können wir uns schon vier Jahre lang nicht über die Kontingente der UNO-Streitkräfte einigen, warum können wir in der Frage des qualitativen und quantitativen Prinzips für den Aufbau der Streitkräfte zu keiner Einigung kommen? Wenn die Politik der USA tatsächlich auf die Sicherung des Friedens und der Sicherheit vermittels der UNO abzielt, wie Sie behaupten — wie kann man in einem solchen Falle eine derartige Organisation schaffen wie die Nordatlantische Union, außerhalb der UNO und sogar als Konkurrenz zu der UNO? Was hat die UNO mit der Nordatlantischen Union gemein, außer dem Umstand, daß 12 von den hier vertretenen 59 Staaten Teilnehmer dieser Union sind?

Welches Recht haben Sie also, Herr Austin, zu sagen, die Nordatlantische Union sei eine Union, die mittels der UNO geschaffen sei, und zwar, damit die Streitkräfte der UNO nicht anders als im allgemeinen Interesse eingesetzt werden? In wessen allgemeinen Interessen werden die Streitkräfte dieser Nordatlantischen Union denn eingesetzt werden, wenn sie zum Einsatz kommen sollen? Wessen „allgemeine Interessen“ werden das sein? An dieser Union nehmen 12 Staaten teil. An der UNO nehmen 59 Staaten teil, und außerhalb der UNO verbleibt noch ein gutes Dutzend weiterer eventueller Teilnehmerstaaten dieser Organisation. In wessen „allgemeinen Interessen“ werden also die Streitkräfte auf Kommando dieser 12 Staaten oder vielmehr des einen Staates eingesetzt werden, der in allen diesen Angelegenheiten den Ton angibt, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika?

Allein dieser Umstand spricht überzeugend davon, daß die Politik der USA ganz andere Ziele verfolgt als diejenigen, von denen Herr Austin hier gesprochen hat, Ziele, über die — gestatten Sie uns, dies hier zu erklären — die Bradley, die Johnson und die anderen Lenker der militärischen Angelegenheiten der USA und die Lenker ihrer Außenpolitik eindrucksvoller und mit größerer Autorität sprechen.

#### 4. Statt internationaler Kontrolle — ein amerikanischer Supertrust

Austin ist auch mit Punkt 2 der Anträge der Sowjetunion unzufrieden, in denen von praktischen Maßnahmen zwecks Verbots der Atomwaffe und von internationaler Kontrolle über die Einhaltung dieses Verbots die Rede ist. Was hat Herr Austin, der auf eine Zeitlang ein richtiger

Dichter geworden ist, aus diesem Anlaß nicht alles zusammengeredet! Das ist also ein „süß klingender Paragraph“, das ist „ein künstlicher Ölweig, von Dornen umgeben“, das ist schließlich „ein hochtrabendes Friedensgespräch, das nach Krieg klingt“. Er spricht geradezu nicht

wie ein Senator, und sei's auch nur ein ehemaliger, sondern wie ein Dichter! Was hat er aber darüber hinaus zum Wesen des Punktes 2 gesagt? Ich kann sagen: wenn man die Rede des Herrn Austin dieser ganzen Phrasenhülle, dieses Surrogats einer poetischen Ausdrucksweise entkleidet, dann tritt nur eins zutage, nämlich seine Gereiztheit. Denn nur mit Gereiztheit und Verlust der Selbstbeherrschung ist jener Teil von Austins Rede zu erklären, in dem er behauptete, wir ignorierten das Gutachten der Vollversammlung, laut dem ein wirksames Atomwaffenverbot nur durch Übereignung aller gefährlichen Atommaterialien und aller Mittel zu ihrer Herstellung und Verwendung an ein internationales Organ erzielt werden kann, das die amerikanischen Delegierten als internationale Genossenschaft bezeichnen.

Aber auch das entspricht nicht der Wirklichkeit. Ignorieren wir etwa den Beschuß der Vollversammlung? Im Gegenteil, wir haben ihn sorgfältig analysiert und bewiesen, daß die Forderung, diesem sogenannten internationalen Organ alle Atomrohstoffe und alle Betriebe, die diesen Rohstoff verarbeiten, sei es auf Grund von Eigentumsrecht, sei es auf Grund von Besitzrecht, zur Verfügung zu stellen, eine unannehbare Sache ist. Und wir haben gezeigt, warum. Alle unsere Gegner waren darüber gereizt, daß wir für die staatliche Souveränität eintreten, daß wir gegen die Umwandlung des internationalen Kontrollorgans in einen amerikanischen Supertrust sind. Sie versuchten, die ganze Sache auf irgendwelche theoretischen Erörterungen über eine juristische Konzeption hinauslaufen zu lassen. Aber es handelt sich um etwas ganz anderes. Ich habe hier das Memorandum einer Kommission unter dem Vorsitz von Herrn Acheson aus dem Jahre 1946 zitiert, ich habe eine Reihe anderer Dokumente zitiert, darunter insbesondere die Erklärung des Herrn Barnard, den Herr Austin natürlich kennt, eine Erklärung, die die Hintergründe dieses ganzen Vorschlags betreffs Übereignung der Atomressourcen an ein internationales Kontrollorgan sowie die Hintergründe des Widerstands gegen unsere Anträge aufdeckt. Diese Fragen blieben ungeklärt, dabei hätte ihre Klärung viele Gründe für Differenzen jeglicher Art beseitigt, die uns hier auseinander bringen.

Doch wiederum ist das nicht geschehen. Wir sagen, daß es unmöglich ist, alle Atomressourcen eines jeden Landes, alle Betriebe zur Bearbeitung von Atommaterialien, alle Betriebe der sogenannten angrenzenden Industrie — der Hüttendustrie, der chemischen Industrie usw. — wie auch die gesamte wissenschaftliche Forschungstätigkeit diesem internationalen Kontrollorgan zu übereignen, weil das die Lahmlegung

des gesamten Wirtschaftssystems bedeuten würde, besonders in jenen Ländern, wo die Energiewirtschaft die entscheidende Rolle spielt und die Atomenergie bei der Entwicklung der Volkswirtschaft eine besondere Rolle spielt. Gehen wir hier nicht auf die Souveränitätsfrage ein. Das mag eine hinfällige, eine alte, irgendeine feudale, mittelalterliche Theorie sein, wie hier behauptet wurde. All das ist natürlich falsch. Aber mag es so sein. Entreißt wir uns dem Bannkreis der juristischen Scholastik, stellen wir uns auf den Boden des Staats- und des Völkerlebens. Auch von diesem Standpunkt aus muß der amerikanische Vorschlag, die Atomressourcen und -betriebe dem Kontrollorgan zu übereignen, abgelehnt werden, weil wir nicht zulassen können, daß mit Hilfe des amerikanischen Plans, der übrigens nach dem Eingeständnis seiner Urheber selber von Übel ist, die gesamte Ökonomik des Landes der Kontrolle dieses Organs unterworfen wird.

Man kann es außerdem als erwiesen betrachten, daß keinerlei Notwendigkeit dafür besteht, die Atomenergieressourcen an das Kontrollorgan zu übereignen. Das sagen die Autoritäten, das sagen die Amerikaner selber. Es besteht keinerlei Anlaß für einen solchen Plan und für solche Anträge, wenn man nicht die Bestrebungen in Betracht zieht, den ganzen Komplex der Atomenergie an sich zu reißen, seine Hand auf ihn zu legen, sich in einen Monopolbesitzer zu verwandeln, der jedem Lande die Entwicklungsweges seiner Wirtschaft, die Entwicklungsweges dieses Landes diktieren kann. Es handelt sich nicht um Theorien über die staatliche Souveränität, obwohl diese hiervon in hohem Maße betroffen wird. Wir können uns unter keinen Umständen mit der Vereinigung der Souveränität einverstanden erklären, von der wir hier bereits nicht das erste Jahr hören. Es geht um die Lebensinteressen des Landes, und nur diejenigen, die in dieser Hinsicht nichts mehr zu verlieren haben oder durch die historische Entwicklung in eine Lage versetzt worden sind, bei der sie nicht imstande sind, hier Widerstand zu leisten, bei der sie den bitteren Kelch bis zur Neige leeren müssen, haben keine andere Wahl.

Aber wir befinden uns nicht in einer solchen Lage. Wir waren niemals und werden niemals in einer solchen Lage sein. Wir haben genügend Kräfte und Mittel, um unsere wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Wir blicken vertrauenvoll in die Zukunft, weil wir eine große Vergangenheit hatten und eine große Gegenwart haben, die durch den Genius unseres Sowjetvolks geschaffen ist, und wir lehnen jeden wie immer gearteten Plan ab, der unser Land

der Kontrolle ausländischer kapitalistischer Organisationen unterwerfen will.

Hier bestehen, das ist klar, zwei Lager. Jedes von ihnen hat seine Konzeption. Wenn wir keinen Weg zu einer Verständigung finden, so ist unsere Zusammenarbeit natürlich unmöglich.

Ist ein solcher Weg jedoch möglich? Er ist möglich. Und ich werde dies weiterhin eigens beweisen, im Zusammenhang mit der hier aufgeworfenen sehr wichtigen Frage über den Krieg und über das Bestehen der beiden Systeme, über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, über die Äußerungen unserer großen Lehrer Lenin und Stalin, unserer Lehrer Marx und Engels. Ja, meine Herren, wir werden vom Marxismus, vom Leninismus geführt und inspiriert. Wir stehen auf dieser Grundlage, denn sie ist die gewaltigste Errungenschaft der Wissenschaft von der Soziologie, von der Ökonomik, von den Wegen der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit, und unsere Tätigkeit fußt auf der Grundlage der Wissenschaft und nicht auf der Utopie. Aber ich will jetzt über die Sowjetanträge sprechen und darüber, inwiefern die Kritik unserer Kritiker gewissenhaft ist.

Die Sowjetanträge sind sehr bescheiden. Unsere Anträge zur Atomenergie sind in Punkt 2 niedergelegt.

Die Sowjetanträge laufen auf den Vorschlag hinaus, die Vollversammlung möge der Atomenergiekommision die Direktive, die Richtung, die Empfehlung geben, keine weiteren Verschleppungen zuzulassen, sich mit praktischen Maßnahmen zum Atomwaffenverbot, zur Herstellung einer strengen internationalen Kontrolle zu befassen. Kann ein solcher Antrag in den Augen derjenigen, die wirklich an der Sache interessiert sind, für diese Sache hindernd oder schädlich sein? Läßt denn die Annahme eines solchen Antrags die Pflicht der Atomenergiekommision oder irgendeines anderen entsprechend bevollmächtigten Organs erlöschen, sich mit der Ausarbeitung praktischer Maßnahmen zwecks Verbots der Atomwaffe und zwecks Kontrolle zu befassen? Aber ich gehe nicht fehl, wenn ich sage, daß der Beschuß, der gestern im Politischen Sonderausschuß zur Frage der Atomenergie angenommen wurde und der natürlich von der Vollversammlung bestätigt werden wird, eine ebensolche praktische Bedeutung haben wird, wie all die früheren Beschlüsse der Vollversammlung zu dieser Frage, das heißt überhaupt keine Bedeutung.

Wir brauchen hier keine Worte, sondern wir brauchen praktische Taten, und wir wenden uns sowohl an den Ersten Politischen Ausschuß als auch durch ihn an die Vollversammlung mit der

einzigsten Bitte, einen Beschuß zu fassen, der dazu verpflichtet, die praktische Arbeit in Angriff zu nehmen. Wollen Sie die Atomwaffe verbieten, so befehlen Sie, sich mit praktischen Maßnahmen zu befassen. Aber Sie wollen das nicht tun, wollen nicht den Auftrag geben, sich mit praktischen Maßnahmen zu befassen. Das berechtigt uns, vor der ganzen Welt zu behaupten, daß Sie das Atomwaffenverbot nicht wollen. Davon spricht der schon zitierte Bericht der Kommission des Herrn Acheson, den Sie, die Verfechter dieses Plans, zu verschweigen versuchen. Aber es wird Ihnen nicht gelingen, ihn zu verschweigen, denn im Schreiben des Herrn Acheson heißt es unumwunden: „Hiermit erhalten Sie den Kontrollplan, den wir ausgearbeitet haben, aber glauben Sie ja nicht, meine Herren Senatoren, daß die Annahme dieses Planes die USA verpflichten würde, die Atombombenherstellung einzustellen. Nein, dazu werden die USA absolut nicht verpflichtet sein. Der Kongreß wird noch im Lichte der höheren Politik darüber zu entscheiden haben, wir werden darüber noch nach unserem Verfassungsverfahren entscheiden, unabhängig vom internationalen Kontrollplan. Mit anderen Worten, wir werden, wenn wir den Wunsch haben werden, diese Bomben beizubehalten und ihre Quantität zu vergrößern, im Senat so stimmen, wie es uns gefallen wird.“ Mehr noch. Aus dem erwähnten Bericht ist, wie Lilienthal, der Vorsitzende der Atomkommission der USA sagte, ersichtlich, daß die Hauptaufmerksamkeit dieser Kommission nicht darauf gerichtet ist, Mittel zur Einstellung der Atomwaffenherstellung ausfindig zu machen, sondern darauf, möglichst viel Atombomben aufzuspeichern. Die Kommission Lilienthals verstand schon 1946, daß eine Zeit kommen, daß die Stunde der Geschichte schlagen wird, da auch andere Staaten imstande sein werden, in der Atombombenherstellung mit den USA zu konkurrieren! Und diese Stunde hat geschlagen, und zwar einige Jahre früher, als die amerikanischen Sterndeuter angenommen hatten.

Jetzt streben wir das Atomwaffenverbot und eine strenge internationale Kontrolle über die Einhaltung dieses Verbots an. Man bietet uns einen Plan an, der niemand zufriedenstellen kann, außer denjenigen, die weder Verbot noch Kontrolle wollen. Aber man versichert uns des Gegenfalls und behauptet, sie, unsere Kritiker, seien gleichfalls für Verbot und Kontrolle. Wir sagen: gut, dann befassen Sie sich gemeinsam mit uns mit den praktischen Maßnahmen. Darauf antwortet man uns: „Das ist nutzlos! Nehmen Sie unseren Plan an.“ Wir entgegnen: „Ihr Plan taugt nichts.“ Und nicht nur wir sagen das, sondern auch Ihre eigenen Vertreter, wie z. B. Herr

Osborne. Ihre Weigerung, unsere Anträge anzunehmen, überführt Sie restlos.

Herr Austin beantragte im Ersten Politischen Ausschuß, Paragraph 2 unserer Anträge abzulehnen. Er berief sich dabei darauf, daß der Politische Sonderausschuß die Frage der Atomenergie schon behandelt habe. Aber das kann den Politischen Ausschuß nicht hindern, unseren Antrag auf Ausarbeitung praktischer Vorschläge zwecks

Verbots und Kontrolle anzunehmen, um so mehr, als der Sonderausschuß einen derartigen Vorschlag nicht behandelt und nicht angenommen hat. Nur solche Leute können die Ablehnung eines Vorschlags fordern, wie er in Punkt 2 unseres Resolutionsentwurfs dargelegt ist, die nicht an der Beschleunigung dieser Arbeit interessiert sind, die nicht an einem Verbot der Atomwaffe interessiert sind.

## 5. Die englisch-amerikanischen Kritiker versuchen, die öffentliche Meinung zu betrügen

Einige Worte über andere Fragen, die Herr Austin berührt hat,— über die Wahlen in Rumäniens, Bulgarien, Ungarn und Polen. Alle diese Fragen sind hier an den Haaren herbeigezogen worden, um die Öffentlichkeit von den Anträgen der Sowjetregierung über die Festigung des Friedens abzulenken, um die öffentliche Meinung zu betrügen. Mein polnischer Kollege hat die Fragen beantwortet, die Polen betreffen. Ich will hier einige Worte zu dem sagen, was Austin hier über andere Länder gesagt hat. Vor allem erinnere ich daran, daß wir über dieses Thema sprachen, als wir die Frage der angeblichen Verletzungen der sogenannten Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Regierungen Ungarns, Bulgariens und Rumäniens erörterten — wir haben über all das eingehend genug gesprochen. Wir führten Tatsachen an, Sie aber stimmten ab. Wir führten Tatsachen an, Sie aber schwiegen. Aber der Führer der polnischen Delegation, Wierblowski, erinnerte hier zur rechten Zeit an die griechischen Wahlen, die von Gaunereien und Fälschungen begleitet waren. Es ist doch eine Tatsache, daß das Mitglied der Internationalen Kontrollkommission, ein Professor der Universität von Kalifornien, der diese Fälschungen aufgedeckt hat, aus dieser Kommission verjagt wurde. Über all das schweigten Austin und McNeil. Sie ziehen es vor, sich mit Insinuationen betreffs der Wahlen in den Ländern der Volksdemokratie zu befassen. Austin hielt es aus irgendeinem Grund für angebracht, den Klatsch zu wiederholen, ich hätte im Jahre 1945 dem rumänischen König ein Ultimatum gestellt und ihm zur Antwort eine Frist von 2 Stunden 5 Sekunden gegeben. Woher hat Austin so genaue Angaben? Nicht etwa vom Exkönig? Vielleicht sollte man den Exkönig hierher laden und ihn verhören?

In Wirklichkeit gab es natürlich gar kein Ultimatum. Es gab eine Verschwörung des Generals Radescu, den Verrat eines Häufleins von Generalen, von Hitleragenten. Das war im

Februar 1945, zu einer Zeit, als die Rote Armee unter harten Kämpfen auf Berlin vorstieß, und als Radescu und andere Verräte beabsichtigten, das Hinterland der Roten Armee zu sprengen. Unter diesen Umständen mußte man die Aufmerksamkeit des Exkönigs auf die zustande gekommene Lage lenken und ihm anheimstellen, an die Stelle der Regierung des Generals Radescu eine Regierung zu setzen, die das Vertrauen des rumänischen Volkes genösse. Das geschah auch. General Radescu reichte seine Demission ein, die Demission wurde angenommen. General Radescu suchte sofort Zuflucht in der britischen Botschaft in Bukarest, und siedelte dann bekanntlich in die USA über, wo er sich noch gegenwärtig in Gesellschaft anderer Verräte und Abenteurer befindet, die gegen die Rumänische Volksrepublik Ränke schmieden.

Will man schon auf diese Frage eingehen, so wäre daran zu erinnern, daß im gleichen Jahr 1945 auf Beschuß einer Beratung dreier Minister — der USA, Großbritanniens und der UdSSR — eine Kommission im Bestande Ihrer ergebenen Diener, des englischen Botschafters in Moskau, Kerr, und des amerikanischen Botschafters in Moskau, Harriman, Bukarest besuchte, wo sie mit eben demselben Exkönig Michael und der rumänischen Regierung über die Ergänzung der Regierung Dr. P. Grozas durch zwei Mitglieder der Zaranistischen Partei und der Liberalen Partei verhandelte, was gleichfalls durchgeführt wurde.

Somit erhoben die USA und Großbritannien gegen die neue Regierung Dr. P. Grozas nicht nur keine Einwände, sondern erwiesen ihr, wie wir sehen, Unterstützung, ergriffen Maßnahmen zu ihrer Festigung. Wozu also all diese Gerüchte über ein Ultimatum und über eine auf Anordnung der Sowjetregierung erfolgte Auswechslung der „rechtmäßigen“ Regierung des Generals Radescu durch eine neue Regierung P. Grozas, die Austin hier verbreitet?

Es ist klar, daß dieser ganze Klatsch nur ein Ziel haben kann — danach zu trachten, Radescu irgendwie zu rehabilitieren und ihn als Opfer einer Einmischung von seiten der Sowjetbehörden hinzustellen?

Das Gefabel von Austin war offensichtlich not-

wendig, um durch leeres Geklatsch von der Erörterung einer so wichtigen Frage abzulenken, wie den Anträgen der Sowjetregierung „Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens“.

## 6. Das provokatorische Gefasel der Titoclique

Nach Austin sprach ein Vertreter der Titoclique, der sich dagegen verwahrte, daß ich ihn so nenne, aber ich habe nicht die Absicht, meine Formulierung zu ändern. Er versuchte sich in Insinuationen über die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie.

Natürlich lösten die Sowjetanträge über die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker bei diesem Herrn nicht zu verbergende Gereiztheit aus. Er fiel in den Chor der Verleumdung und Feindschaft gegen das Land des Sozialismus ein. Herr Djilas, der im Namen dieser Gruppe sprach, ist damit unzufrieden, daß die Sowjetanträge, wie er erklärte, die Kriegspropaganda unvollständig und einseitig definieren. Er möchte, dieser Begriff solle in einer Richtung erweitert werden, in der nicht die geringste Notwendigkeit hierzu vorliegt, da keinerlei Gründe zu den dunklen Verdächtigungen vorhanden sind, die dieser Redner hier stammelnd vorbrachte, der offenbar gar keine Scham mehr im Leibe hat. Er suchte uns zu beschuldigen, wir hätten auf Jugoslawien einen Druck ausgeübt, wir hätten sogar den Freundschaftsvertrag zerrissen. Aber hat denn nicht Tito den Vertrag über die Jugoslawisch-Sowjetische Donauschiffahrt-AG. zerrissen? Hat denn nicht Tito den Vertrag über die Sowjetisch-Jugoslawische Luftverkehrs-AG. zerrissen? Auf wessen Initiative wurden diese Verträge über gemischte Gesellschaften zerrissen? Und hat nicht die Titoregierung sich Massenverhaftungen von Sowjetmenschen erlaubt, die sie keineswegs, wie es in ihrer Note heißt, der Spionage anklagte, was hier gestern Djilas läugnerisch behauptete, und die sie angeblich deshalb verhaftete, weil sie früher Weißgardisten waren, in Wirklichkeit aber weil sie Anhänger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion gewesen sind?

In seiner Kritik an den Sowjetanträgen wiederholte Djilas fast wörtlich, was Bevin am 26. September auf der Plenarsitzung der Vollversammlung gesagt hatte. Bevin erklärte damals, unsere Anträge seien ein „empfindlicher Schlag für die Zusammenarbeit, für die Hoffnungen auf eine Festigung des Friedens“. Djilas wiederholt, was Bevin sagte. Bei ihm lautet es: „Das ist ein

empfindlicher Schlag für die Festigung des Friedens.“ Man kann nachgerade nicht behaupten, daß die Herren Vertreter der Titoclique ungelehrige Schüler wären. Von Monat zu Monat vervollkommen sie sich und wachsen immer mehr und mehr in das Lager der Imperialisten hinein, zu dem sie übergelaufen sind. Kein Wunder, daß diese Herren derartige Verleumdungen und Insinuationen von sich geben!

Djilas verwandte nicht wenig Zeit auf Ausführungen über den Rajkprozeß, bemüht nachzuweisen, daß dieser Prozeß eine Mache sei. Solche Behauptungen sind nicht neu.

Bekanntlich haben sich die Titoleute auf Verbreitung allerlei niederträchtiger Klatschgeschichten spezialisiert. Für solche Zwecke haben sie einen Spezialisten wie Moša Pijade, der in seinen verleumderischen Exerzitien vor keiner Gemeinheit halt macht, wenn es sich um irgendeine Frage handelt, die auf die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie Bezug hat. Er übt sich auch in Verleumdungen bezüglich des Rajkprozesses. Djilas möchte Pijade übertreffen und erfindet zu diesem Zweck alle möglichen Ammenmärchen. Er sparte nicht mit Worten, um Rajks Aussagen und den Prozeß im ganzen anzuschwärzen. Man muß jedoch zugeben, daß nichts daraus geworden ist. Er schwieg hierbei über eine Reihe wichtiger, für die Titoclique vernichtender Tatsachen, die auf dem Rajkprozeß aufgedeckt wurden. So schwieg Djilas z. B. über die Aussagen Brankovs. Dabei ist Brankov in der Kumpanei Tito-Djilas-Ranković nicht der kleinste Mann. Ein Erzspion, Hauptresident des jugoslawischen Spionagedienstes in Ungarn — das ist Lazar Brankov. Ein Spion, der unmittelbar dem General Milić und dem jugoslawischen Innenminister Ranković unterstellt war. Seine Aussagen sind weit und breit bekannt. Hat Djilas sie etwa vergessen? Ich kann seinem Gedächtnis nachhelfen.

Brankov sagte insbesondere vor Gericht aus, daß während des Krieges Mišo Lompar nach der Schweiz entsandt wurde mit dem Auftrag, Verbindungen mit dem Leiter der amerikanischen Spionageorganisation in Europa, Allen Dulles, herzustellen.

Und dieser Mišo Lompar trat in Verbindung mit dem Leiter der amerikanischen Spionageorganisation in Europa, Allen Dulles. In der Schweiz angelangt, stellte Lompar gleichfalls Verbindungen mit den dort befindlichen trotzkistischen Gruppen her. In Marseille war Latinović, in Bari Vaso Jovanović, die enge Beziehungen zum englisch-amerikanischen Spionagedienst anknüpften. In London war General Velebit, der allbekannte alte englische Spion. Er übergab dem englischen Spionagedienst alle ihm verfügbaren Materialien, darunter auch Angaben über die Sowjetarmee. Wie Brankov aussagte, erfuhr er das aus den Geheimarchiven der UDB (Uprava deržavne bezbednosti — Verwaltung für Staatsicherheit). Das sagte Brankov aus. Aber Djilas hat „vergessen“, es zu widerrufen, er hielt es nicht für notwendig, das zu tun, sondern zog es vor, sich hier über irgendwelche Ungenauigkeiten in den Aussagen Rajks auszulassen!

Der Rajkprozeß enthüllte vieles, was früher unbekannt gewesen war und was die Titoclique,

die darauf Anspruch erhebt, das jugoslawische Volk zu vertreten und ebenfalls, man denke, den Sozialismus aufzubauen, mit unauslöschlicher Schande bedeckt hat. Gerade in diesem Zusammenhang stand die Sowjetregierung vor der Frage, wie sie sich im weiteren zu dem 1945 mit Jugoslawien abgeschlossenen Freundschaftsvertrag verhalten solle. Djilas weiß natürlich, daß in der Note der Sowjetregierung vom 28. September darauf hingewiesen wurde, daß es sich im Verlauf des Prozesses gegen den Hochverräter und Spion Rajk und seine Komplizen, die zugleich auch Agenten der jugoslawischen Regierung waren, herausgestellt hat, daß die jugoslawische Regierung lange Zeit hindurch eine äußerst feindselige Wühlarbeit gegen die Sowjetunion betrieb, wobei sie sich heuchlerisch mit dem Freundschaftsvertrag tarnte, und daß dieser Vertrag somit schon damals von der jugoslawischen Regierung mit Füßen getreten worden war.

Soweit die Tatsachen.

## 7. Verleumder in der Rolle von „Theoretikern“

Als nächster sprach der kanadische Vertreter, Herr Martin, wenn ich nicht irre, Senator Martin. Seine Rede war eine ganze Sturzflut von Schimpfereien und hysterischen Aufschreien, was Kritik an den Sowjetanträgen vorstellen sollte. Er hat hier einen ganzen Haufen verschiedenster verleumiderischer Unsinnigkeiten und Ungereimtheiten zusammengeredet.

Ich beginne mit der Hauptsache, obzwar ich selbstverständlich auch von allem übrigen sprechen muß, das der Aufmerksamkeit verdient. Schenkt man Herrn Martin Gehör, so besteht das Problem, vor das sich die UNO jetzt gestellt sieht, keineswegs darin, die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verurteilen, es besteht keineswegs darin, die Kräfte auf eine Festigung des Friedens zu konzentrieren. Er sagte, die UNO stehe vor dem Problem der Angst und Unruhe, die hervorgerufen werde durch „Gebiete, die unter Herrschaft der Sowjetunion stehen“.

Man sollte dem Herrn kanadischen Senator den Rat geben, sich um diese Gebiete keine Sorgen zu machen, sondern das diesen Gebieten selbst zu überlassen und sich lieber um das traurige Geschick Kanadas zu kümmern...

(Herr Martin unterbricht den Redner mit der Bemerkung, er sei nicht Senator.)

Sehen Sie, wenn es sich herausstellt, daß irgendeine Tatsache von der Wirklichkeit abweicht, so findet sich gleich eine Möglichkeit zu antworten. Das macht mir Mut, denn während der

ganzen anderthalb Stunden, die ich hier schon rede, ist das die erste Widerlegung meiner Worte.

Also der Herr Martin macht sich, wie man erfährt, Sorgen über Polen. Polen dagegen macht sich über sich selbst keine Sorgen. Er macht sich Sorgen über Rumänien und Ungarn. Aber auch diese Länder bitten den kanadischen Vertreter nicht, sich über sie „Sorgen zu machen“, vor allem im Zusammenhang damit, daß die kanadische Regierung einer Aufnahme dieser Länder in die UNO Hindernisse bereitet.

Martin macht sich ferner darüber Sorgen, daß nach der marxistisch-leninistischen Lehre Kriege in der Geschichte der Menschheit unausbleiblich seien, während er, Martin, wie er versichert, nicht möchte, daß ein Krieg ausbricht. Warum ist Herr Martin dann nicht damit einverstanden, daß dies in einem internationalen Dokument, in einem entsprechenden internationalen Vertrag niedergeschrieben wird? Warum will er dann unsern Antrag darüber, daß die fünf Mächte einen Pakt zur Festigung des Friedens schließen sollen, nicht unterstützen?

Warum nimmt dieser Anhänger des Friedens vor unseren Friedensanträgen Reißaus, wie der Teufel vor dem Weihwasser?

„Die Sowjetregierung, die Länder der Volksdemokratie und die Kommunisten überhaupt“, sagte Martin, „vertreten die Ansicht, daß der Krieg unausbleiblich sei. Sie geben zu, daß das Proletariat, wenn es zur herrschenden Klasse

wird, einer eigenen Militärorganisation bedarf.“ Zum Beweis berief sich Martin auf Lenins Werke, Band XXIV, Seite 122. Es ist mir angenehm zu hören, daß Vertreter Kanadas unsere großen Lehrer zitieren. Nur schade, daß sie sich in den Zitaten schlecht zurechtfinden, und daß sie das Gelesene entstellen.

Was hat unser Lehrer W. I. Lenin an der zitierten Stelle denn nun wirklich über die Militärorganisation des proletarischen Staates gesagt? Wann hat er es gesagt? Unter welchen Umständen? Welchen Sinn haben die Worte W. I. Lenins in Wirklichkeit?

Ich erachte es für notwendig, diese Fragen zu beantworten, denn wenn sie unbeantwortet bleiben, kann man nicht behaupten, daß von dem großen Lenin Gesagte richtig verstanden zu haben. Es war im Jahre 1919, zu der Zeit, als die junge Sowjetrepublik von feindlichen Staaten eingekreist war. Schon damals suchte der bekannte Sachwalter der kapitalistischen Klassen, der Ex-marxist Kautsky (ich hoffe, dieser Name ist Herrn Martin bekannt, obwohl ich dessen nicht sicher bin, aber ich hoffe es), die Bolschewiki zu beschuldigen, bei ihnen gebe es „keinen Sozialismus, sondern Militarismus“. Martin hat also durchaus nicht Amerika entdeckt, er hat nur das ABC der bekannten antisowjetischen Verleumderhergesagt.

Aus diesem Anlaß erklärte Wladimir Iljitsch Lenin auf dem VIII. Parteitag im Jahre 1919: „... Ich lachte und zuckte die Achseln. Hat es denn in der Geschichte auch nur eine große Revolution gegeben, die nicht mit Krieg verbunden gewesen wäre?“ Das ist ein bedeutungsvoller Hinweis W. I. Lenins. Gerade der Krieg, der von allen Seiten die junge sozialistische Republik bedrängte, rollte ja die Frage auf, daß das Proletariat, wenn es zur herrschenden Klasse wird, seine eigene Militärorganisation aufbaut, die imstande wäre, seine Grenzen, die Grenzen des jungen sozialistischen Staates, zu schützen. Hätte man unter jenen Umständen, als der Feind von allen Seiten anstürmte, als buchstäblich das Geschick des jungen sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern auf dem Spiel stand, anders handeln können? Es ist klar, daß man unter jenen Umständen nicht anders handeln konnte, daß man nicht nur von einer Militärorganisation zu sprechen hatte, sondern daß man diese Militärorganisation aufbauen mußte, um den Kreuzzug der 14 Staaten abzuwehren, der in den Jahren 1918 und 1919 unter Winston Churchill's Führung organisiert wurde.

Es sei gesagt, daß Martin mit der Anschneidung dieser Frage mindestens ein Jahr zu spät gekommen ist, daß schon auf der Pariser dritten

Tagung der Vollversammlung kein anderer als Exsenator Austin, — beinahe hätte ich Senator gesagt — mit ähnlichen Ansprüchen auf Auslegung des Marxismus-Leninismus aufgetreten ist. Damals zitierte Austin die Stelle aus dem „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)“, wo es heißt, der Krieg sei eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus, und es gebe gerechte Kriege, die das Ziel haben, das Volk von der Sklaverei des Kapitalismus zu befreien, sowie ungerechte Kriege. Herr Austin hatte beweisen wollen, daß die Sowjetunion es auf Zerstörung der kapitalistischen Staaten abgesehen hat, da sie den Krieg für unvermeidlich halte, und daß die Sowjetunion mithin durchaus nicht friedlichen Zielen zustrebe. Hieraus zog Herr Austin auch noch den Schluß, daß folglich alle auf Festigung des Friedens gerichteten Vorschläge der Sowjetunion heuchlerisch, daß sie unaulichtig seien, denn wie könne man vorschlagen, den Frieden zu festigen, während man gleichzeitig die Unvermeidlichkeit des Krieges predige?

Aber diese leidigen Kommentatoren des Marxismus-Leninismus, die sich daran gemacht haben, den Marxismus-Leninismus auszulegen, wissen, wie man schon sagen muß, schlecht in dieser Sache Bescheid. Sie zeigen völliges Unverständnis für die Bedeutung und Rolle der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft im Leben dieser Gesellschaft. Sie legen in dieser Hinsicht völlige Unkenntnis an den Tag, die bekanntlich niemals jemand in irgendeiner Sache Nutzen gebracht hat!

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß sich die menschliche Gesellschaft im Einklang mit den ihr innewohnenden Gesetzen entwickelt und deren Wirkung unterworfen ist. Die kapitalistische Gesellschaft besitzt eigene Entwicklungsgesetze. Begleiterscheinungen des Kapitalismus sind Krieg, Krise, Arbeitslosigkeit, Verbrechen, Prostitution. Diese Erscheinungen sind in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzmäßig. Das alles sind Geißeln, Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung menschlicher Arbeit, der einen Gesellschaftsklassen durch die anderen aufgebaut ist.

Diese sozialen Erscheinungen werden vom Gesellschaftssystem der kapitalistischen Gesellschaft selbst hervorgebracht, keineswegs aber von der individuellen Psychologie oder anderen Eigenschaften der einen oder anderen Menschen, von der Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten usw. usf. Die Rechtsverletzung selbst ist ein Ergebnis dieses Systems. Das höchste Verdienst des Marxismus-Leninismus besteht darin (ich bitte um Verzeihung, daß ich hier darüber rede, da es vielleicht angebrachter wäre, darüber irgendwo

auf einem Universitätskätheder zu sprechen, aber meine Opponenten zwingen mich dazu, näher auf dieses Gebiet einzugehen. Ich weiß, zu wem ich spreche; deshalb will ich niemand überzeugen noch „agitieren“. Ich spreche hierüber, um Einstellungen in der Auslegung unserer erhabenen Lehre auszumerzen, ich wiederhole: das höchste Verdienst des Marxismus-Leninismus besteht gerade darin, den Schlüssel zur Untersuchung der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft und damit zum Verständnis der Gesetze der Geschichte dieser Gesellschaft gefunden zu haben. Er fand diesen Schlüssel nicht in den Hirnen der Menschen, nicht in den Ansichten und Ideen der Gesellschaft, sondern in den Produktionsmethoden, in der Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen und in erster Linie der Produktionsbeziehungen jeder historischen Epoche. Aber die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmten Gesetzen unterzuordnen, bedeutet nicht, daß den Menschen nichts übrigbleibt als sich blind den Auswirkungen dieser Gesetze zu unterwerfen. Mensch ist Mensch. Der

kanadische Delegierte hat gesagt, der Mensch sei ein Abbild Gottes.

Wenn ich mir meinen Opponenten so ansehe, dann möchte ich nicht gerade behaupten, daß dieser Ausspruch immer zutrifft.

Aber jedenfalls ist Mensch Mensch, und Gesellschaft ist Gesellschaft, die fähig ist, die gesellschaftlichen Beziehungen zu organisieren. Sie kann durch ihre organisatorische Tätigkeit zur Förderung des historischen Entwicklungsweges beitragen. Ist das ein Weg, der den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen entspricht, so trägt er fortschrittlichen Charakter. Ist das ein Weg, der den Entwicklungsgesetzen nicht entspricht, so hält er die Entwicklung der Gesellschaft auf und spielt eine reaktionäre Rolle.

Menschen, Gesellschaftsklassen spielen daher eine gewaltige Rolle, und das bedeutet, daß die Tätigkeit der Menschen, die fähig sind, die gesellschaftlichen Beziehungen zu regeln, eine gewaltige Rolle spielt.

Diese Aufgabe wird erfüllt durch die Innen- und Außenpolitik des einen oder andern Staats.

## 8. Die sowjetische Außenpolitik — eine Politik des Friedens

Die Aufgabe der Außenpolitik des sozialistischen Staates besteht darin, solche gesellschaftlichen Gebrechen wie den Krieg einzudämmen oder überhaupt zu beseitigen durch Organisierung von Maßnahmen, die geeignet sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Eine solche Maßnahme ist die Organisierung der friedliebenden Kräfte der Gesellschaft in allen Ländern, die Schaffung gegenseitigen Vertrauens, die Beseitigung alles dessen, was die Möglichkeit zu Konflikten entstehen läßt, die den Krieg hervorbringen.

Der Führer des Sowjetvolks W. I. Lenin sagte vor 27 Jahren in einem Interview, das er dem Korrespondenten der englischen Zeitungen „Observer“ und „Manchester Guardian“ gewährte:

„Unsere Erfahrung hat uns zu der festen Überzeugung gebracht, daß nur gewaltige Aufmerksamkeit für die Interessen der verschiedenen Nationen den Konflikten den Boden entzieht, gegenseitiges Mißtrauen beseitigt, die Beunruhigung über irgendwelche Intrigen behebt und besonders unter den verschiedenen Sprachen sprechenden Arbeitern und Bauern das Vertrauen schafft, ohne das sowohl friedliche Beziehungen zwischen den Völkern als auch eine einigermaßen erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was die moderne Zivilisation an Wertvollem besitzt, absolut unmöglich ist.“

Aus dem Gesagten geht somit klar hervor, daß wir, wie uns der Leninismus lehrt, für friedliche Beziehungen zwischen den Völkern einstehen, ohne die, wie Lenin ausführte, eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was die moderne Zivilisation an Wertvollem besitzt, unmöglich ist.

Schon 1919, auf dem VII. Allrussischen Sowjetkongreß, sagte W. I. Lenin wörtlich: „Daher können wir euch auf Grund unserer zweijährigen Erfahrungen“ (es handelt sich um die beiden Bürgerkriegsjahre 1918/19) „mit absoluter Sicherheit erklären, daß jeder unserer militärischen Siege uns mit ungeheurer Schnelligkeit jener heute schon ganz nahegerückten Zeit näher bringt, wo wir unsere Kraft ganz und gar dem friedlichen Aufbau widmen werden.“ (Hier und weiterhin unterstrichen von mir. A. W.) „Auf Grund der von uns gewonnenen Erfahrung können wir dafür bürgen, daß wir auf diesem Gebiet des friedlichen Aufbaus in den nächsten Jahren ungleich größere Wunder wirken werden, als wir in diesen zwei Jahren des siegreichen Krieges gegen die Weltmacht der Entente gewirkt haben.“

Ist es nicht wunderbar, daß dies 1919 gesagt wurde, zu einer Zeit, als unser Heimatland von uns feindlichen Staaten umringt war, die Kriegsränke gegen uns schmiedeten?

Und auch damals, unter den damaligen Bedingungen, trotz der Siege, die wir über unsere Feinde davontrugen, schlug W. I. Lenin auf dem VII. Allrussischen Kongreß vor, eine Resolution anzunehmen, in der es hieß:

„Die Sozialistische Föderative Sowjetrepublik Rußland will mit allen Völkern in Frieden leben und ihre ganze Kraft dem inneren Aufbau zuwenden, um die Produktion, das Transportwesen und die öffentliche Verwaltung auf dem Boden des Sowjetsystems zu organisieren, was bisher zuerst durch das Joch des deutschen Imperialismus und dann durch die Intervention der Entente und die Hungerblockade verhindert wurde.“

Sie, mein Herr Kanadier, haben sich nicht zurechtgefunden in den elementaren Fragen des Marxismus-Leninismus über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gesetzen, die für die Entwicklung der Gesellschaft bestimmd sind, und denjenigen Maßnahmen, die die bewußte Gesellschaft organisiert, um die verderbliche Wirkung negativer Gesetze abzuschwächen und trotz dieser Gesetze Bedingungen zu schaffen, die maximal zur Milderung jener Krise beitragen, die periodisch zu Katastrophen führt, wie sie die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Schoße trägt.

Deshalb erklären wir auch jetzt, daß keinerlei Widerspruch besteht zwischen der These, der Krieg sei — wie unsere Lehrer lehren, wie die gesamte Geschichte der Menschheit lehrt — in der kapitalistischen, imperialistischen Gesellschaft eine unvermeidliche Erscheinung, und dem Bestreben, die Wirkung dieses Gesetzes einzudämmen, im Zaum zu halten. Im Gegenteil, obwohl die Kriege eine dem Kapitalismus innenwohnende Eigenschaft sind, können die demokratischen Kräfte den Krieg vereiteln, den Krieg abwenden durch ihr festes Zusammenhalten, können sie durch Stärke und Entschlossenheit den Krieg verhindern. Je stärker die Einheit der Volksmassen im Kampf gegen den Krieg ist, je stärker der Protest der Völker gegen die Kriege erklingen wird, desto schneller wird die Kriegsgefahr beseitigt werden. Die Macht der Solidarität der friedliebenden Völker ist fähig, die Wirkung von Erscheinungen wie die Kriegsvorbereitung lahmzulegen und die Welt vor dieser furchtbaren Katastrophe zu retten.

Meine Herren, wenn hier also manche ausgezeichnete, wissenschaftlich tief begründete Stellen aus den Schriften unserer Lehrer zitiert werden, durch die man beweisen will, daß — wenn wir z. B. die Krise als eine der kapitalistischen Gesellschaft innenwohnende Eigenschaft anerkennen — dies bedeute, daß wir bemüht sind, die Entwicklung dieser Krise zu fördern, so müssen wir erklären, daß dies absurd ist. Wenn Sie der Ansicht sind, daß der Krieg eine Eigenschaft der kapitali-

stischen Gesellschaft darstellt, dann sind Sie folglich für den Krieg, so sagen uns unsere Gegner. Auch das ist absurd, denn die Aufgabe besteht darin, diese Eigenschaft zu überwinden, wenn Sie so wollen, ein Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden, um durch bewußte Bemühungen der Völker die Wirkung solcher Eigenschaften, solcher Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft lahmzulegen.

So war es vor dem zweiten Weltkrieg. Erinnern Sie sich an die Geschichte des zweiten Weltkriegs.

War nicht der Boden, auf dem der Hitlermilitarismus aufging, durch den Goldregen amerikanischer Dollars in den zwanziger Jahren befruchtet worden? War nicht der Hitlermilitarismus befruchtet durch die schmähliche Münchener Politik Frankreichs und Englands, Daladiers und Chamberlains, hinter denen die USA — die Überseegroßmacht — standen?

Man könnte zu diesem Thema eine Reihe von Dokumenten beibringen. Seinerzeit wurden sie beigebracht, und ich empfehle sie Ihrer Aufmerksamkeit. Diese Dokumente lassen keinen Zweifel darüber bestehen, wie und warum der zweite Weltkrieg ausbrach und wer für ihn verantwortlich ist.

Hat nicht die Sowjetunion im Laufe der ganzen historischen Zeitspanne, in der Hitler bereits seine Pranken über die von ihm okkupierte Tschechoslowakei gelegt hatte, ihre Stimme zum Schutz der Unabhängigkeit der Tschechoslowakischen Republik erhoben? Hat nicht die Sowjetunion die Münchener Politik bloßgestellt, die zum zweiten Weltkrieg führen mußte und auch tatsächlich geführt hat?

Solcher Art ist die sowjetische Außenpolitik — eine Politik des Friedens. McNeil suchte die Sache falsch darzustellen und unsere Außenpolitik zu verleumden, er suchte zu beweisen, daß die UdSSR keinen Frieden will. Blühender Blödsinn!

Er konnte das natürlich nicht beweisen aus demselben einfachen Grunde, der für alle unsere Opponenten verhängnisvoll ist — aus dem Grunde, weil Beweise nicht vorhanden waren. Hiermit erklärt sich die Tatsache, daß McNeil — er möge mir verzeihen, aber ich setze Offenheit gegen Offenheit — die sachliche Erörterung der sowjetischen Vorschläge durch leeres Gerede über alles Mögliche, nur nicht über unsere Vorschläge ersetzt.

McNeil hat sich keine geringe Mühe gegeben, zu versichern, daß alle Völker in Frieden leben wollen. Normale Menschen, so sagte er, wünschen auf normale Weise den Frieden. Sehr richtig. Hat Herr McNeil recht, daß alle normalen Menschen den Frieden wünschen, so folgt hieraus,

daß die Leute, die den Frieden nicht wünschen, anomale Menschen sind. In diesem Falle — wenn Herr McNeil recht hat — muß man angesichts der Tatsachen, die mir völlig unbestreitbar erscheinen, zugeben, daß in manchen Ländern es dieser anomalen Menschen schon allzuviel geworden sind. Kann man nicht in einem solchen Fall für diese anomalen Menschen die entsprechenden Verhältnisse schaffen, sagen wir z. B., ihnen Zwangsjacken anziehen? Vielleicht wird das die Lage verbessern?

Wir wissen sehr wohl — und es ist schade, daß McNeil das nicht begreifen will —, daß es sich nicht um die Völker handelt, sondern um diejenigen reaktionären Kreise in manchen Ländern, die tatsächlich den Krieg wollen. Zuerst den „kalten Krieg“, wovon Professor Slichter von der Harvard-Universität offen sprach, und dann einen regelrechten „heißen“ Krieg, den beinahe sämtliche führenden USA-Politiker, die über die Politik der USA bestimmen, ausposaunen.

McNeil suchte nachzuweisen, daß die Welt von keinem Krieg bedroht sei, aber dasselbe sagten auch die Helden von München direkt am Vorabend des zweiten Weltkriegs. Auch sie wiesen nach, daß Hitler keinen Krieg vorbereite. Wir aber warnten — die Sowjetunion wies warnend darauf hin, daß Hitler einen Krieg vorbereite und daß man sich zu dieser Vorbereitung nicht gönnerhaft verhalten dürfe.

Warum ist denn der zweite Weltkrieg wirklich möglich geworden? Das wissen alle längst. Daß er möglich wurde, daß er stattfand, beweist, daß er auch vorbereitet worden war. Wir wissen das auf Grund historischer Tatsachen. Aber wir wissen auch, daß seitens der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs sowie der USA kein Finger gerührt wurde, um die Organisierung dieses Krieges zu verhindern, im Gegenteil, sie lullten die öffentliche Meinung damit ein, daß es zu keinerlei Krieg kommen werde — man müsse nur Hitler befrieden — und halten Hitler. Sie begannen Hitler durch Anleihen und durch Anspruch seiner Landraubpolitik zu befrieden.

Wir sind gegen diese Befriedungspolitik, gegen diese Politik der Besänftigung, besonders dann, wenn es sich darum handelt, daß uns diejenigen Leute besänftigen, die, während sie uns sagen: „Es wird keinen Krieg geben“, zugleich die wütendste Propaganda zur Vorbereitung dieses Krieges betreiben und sich nicht nur mit Propaganda, sondern auch mit der Vorbereitung dieses Krieges selbst befassen.

Herr McNeil suchte die Feststellung über die 600 Millionen Friedensanhänger zu bestreiten, sie ins Wanken zu bringen. Er führte, um die Schwäche des kommunistischen Einflusses zu veran-

schaulichen, als Beispiel sogar eine Reihe von Ländern an, wo die Kommunisten eine unbedeutende Stimmenzahl erhalten haben. Es handelt sich hierbei keineswegs um Wahlen, und es ist durchaus nicht charakteristisch für die Einstellung eines Volkes zum Frieden, wenn man zeigt, welche Resultate die Wahlkampagne der einen oder andern politischen Partei in dem einen oder andern kapitalistischen Lande gebracht hat.

Bekanntlich spielt in dieser Hinsicht das Wahlsystem eine große Rolle. Bekanntlich wurde das „Jules-Moch“-System in Frankreich eigens dazu erfunden, damit derjenige, für den mehr Stimmen abgegeben werden, weniger Sitze erhalte. Bekanntlich ist das eine historische Tradition aller derartigen parlamentarischen Systeme; nicht umsonst blühte ja in England ein System, das sich auch jetzt noch fühlbar macht und das das System der „kassierten Wahlkreise“ genannt wird. Deshalb braucht man sich gar nicht zu rühmen, dort und dort hätten die Kommunisten wenig Stimmen erhalten. Sechshundert Millionen Friedenskämpfer sind sechshundert Millionen!

Herr McNeil sagt uns: „Sehen Sie doch nur, Sie haben immer weniger und weniger Freunde!“

Das ist ein gründlicher Irrtum: wir haben immer mehr und mehr Freunde. Ich möchte Herrn McNeil raten, die Scheuklappen von den Augen zu tun, die Augen aufzumachen, um sich zu blitzen und zu sehen, was ringsum vorgeht. Sieht er denn nicht, daß in allen Ländern Millionen Menschen in Bewegung geraten sind? Herr McNeil, das sind nicht Ihre Freunde, weil Sie nicht ihr Freund sind. Das sind unsere Freunde, die Freunde des Friedens, die Freunde der Demokratie im besten, erhabensten Sinne dieses Wortes.

Wenn Sie das nicht bemerken, wenn Sie sich einbilden, der Mann, der den Sitz mit dem Schildchen „China“ einnimmt, sei wirklich der Vertreter des chinesischen Volkes, so ist das doch die schlimmste Verirrung. Und Ihrer harrt sehr bald eine Enttäuschung, denn dieser Kuomintangmann ist ja gar kein Vertreter Chinas, weil China jetzt schon ein neues China, ein demokratisches China ist mit 500 Millionen...

(Der Vorsitzende ruft den Redner „zur Ordnung“.)

Ich bedaure sehr, daß der Herr Vorsitzende nicht den Mut aufgebracht hat, diejenigen zur Ordnung zu rufen, die vor mir zu Worte kamen und Dinge sagten, die gar nicht zur Sache gehören. Aber ich bin ein disziplinierter Mensch. Ich werde Ihre Ordnung nicht stören. Das heißt natürlich nicht, daß ich nicht meiner eigenen Ordnung folgen werde.

Herr McNeil sagte uns: „Zeigen Sie uns Ihre Budgets.“ Er wollte beweisen, daß wir eine militäristische Macht sind, daß wir keinen Frieden

wollen, und daß wir uns zum Krieg vorbereiten und Riesenarmeen aufstellen.

„Zeigen Sie uns Ihre Budgets!“ Bitte sehr. Ich bin bereit, Ihnen unsere Budgets zu zeigen. Aber McNeil müßte sie auch ohne meine Hilfe kennen, denn am 11. März 1949 brachten alle Moskauer Blätter unser vollständiges Budget für 1949.

Dort heißt es: — entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender, das darf ich doch wohl sagen? (*Der Vorsitzende antwortet zustimmend. Allgemeines Gelächter.*)

„Der Sowjetstaat führt, neben einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufbau, einen großen Plan sozialer und kultureller Maßnahmen durch, die ein wichtiges Mittel zur Hebung des kulturellen Niveaus und materiellen Wohlstands des Volkes sind. Für diese Maßnahmen werden im Haushalt für 1949 119,2 Milliarden Rubel bereitgestellt, d. h. um 13,6 Milliarden Rubel mehr als 1948...“

Von der Gesamtsumme der Ausgaben fließt den und den Zwecken soundso viel zu, den und den Zwecken soundso viel usw., und nun kommen wir zu den Militärausgaben.

„Es wird beabsichtigt, im Jahre 1949 für den Unterhalt unserer Streitkräfte 79,1 Milliarden Rubel oder 19 Prozent der Budgetausgaben bereitzustellen. Die gewisse Erhöhung der militärischen Ausgaben im Vergleich zum vorigen Jahr (als diese Summe 17 Prozent ausmachte) hängt mit dem Steigen der Großhandelspreise und der Eisenbahntarife zusammen.

Die Aufwendungen für die Streitkräfte, die im Haushalt für 1949 vorgesehen sind, decken mit Barmitteln alle Ausgaben der Sowjetarmee, die die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes zuverlässig hütet.“

So steht es mit unserem Budget. Neunzehn Prozent oder 79,1 Milliarden Rubel stellen die Zuwendungen für militärische Zwecke für 1949 dar, die in unserm Budget projektiert sind.

Wie steht es mit dieser Sache, sagen wir einmal, in andern Ländern? Nun, z. B. in England?

Der Anteil der militärischen Ausgaben am Budget Englands für 1949/50 ist größer als vor dem Kriege und beläuft sich in diesem Jahr auf 30 Prozent aller Ausgaben.

Und das Budget der Vereinigten Staaten von Amerika für 1949/50? Von der Gesamtsumme in Höhe von 42 Milliarden Dollar belaufen sich die direkten Ausgaben für Rüstungszwecke und für die Streitkräfte der USA auf 14 Milliarden 268 Millionen Dollar, d. h. auf 34 Prozent des ganzen Budgets.

Nach angestellten Berechnungen werden rund 30 Milliarden oder 69 Prozent des ganzen Budgets der USA für 1949/50 direkt oder indirekt für militärische Zwecke verwandt.

Und in Frankreich? Hier entfallen 20 Prozent der staatlichen Ausgaben auf militärische Zwecke. Es ist aber bekannt, daß die Hauptmasse der militärischen Maßnahmen in Frankreich für die französische Armee nicht zu Lasten des französischen Budgets, sondern zu Lasten des amerikanischen Budgets gehen. Ubrigens keine schlechte Illustration zur Frage der staatlichen Souveränität!

Nicht von ungefähr wurden deshalb in der englischen, französischen und amerikanischen Presse hierüber Gedanken geäußert, dieses Militärbudget übersteige jede nur zulässige Budgetnorm, die unter normalen Verhältnissen angewandt wurde. So, Herr McNeil, da hätten Sie die Antwort auf Ihre Frage nach unserm Budget.

## 9. Die Alliiertenpflicht und die UdSSR

Hier hat der polnische Delegierte, Herr Wierblowski, ausgezeichnet über die Rolle gesprochen, die die Sowjetunion in diesem Kriege gespielt hat. Ich bin ihm sehr dankbar, möchte aber zu dem, was er gesagt hat, noch ein paar Worte hinzufügen.

Er erinnerte an eine Episode von größter historischer Wichtigkeit. Das ist eine sehr bedeutungsvolle Episode. Vielleicht, meine Herren, wird sie in Zukunft manchem helfen, mehr Verantwortung für seine Worte zu empfinden, wenn von der Rolle der UdSSR im zweiten Weltkrieg die Rede ist.

Es war die Zeit, als die Front im Westen, an deren Spitze Eisenhower stand und der auch englische Fliegerverbände unter Marschall der Luft-

streitkräfte Tedder angehörten, in einer äußerst schweren Lage war. Hier ein Telegramm, das Churchill am 6. Januar 1945 an das Haupt der Sowjetregierung und den Obersten Befehlshaber unserer Truppen, Generalissimus Stalin, sandte:

„Die Schlacht im Westen ist sehr schwer, und vom Oberkommando können jederzeit weitreichende Entschlüsse verlangt werden. Sie selbst wissen aus Ihrer eigenen Erfahrung, wie sehr besorgniserregend die Lage ist, wenn man nach vorübergehendem Verlust der Initiative eine sehr breite Front zu verteidigen hat.“

Wer die Militärsprache kennt, der versteht, daß das bedeutet, General Eisenhower habe den „Verlust der Initiative“ erlitten.

„General Eisenhower ist es sehr erwünscht und notwendig, in allgemeinen Zügen zu erfahren, was Sie zu tun gedenken, weil sich das naturgemäß auf alle seine und unsere wichtigsten Entscheidungen auswirken wird. Laut einer eingelaufenen Meldung befand sich unser Emissär, Hauptmarschall der Luftstreitkräfte Tedder, gestern abend, durch die Witterungsverhältnisse aufgehalten, in Kairo. Seine Reise hat sich sehr verzögert, nicht durch Ihre Schuld. Wenn er noch nicht bei Ihnen eingetroffen ist, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob wir im Januar auf eine große russische Offensive an der Weichselfront oder an irgendeiner anderen Stelle rechnen können, und ebenso beliebige andere Momente, die Sie möglicherweise zu erwähnen wünschen. Ich werde diese streng vertrauliche Information außer Feldmarschall Brooke und General Eisenhower niemand mitteilen, und auch das nur unter Einhaltung strengster Diskretion. Ich betrachte die Sache als dringend.“

Sie müssen begreifen, was es zu bedeuten hatte, daß Winston Churchill an Generalissimus Stalin am 6. Januar 1945 ein solches Telegramm sandte. Das bedeutete eine Aufforderung zu heroischen Anstrengungen zwecks Rettung der Westfront. Wir hatten vergessen, wie dieselben Herren Churchill und andere mit uns umgingen, als sie ihren Verpflichtungen über Eröffnung der zweiten Front nicht nachkamen. Unsere Verbündeten waren in Gefahr, und wir fühlten uns veranlaßt, unserer Alliertenpflicht nachzukommen. Generalissimus Stalin kabelte gleich am nächsten Tage:

„Am 7. Januar abends erhielt ich Ihr Schreiben vom 6. Januar 1945.

Leider ist der Herr Hauptmarschall der Luftstreitkräfte Tedder noch nicht in Moskau eingetroffen.

Es ist sehr wichtig, die Überlegenheit unserer Artillerie und Luftstreitkräfte gegen die Deutschen auszunutzen. Nur ist hierfür klares Wetter für die Luftstreitkräfte und das Ausbleiben von Bodennebeln erforderlich, die das Zielfeuers der Artillerie stören. Wir bereiten eine Offensive vor, aber das Wetter ist für unsere Offensive augenblicklich ungünstig. In Anbetracht der Lage unserer Verbündeten an der Westfront hat das Hauptquartier des Oberkommandos jedoch beschlossen, die Vorbereitungen in forciertem Tempo zu beenden und spätestens in der zweiten Januarhälfte ohne Rücksicht auf das Wetter an der gesamten Zentralfront großangelegte Offensivoperationen gegen die Deutschen zu beginnen. Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß wir alles

tun werden, was nur getan werden kann, um den wackeren Truppen unserer Verbündeten zu helfen.“

Was geschah weiter? Am 17. Januar 1945 telegraphierte W. Churchill an J. W. Stalin:

„Im Namen der Regierung Seiner Majestät aus tiefstem eigenen Herzen möchte ich Ihnen unseren Dank und unsere Glückwünsche aussprechen anlässlich der gigantischen Offensive, die Sie an der Ostfront begonnen haben.

Ihnen ist jetzt zweifellos bekannt, welche Pläne General Eisenhower verfolgt und in welchem Maße ihre Verwirklichung durch die Störungsoffensive Rundstedts aufgehalten wurde. Ich bin gewiß, daß die Kämpfe an unserer ganzen Front ununterbrochen weitergehen werden. Die britische 21. Heeresgruppe unter dem Befehl Feldmarschall Montgomery ist heute im Raum südlich Roermond zum Angriff angetreten.“

In einem Tagesbefehl J. W. Stalins an die Sowjettruppen im Februar 1945 hieß es:

Im Januar d. J. hat die Rote Armee an der ganzen Front von der Ostsee bis zu den Karpaten auf den Feind einen Schlag von beispiellosem Wucht niedersausen lassen. An einer 1200 Kilometer breiten Front brach sie die starken Verteidigungsstellungen der Deutschen auf, an denen diese mehrere Jahre lang gearbeitet hatten. Im Verlaufe ihrer Offensive warf die Rote Armee den Feind durch rasche und meisterhafte Operationen weit nach Westen zurück.

Die Erfolge unserer Winteroffensive haben vor allem dazu geführt, daß sie die Winteroffensive der Deutschen im Westen, die sich die Besetzung Belgiens und des Elsaß zum Ziel setzte, zum Scheitern gebracht und es den Armeen unserer Verbündeten ermöglicht haben, ihrerseits zur Offensive gegen die Deutschen überzugehen und damit ihre Offensivoperationen im Westen mit den Offensivoperationen der Roten Armee im Osten zu verbinden.“

Nun, wo uns solche Tatsachen aus der noch frischen, jüngsten Vergangenheit vorliegen, hören wir hier Reden des belgischen Vertreters, des neuseeländischen Vertreters darüber, daß wir Goebbels und Hitler wiederholen. Herr McNeil ist heute so tief gesunken, zu sagen, daß diese unsere Politik eine Goebbelspolitik sei. Ich habe das erwähnt, nicht um ausführlich auf dieses Thema einzugehen, sondern nur um die Herren Kritiker daran zu erinnern, daß ein elementares Dankbarkeitsgefühl sie veranlaßt haben sollte, sich nicht nur zu hüten vor dem Gebrauch der von ihnen angewandten Worte, sondern auch nur so zu denken, wie sie über die Sowjetunion denken.

## 10. Über die sogenannten „kulturellen“ Angelegenheiten der USA und Englands

Herr McNeil erwähnte, als er davon sprach, daß wir die BBC-Sendungen stören, zugleich auch die „Stimme Amerikas“ sowie den Umstand, daß wir ihnen sozusagen nicht erlauben, hinter den „eisernen Vorhang“ zu dringen. Wir hätten, so sagt er, alle Fenster und Türen zugeschlagen!

Ich muß Herrn McNeil jedoch sagen — als Zusatz zu dem, was bereits Herr Wierblowski hier gesagt hat —, daß die ganzen englischen und amerikanischen Sendungen in Wahrheit die zügelloseste feindselige Propaganda darstellen. Sie sind ein Aufruf zur Meuterei, im Grunde ein Aufruf zum Kriege gegen die Sowjetunion. Sie sind äußerst beleidigende Demagogie, sie sind äußerst beleidigende, verleumderische Lügen. Wenn wir Maßnahmen getroffen hätten, um den ungehinderten Abdruck und die ungehinderte Sendung dieser ganzen Anhäufung von Verleumdungen, aller dieser Gemeinheiten gegen unser Land, zu gewährleisten, so bin ich fest davon überzeugt, daß dies einen derartigen Ausbruch allgemeiner Entrüstung und allgemeinen Zorns bei unserem Volke ausgelöst hätte, der Herrn McNeil und allen den Leuten, die zu erreichen suchen, daß wir diese Sendungen nicht behindern, sicher nicht sehr angenehm gewesen wäre.

Dem ist noch folgendes hinzuzufügen, und jetzt antworte ich auch Herrn Austin, der sich beklagt hat, daß wir für die Aufrechterhaltung kultureller Verbindungen mit den USA kein Interesse zeigen. Herr McNeil sagte: „Sperren Sie die Fenster, die Türen auf, lassen Sie frische Luft nach Sowjetrußland hinein.“

Ich muß sagen, daß bei uns Türen und Fenster für frische Luft stets geöffnet sind, aber was für Luft weht von jener Seite, vom Westen und von Übersee, zu uns herüber!

Jetzt ist in Moskau gerade ein Buch erschienen, das ich unseren Kritikern empfehlen möchte. Es stammt aus der Feder des bekannten englischen Journalisten Ralph Parker. Sie, meine Herren englischen Vertreter, kennen doch sicher Ralph Parker, den englischen Korrespondenten, der acht Jahre in Moskau lebte und es jetzt abgelehnt hat, nach England zurückzukehren, weil er, wie er erklärt hat, nicht in ein Land zurückkehren kann, das einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet. In seinem Buch „Verschwörung gegen den Frieden“ erzählt er, zu welchem Zweck englische Herren „Kulturträger“

durch diese „offenen Türen“ zu uns eindringen. Gestatten Sie mir, ein paar Stellen aus Parkers Buch zu zitieren. Darf ich das, Herr Vorsitzender? (Der Vorsitzende antwortet: „Bitte.“ Allgemeines Gelächter im ganzen Saal.) Danke. Ich zitiere:

„Die aus London eingetroffenen Korrespondenten“, so schreibt Parker, „arbeiteten in engem Kontakt mit den amtlichen Persönlichkeiten. In der englischen Botschaft wurde jeden Morgen für sie eine Instruktionsstunde abgehalten, zu der nicht einmal die in Moskau lebenden englischen Korrespondenten Zutritt hatten.“

Herr McNeil, machen Sie Ihren eigenen Journalisten in Ihrer eigenen Botschaft die Türen auf!

Parker schreibt, daß man anscheinend fürchtete, ihre Anwesenheit könne die Harmonie der Beziehungen stören, die zwischen dem Foreign Office und den diplomatischen Korrespondenten bestand, die aus London eingetroffen waren und die man „zahme Seehunde“ nannte.

Dieser Spitzname spielte darauf an, daß sie Ridsdale, dem Chef der Presseabteilung im Foreign Office, nahestanden, der sie zu jeder Tages- und Nachtzeit empfing. Und weiter sagt Parker, er habe sich unwillkürlich an der Kunstfertigkeit ergötzt, mit der der Vertreter des Foreign Office seine „zahmen Seehunde“ dressierte, und ihre Berichte über die Arbeit der Konferenz hätten sich auf die Aufzählung von Tatsachen beschränkt, die restlos aus den vorher in der Botschaft angefertigten Berichten und Meldungen abgeschrieben wurden und dann an das Foreign Office abgingen.

Parker zählt eine ganze Reihe von Beispielen auf, die davon zeugen, wie diese selbe BBC, wie überhaupt das Foreign Office bemüht war, möglichst viele seiner Kundschafter als Journalisten getarnt in die UdSSR zu entsenden. Das verrät übrigens auch das Geheimnis des besonderen Nachdrucks, mit dem der Staatsminister Großbritanniens und einer der Leiter des Foreign Office, Herr McNeil, heute gefordert hat, wir sollten um jeden Preis „Fenster und Türen öffnen“ für ebendiese englischen Spione, die sich hinter verschiedenen Decknamen verborgen.

Ich muß Herrn McNeil darauf aufmerksam machen, daß man derartigem Publikum bei uns weder Türen noch Fenster oder auch nur die Lüftungsklappen am Fenster auftun wird.

Auch Herr Austin beklagte sich hier darüber, daß wir gegen Kulturverbindungen sind, daß wir alle Kulturbeziehungen abbrechen und keinerlei Umgang wünschen.

Herr Austin, warum sehen Sie über gewisse Tatsachen hinweg? Warum sprechen Sie z. B. nicht von der Tatsache, die sich 1946 ereignete, als zum III. Amerikanisch-slawischen Kongreß in New York sechs Delegierte der Sowjetunion und fünf Delegierte der Ukrainischen Sowjetrepublik eintrafen, denen als Agenten eines fremden Staates nahegelegt wurde, sich registrieren zu lassen oder aber sofort die USA zu verlassen. Zu diesen Delegationen gehörten der Schriftsteller Kornejtschuk, der Professor Gorbunow, mehrere Generale, bekannte ukrainische Schauspieler, Dichter, Journalisten, ein Professor der Lwower Universität usw. Und alle diese mußten dank der besonderen Gastfreundlichkeit des Staatsdepartments und des Justizministeriums der USA, wie man zu sagen pflegt, „abziehen“, sich heimwärts trollen.

Kam denn im März 1949 zum Kongreß der Kulturschaffenden und Wissenschaftler zum Schutz des Friedens nicht eine Sowjetdelegation nach New York, bestehend aus dem Komponisten Schostakowitsch, den Schriftstellern Fadejew und Pawlenko, dem Akademiemitglied Oparin, den Filmregisseuren Gerassimow und Tschiaureli, dem Professor Roshanski? Haben die amerikanischen Behörden diese Delegierten nicht daran gehindert, eine Künstlertournee durch die USA zu machen, und haben sie ihnen nicht zu verstehen gegeben, daß, da der Kongreß zu Ende sei, weiter keine Notwendigkeit für ihre Anwesenheit in den USA vorläge.

Sie beklagen sich, daß wir keine Kulturverbindungen wollen, aber stehen Sie nicht in sogenannten Kulturverbindungen mit allen möglichen Verrätern vom Schlage Krawtchenkos, Kassjenkinas usw. usf., die Sie auf den Schild heben, obwohl sie Verräter sind, und die Sie in jeder Weise ausnutzen, um diese Halunken der Sowjetunion entgegenzustellen?! Unter solchen Umständen wollen Sie, daß wir mit Ihnen Kulturverbindungen aufrechterhalten? Lernen Sie es erst, Herr Austin, wirkliche Kulturverbindungen mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten, dann werden wir Ihnen in gleicher Weise begegnen.

Wenn Sie wollen, daß wir Sie durch unser Ballett zerstreuen, daß unsere Musiker, Artisten, Schauspieler und Orchester Sie zerstreuen, so bedarf es hierfür entsprechender Bedingungen, einer entsprechenden Atmosphäre. Diese ist jedoch nicht vorhanden, und sie wird es so lange nicht sein, wie Sie Verräter, Feinde der Sowjetunion, an Ihrem Busen wärmen.

Wir unterhalten ausgedehnte Kulturverbindungen mit allen Völkern, was Ihre erlogen Redereien über irgend so einen „eisernen Vorhang“ völlig widerlegt.

Interessierten Sie sich wirklich für diese Frage, dann hätten Sie sich davon überzeugt, daß kein Tag vergeht, ohne daß entweder aus der UdSSR irgendeine Delegation in andere Länder reiste, oder daß irgendeine Delegation in die UdSSR käme. Zudem werden diese recht lebhaften Verbindungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kunst gepflegt, einschließlich aller Kunstarten — von Musik und Tanz bis zum Fußballspiel und anderen Sportarten. Die Sowjetunion unterhält solche Verbindungen mit einer ganzen Reihe von Ländern. Ich will sie nennen. Es sind das Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien, Bulgarien, Finnland, die Chinesische Volksrepublik, Italien, Schweden, Ostdeutschland, Belgien, die Volksrepublik Korea, Pakistan, wo sich gerade eine Delegation der Sowjetschriftsteller aufhält, um an der Arbeit des Kongresses der Assoziation fortschrittlicher Schriftsteller Pakistans teilzunehmen. Das ist doch eine Tatsache! Wenn wir unsere Delegationen, unsere Juristen, unsere Wissenschaftler, unsere bildenden Künstler, unsere Musiker nach Belgien und nach Italien schicken, trotz des Widerstandes der Regierungen dieser Länder, den sie diesen unseren Maßnahmen entgegensetzen, was berechtigt Sie da, von irgend so einem „eisernen Vorhang“ zu sprechen und die schmutzige Goebbelserleumung nachzureden?

Aber wir schicken in die Länder, wo man uns als Freunde aufnimmt, wo man uns nicht die Herren Krawtchenkos und Ihre anderen Bekannten entgegenstellt, wo man nicht darauf ausgeht, uns durch alle möglichen Fabeln und verleumderischen Erfindungen zu verunglimpfen, die aus schmutzigen Quellen stammen.

Herr Austin, denken Sie doch einmal hierüber nach, ehe Sie mit solchen Beschuldigungen um sich werfen!

Erlogen und völlig unbegründet ist daher Herrn Austins Erklärung, die Sowjetunion wolle nicht die üblichen Wege des internationalen Verkehrs gehen und zeige somit nicht das Streben nach internationaler Zusammenarbeit.

Herr Vorsitzender, ich komme zum Schluß.

Ich muß sagen, daß man es wahrscheinlich nicht ernst nehmen darf, daß einfach die erregte Hirnsubstanz mit Herrn McNeil sein Spiel getrieben hat, wenn er sich heute erlaubt hat zu sagen: „Da ist die Lehre Lenins und da die Lehre Stalins. Vielleicht ist Lenins Lehre veraltet? Dann geben Sie sie doch auf.“

Ich muß erklären, daß ich es für unter meiner Würde halte, auf eine so kaltschnäuzige Erklärung einzugehen.

Ich möchte keine schroffen Worte mehr gebrauchen.

Herr McNeil hat uns heute durch seine ausgezeichnete Kenntnis der Fabeln Krylows in Erstaunen versetzt. Er sagte mir schon vor langer Zeit in einer Privatunterhaltung: „Ich studiere ernsthaft Ihre Krylowschen Fabeln. Ich werde Ihnen damit antworten.“

Ich habe mit Ungeduld darauf gewartet, wann er endlich antworten wird. Heute hat er es nun getan. Er hat eine Fabel Krylows zitiert, die in englischer Übersetzung vorliegt. Die Übersetzung ist offenbar gut. Die Fabel heißt „Die Schlange“, und nicht Krylow, sondern McNeil hat sie Ihrem ergebenen Diener gewidmet.

Es stellt sich heraus, daß ich nach McNeils Ansicht einer Schlange gleiche. Ich hätte einen ebensolchen Giftstachel wie sie, und außerdem gleiche ich noch einer Nachtigall, weil ich eine sehr melodische Stimme hätte. Es ist schön, sei es auch nur für eine Minute, in der Lage einer Nachtigall zu sein, wenn auch lediglich in der Phantasie des Herrn McNeil. Vor Ihnen steht also eine Schlange. Fabel bleibt Fabel. Aber ich möchte Herrn McNeil einen Rat geben — er hätte vielleicht besser daran getan, sich englischen Fabeln zuzuwenden, dann wäre er mehr in seinem eigenen Element gewesen. Es war ein Fehler von ihm, sich Krylows Fabeln zuzuwenden, ohne diese Fabeln studiert zu haben, denn wenn Herr McNeil es für notwendig erachtet hatte, ein Gleichnis zu suchen, so hätte er der Objektivität halber sich noch einige andere Fabeln in Erinnerung rufen oder sie lesen müssen. Ihre Fabelsammlung, Herr McNeil, die ich heute durchblättert habe, enthält noch andere Fabeln über die Schlange. Nun will ich meinerseits eine Fabel anführen, um Herrn McNeil nichts schuldig zu bleiben.

Diese Fabel heißt „Der Verleumder und die Schlange“.

Indes, ich will mir nicht herausnehmen, irgendwelche Vergleiche anzustellen. Herr McNeil

hat hier von mir als einer Schlange mit Nachtigallentrillern gesprochen. Ich werde nicht sagen, wen ich im Sinn habe, wenn ich Ihnen diese Fabel darbiete. Sie werden das sicher leicht selber merken.

Gestatten Sie mir, die Fabel zu erzählen. Es handelt sich also um Krylows Fabel „Der Verleumder und die Schlange“.

Ganz ohne Grund, so heißt es in der Fabel, würden die Teufel beschuldigt, die Gerechtigkeit sei ihnen unbekannt.

Es war im Hades,  
Bei einer feierlichen Prozession  
Von Unterweltbewohnern jeden Grades,  
Daß der Verleumder und die Schlange  
Gerieten in hartnäck'ge Diskussion,  
Wem Vortritt hier gebühre.

Die Schlange sagte, ihr, der Verleumder sagte, ihm. Sie kamen zu Beelzebub und verlangten, er möge den Streit schlichten. Und Beelzebub sagte:

Er trat für diesen in die Schranken  
Und hielt die Schlang' zurücke.  
„Sehr schätz ich“, sagt' er, „deine Tücke,  
Doch geb ich ihm den Vorzug ohne Schwanken.  
Schlimm bist du, und dein Stachel, der ist  
tödlich...“

Doch bist du denn auch aus der Ferne schädlich,  
Wie des Verleumders Zunge ist?  
Da ihrer man sich nirgends kann erwehren,  
Nicht hinter Bergen, hinter Meeren?  
Drum ende diesen Zwist.

Er ist gefährlicher als du,  
Bleib hinter ihm und halte künftig Ruh.“  
Seit dieser Spruch ergangen,  
Sind in der Unterwelt  
Verleumder hochgestellt,  
Und sind geehrter als die Schlangen.

Erlauben Sie mir, meine Herren, damit zu schließen. Ich bin dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar dafür, daß er mich während meiner Rede nur einmal unterbrochen hat, und auch da nicht zur Sache.

Ich bin am Ende.

# Internationale Umschau

(Notizen)

## ACHESON IN TRIZONIEN

Dean G. Acheson, Staatssekretär der USA, hat Westdeutschland besucht. Am 11. November traf er in Frankfurt a. M. ein, sodann suchte er in Heidelberg das Hauptquartier des amerikanischen Oberkommandos auf. Acheson weilte auch in Bonn und in Berlin. Die englisch-amerikanische und die reaktionäre deutsche Presse schlugen aus Leibeskräften die Reklametrommel für diese Reise als für ein Zeugnis „wachsender Autorität“ des Bonner Marionettenstaats. So beteuerte z. B. der amerikanische Rundfunkcommentator Richard Holtelet, indem er unwillkürlich an eine wunde Stelle der Bonner Anstalt rührte, daß Achesons Visite

„den bestimmten Zweck hatte, der Welt zu sagen, daß die Westmächte die neue Regierung ernstnehmen, daß es nicht eine Marionettenregierung ist... Achesons Visite hatte den Zweck, das Prestige dieser neuen gemäßigten Republik zu heben...“

Im gleichen Geist wurde die Propaganda von der Presse Trizonien betrieben, die sich in schwülstigsten Beschreibungen der Zusammenkünfte Achesons mit den in ihrer Kriecherei so eifrigen Herren Adenauer, Heuß und Schumacher erging.

Der offiziellen Lesart zufolge kam der Staatssekretär nach Trizonien, um die Bonner Regierung über die Ergebnisse der unlängst durchgeführten Pariser Beratung Bevins, Achesons und Schumans zu „unterrichten“ und den „amerikanischen Standpunkt“ mitzuteilen. In einer schlichten Sprache übersetzt, bedeutet dies, daß Acheson kam, um Adenauer und seinen Kollegen die Direktiven der amerikanischen Gebieter zu übermitteln.

Der Sinn dieser Direktiven läuft auf folgendes hinaus. Der Bonner Regierung wurde nahegelegt, die Bedingungen des Ruhrstatuts zu unterschreiben, das die Losreißung des Ruhrgebiets von Deutschland in die Form eines Gesetzes kleidet. Trizonien, beschafft von dem kolonialen Okkupationsstatut, das keiner Revision unterliegt, steht die unverzügliche Einbeziehung in die „euroäische Völkerfamilie“ (d. h. in den westlichen Miltärblock) bevor. Mehr als das, Acheson hat in Bonn geradezu erklärt,

„die Außenminister der Westmächte haben sich darauf geeinigt, den Hohen Kommissaren große Vollmachten einzuräumen...“

Das Vorhandensein dieses Beschlusses bestätigte Acheson auch am 16. November, als er, nach Washington heimgekehrt, eine Erklärung über „die Erweiterung der Vollmachten der Hohen Kommissare in Deutschland“ abgab. Und für diejenigen, die an den Absichten der amerikanischen Behörden noch Zweifel hegten, war eine von der westdeutschen Agentur DPA veröffentlichte Erklärung bestimmt, in der amtlich mitgeteilt wurde, daß ein Abzug der alliierten Truppen aus Deutschland „nicht erwünscht“ sei.

In einer recht kläglichen Lage befanden sich die Schreiberlinge, die der „Hebung des Prestiges“ von Bonn Vorschußlorbeeren gespendet hatten! Beim Geschäftsabschluß herrschte Saus und Braus, bei der Abrechnung brach man in Tränen aus... Freilich hat Adenauer im Bundestag versucht, seine Kollegen zu trösten, indem er erklärte, die Westmächte seien bereit, Bonn „noch größere Vollmachten“ einzuräumen. Aber diese Erklärung wurde mit Heiterkeit aufgenommen...

Acheson hat ganz andere Ziele. Und das erste von ihnen ist die weitere Verankerung des Kolonialregimes, das von den Westmächten in Trizonien geschaffen wurde. Denn nur mit einem solchen Regime können die amerikanischen Welt-herrschaftsanwärter hoffen, Westdeutschland in eine Waffenschmiede und in ein Aufmarschgebiet ihrer Aggression in Europa umzuwandeln. Sie schicken sich keineswegs an, hier den Bonner Revanchehetzern die Palme der Priorität abzutreten.

## NEUER VERRAT DER ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSBARONE

Die am 14. November durchgeführte Beratung der Vertreter des britischen Trade-Union-Kongresses mit Cripps, Bevin und dem Arbeitsminister Isaacs hat, wie auch zu erwarten stand, den englischen Arbeitern nichts Gutes gebracht.

Die durch großzügige Reklame angepriesene „Erörterung des wirtschaftlichen Ausnahmezustands des Landes“ hat faktisch dazu geführt, daß der von Tewson geleitete TUC-Generalrat sich mit der Lohnstopp-Politik, die von der Regierung betrieben wird, restlos solidarisierte. Am gleichen Tag, am 14. November, wandte sich der sogenannte wirtschaftliche Sonderausschuß des TUC an die Gewerkschaften mit dem Appell, jegliche

Verhandlungen über Lohnerhöhung „aufzuschieben“. Selbst der labouristische „Daily Herald“ behauptet, als Ergebnis derartiger Aufschübe werde es sich herausstellen, daß die Lohnstopp-Politik auf „unbestimmte Frist“ fortgesetzt werden wird.

Die Beibehaltung des nominell unveränderten Lohns bedeutet eine weitere Senkung des Lebensstandards der englischen Werkältigen. Infolge der Abwertung des Pfund Sterling sind die Lebenshaltungskosten in England abermals um 10 Prozent gestiegen. Die Preise für Nahrungsmittel und Massenbedarfsartikel gehen in die Höhe. Der Mietzins, der einen Hauptausgabenposten im Haushalt des englischen Arbeiters bildet, ist erhöht worden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über die entstandene Lage hat auch dazu geführt, daß etliche Gewerkschaften solcher großen Industriezweige wie des Maschinenbaus, des Schiffbaus und anderer Lohnerhöhung gefordert haben.

Der Appell der führenden Spartenclique des Trade-Union-Kongresses, keine Lohnforderungen zu erheben, wurde bereits am 16. November zum erstenmal auf die Probe gestellt — und fiel durch! An diesem Tag hat die Konferenz der Gewerkschaftskonföderation des Schiffbaus und des Maschinenbaus, die 37 Gewerkschaften vereinigt und 2,5 Millionen Arbeiter — mehr als ein Drittel der TUC-Mitglieder — vertritt, Erhöhung des Wochenlohns um ein Pfund Sterling verlangt.

Allzu offensichtlich ist die Heuchelei in der Stellungnahme der TUC-Führung, die emsig danach trachtet, die Bürde der kapitalistischen Krise den Arbeitern aufzuhalsen, während sie die Unternehmerprofite behütet. Es fällt den Labourpropagandisten immer schwerer, den einfachen Arbeitern das verräterische Wesen der Politik des Generalrats zu verhehlen.

### EIN ATOMTROTTEL MIT ZEITZÜNDUNG

Der englische General John Fuller besitzt den festgebrüdeten Ruf des Urentdeckers der Theorie blitzschneller Siege mittels einer kleinen, jedoch mit mächtigen Panzern und Flugzeugmassen ausgerüsteten Söldnerarmee. Der hitlerfaschistische Generaloberst Guderian, der kurz vor dem zweiten Weltkrieg sein Sensationsbuch „Achtung, Panzer!“ veröffentlicht hatte, war eigentlich Fullers Schüler. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen bestand darin, daß der britische Lehrer nur theoretisierte, während seine deutschen Nachtreter — darunter Guderian — den Versuch unternahmen, ihre Theorien in die Tat umzusetzen, indem sie Berechnungen für den „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion aufstellten und persönlich an ihm teilnahmen.

Womit der faschistische „Blitzkrieg“ endete, ist wohlbekannt. Die Zerschmetterung der hitlerfaschistischen Armeen durch die sowjetischen Streitkräfte ließ auch von Fullers theoretischen Konstruktionen keinen Stein auf dem andern. Aber der dickschädlige General hat daraus nichts gelernt.

John Fuller klammerte sich an die Atomwaffe wie an einen Rettungsanker seiner Theorie. Unisono mit dem amerikanischen Fliegergeneral Spaatz, dem geistesgestörten Forrestal, mit Johnson, dessen Nachfolger als Minister, und andern „beweist“ Fuller nun schon mehrere Jahre lang „wissenschaftlich“, daß der Monopolbesitz der USA an der Atombombe dem englisch-amerikanischen Block die Möglichkeit biete, den siegreichen Ausgang des von diesem Block gegen die Sowjetunion vorbereiteten Krieges in ein paar Wochen oder, wie Spaatz schrieb, sogar in ein paar Tagen zu entscheiden.

Die Hirnverbranntheit einer solchen Idee wurde von einigermaßen vernünftigen Menschen schon vor zwei bis drei Jahren begriffen. Allen wurde sie im September 1949 offenkundig, als die Illusionen vom Monopolbesitz der USA an der Atombombe endgültig zusammenbrachen. Selbst die amerikanischen Atompolitiker sahen sich genötigt, ihre Propaganda schleunigst umzustellen. Jetzt erklären sie, das Ausschlaggebende sei nicht das Vorhandensein der Atombombe selber, sondern die Menge der hergestellten Atombomben. Ihre illusorischen Berechnungen basieren derzeit darauf, daß die USA den Verlust des Monopols auf die Atombombe durch einen Vorsprung in der Quantität der Atombomben ausgleichen könnten. Die geistigen Fähigkeiten der Urheber solcher Spekulationen hat ein amerikanischer Journalist treffend bewertet, dessen Äußerung A. J. Wyschinski in einer Sitzung des Politischen Sonderausschusses der UNO-Vollversammlung anführte:

„Nur ein Dummkopf kann glauben, die Antwort auf die Schaffung der Atombombe durch die Russen müsse eine Verdoppelung der Erzeugung von Atombomben bei uns sein. Einem Menschen mit zweimaliger Erschießung zu drohen, der uns selbst einmal erschießen kann, ist ein dummes Rechenexample.“

Aber die amerikanischen Politiker und Generale, die eine solche Arithmetik anwenden, sind noch wahre Weise im Vergleich mit John Fuller, der am 13. November 1949 in der englischen Zeitung „Sunday Pictorial“ einen neuen Aufsatz unter der charakteristischen Überschrift „Die Atombombe ist unsere Zukunft“ veröffentlicht hat. Für Fuller hat sich absolut nichts ereignet; er meint wie früher, man brauche nur zu wollen — und „wir werden Osteuropa aufs neue erobern“. Hierfür braucht man angeblich nicht einmal die

Militärdienstpflicht in England — das Kanonenfutter werden „unsere Alliierten auf dem Kontinent“ stellen. Das einzige, was England von sich aus besorgen müsse, sei die Entwicklung

„einer möglichst machtvollen Luftwaffe, die von einer verhältnismäßig kleinen regulären schnellen Armee mit langjähriger Dienstzeit unterstützt wird“.

Was das übrige angeht, so wird das, laut Fuller, von der amerikanischen Atom bombe besorgt. Wie wir sehen, hat John Fuller seine amerikanischen Kollegen übertrffen. Zum Unterschied von ihnen ist er nicht einfach ein Trottel: ihm käme rechtmässig der Titel des ersten Atomtrotteis mit Zeitzündung zu.

### DIE VERSCHWÖRUNG DER IMPERIALISTEN GEGEN VIETNAM

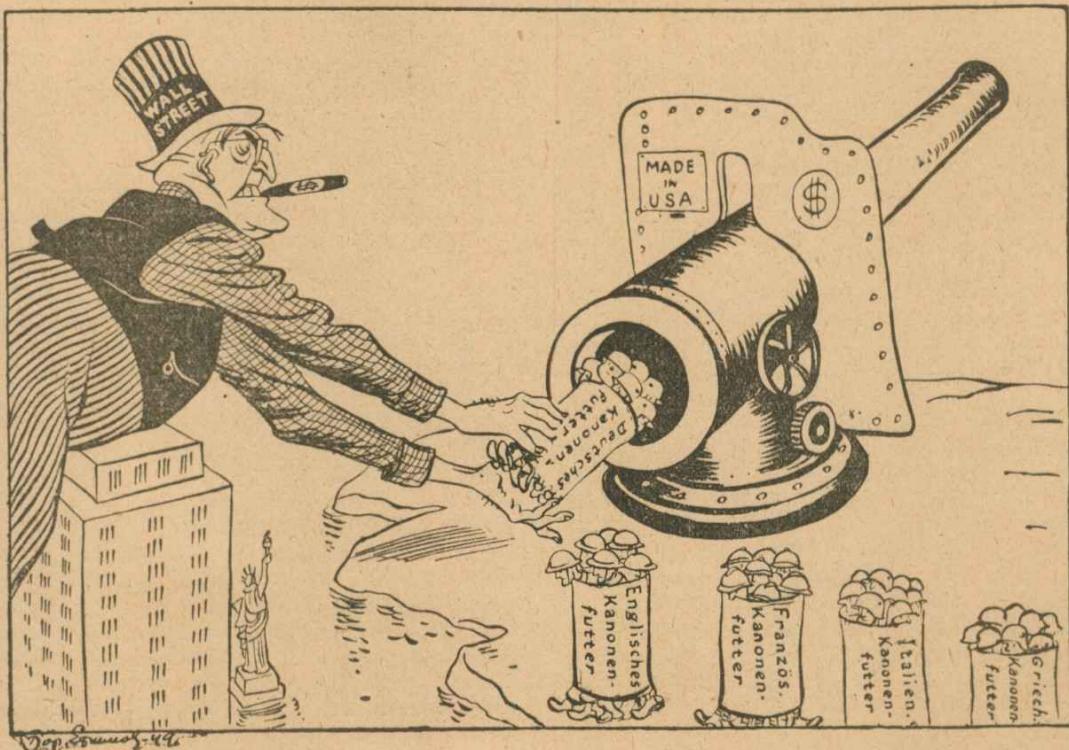
Die Perspektive eines vollständigen Siegs der demokratischen Republik Vietnam über die französischen Interventen ist eine Quelle ernster

Besorgnis im Lager der Imperialisten. Dieser Sieg untergräbt die Spekulationen der Imperialisten auf die Umwandlung Indochinas in ein Aufmarschgebiet für Kriegsabenteuer gegen die demokratische Bewegung in Asien und vor allem gegen die Chinesische Volksrepublik.

Mit der Erörterung der entstandenen Lage befassen sich spezielle Beratungen und Konferenzen der militärischen und politischen Funktionäre des angelsächsischen Blocks. In Singapur hielten unlängst die in Südostasien eingesetzten englischen politischen und militärischen Leiter eine Beratung ab. Wie jetzt bekanntgeworden ist, war das Problem Indochinas auch eine der Fragen, die auf der Tagesordnung der letzten Pariser Beratung Achesons, Bevins und Schumans standen.

Zur Untersuchung der Lage an Ort und Stelle traf Malcolm MacDonald, der britische Generalkommissar in Südostasien, dieser Tage in Indochina ein. Dort hatte er eine Zusammenkunft mit dem französischen Hohen Kommissar Léon Pignon, mit Carpentier, dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Fernen Osten, sowie

### DER KRIEG, VON DEM DIE WALL STREET TRÄUMT



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

mit Kaiser Bao Dai, dem Haupt der Marionettenregierung von Vietnam.

Die Beschlüsse, die als Ergebnis der Beratungen MacDonalts mit den französischen Kolonialgeschäftsmachern und den einheimischen Quislingen angenommen wurden, bleiben selbstverständlich geheim. Indes kann man auf Grund zahlreicher Äußerungen der ausländischen Presse eine gewisse Vorstellung von den Maßnahmen erhalten, die die Imperialisten zur Erdrosselung der Republik Vietnam treffen wollen.

Erstens werden Versuche unternommen, mit jederlei Mitteln der verkrachten Marionettenregierung Bao Dais wenigstens den Anschein von Autorität zu verleihen. Zu diesem Zweck hat der englisch-amerikanische Block den „Staat“ Bao Dais unter die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses für Asien und den Fernen Osten bugsiert, während er gleichzeitig die Aufnahme des demokratischen Vietnam ablehnt. Jetzt wird die Frage nach der Anerkennung der Regierung Bao Dais durch England und die USA aufgeworfen.

Aber da offenbart sich das abstoßende Bild des Geraus im Lager der Imperialisten. Die französischen Kolonisatoren wollen wie früher in Indochina kommandieren; die amerikanischen Imperialisten sind nur in dem Fall bereit, den von Bao Dai geleiteten „Staat“ anzuerkennen, wenn Frankreich ihn verlassen, d. h. ihn den amerikanischen Monopolen überantworten sollte. England nimmt eine abwartende Haltung ein und ist als Vermittler der französisch-amerikanischen Gegensätze selbst auf Gewinn aus. Eine Aufgabe der Mission MacDonalts besteht offensichtlich grade in dieser Vermittlung.

Zweitens wird eine neue ungeheuerliche Provokation gegen die Republik vorbereitet: der Einsatz der Kuomintangtruppen, die sich unter den Schlägen der chinesischen Volksbefreiungsarmee an die Grenzen Indochinas zurückziehen. Die Presse der französischen Monopole, insbesondere die Zeitung „Figaro“, bereitet die öffentliche Meinung allmählich auf die Möglichkeit einer Überschreitung der chinesisch-tongkinger Grenze durch die Kuomintangtruppen vor. Laut Meldung der Kuomintangagentur Central News sind entsprechende Verhandlungen zwischen den französischen Behörden in Indochina und den Kuomintangleuten im Gange.

Um den Kuomintangleuten die Grenze zu öffnen, schaffen die französischen Imperialisten immer mehr Truppen nach dem Norden von Tongking. Die demokratische Armee Vietnams schlägt den Ansturm des Feindes jedoch standhaft zurück. Das Volk Vietnams beantwortet die Provokationen der Imperialisten durch einen neuen Zusammenschluß seiner Kräfte.

## SEIFENBLASEN DER ATOMERPRESSER

Bis vor kurzem hielten sich die Kriegsbrandstifter an dem Mythos von dem nichtexistierenden Atombombenmonopol der USA schadlos. Sie suchten die ganze Welt mit der Macht dieser Bombe einzuschüchtern, wobei sie beteuerten, die Krieg werde von denen gewonnen werden, die eine solche Bombe in der Tasche hätten. Als jedoch der Mythos von dem berüchtigten Monopol mit lautem Knall platzte, begannen sich die Atompolitiker schleunigst umzustellen: jetzt wollen sie ihren früheren Götzen als harmlose Spielpuppe ausgeben.

Als erste traten, wie in unserer Zeitschrift (siehe in Nr. 44 die Glosse „Decken Sie sich mit einer alten Zeitung zu...“) schon mitgeteilt wurde, die amerikanischen Atompolitiker auf den Plan. Sie erfanden ein atombombensicheres Vertheidigungsmittel: weiße Hosen und alte Zeitungen. Die weißen Hosen empfiehlt man in Erwartung der Explosion anzuziehen. Mit einer alten Zeitung soll man sich unmittelbar während der Explosion zudecken. Aber wie ist jenen Pechvögeln zu helfen, die aus irgendeinem Grund solche außergewöhnlichen Maßnahmen unterlassen haben?

Diese Lücke im amerikanischen Atomschutzkomplex ist unlängst von Mr. Clifford Walter Radcliffe, Hauptinstruktor für den Atomschutz Englands, glanzvoll ausgefüllt worden. Seine Entdeckung, die der Welt durch die schwedische Zeitung „Morgontidningen“ vorgeführt wurde, ist einfach wie das Ei des Kolumbus, billig wie eine Heilsarmeesuppe und dabei höchst radikal:

„Das beste Mittel zur ersten Hilfeleistung bei Brandwunden infolge radioaktiver Strahlung sind Seife und Wasser. Die Betroffenen müssen sich unverzüglich in speziell ausgestattete Räume begeben, wo sie ein Bad nehmen werden. Nach dem Bad wird der Betroffene einen sogenannten Geiger-Indikator passieren müssen. Zeigt der Apparat, daß die radioaktive Strahlung noch andauert, so schickt man den Betroffenen aufs neue ins Badeanstalt und läßt ihn wieder baden.“

Weisse Hosen, alte Zeitungen, schließlich Seife und Wasser... Wie linkisch doch die verkrachten Atomerpresser ihre Stellungen wechseln!

## DIE YANKEES IN STOCKHOLM

Die schwedischen Behörden haben sich nicht wenig angestrengt bei dem Versuch, die amerikanischen Senatoren, die Ende Oktober in Stockholm eintrafen, möglichst gut aufzunehmen. Zu den Zusammenkünften mit den hohen Gästen wurde ein halbes Dutzend Minister aufgeboten, darunter Außenminister Undén und Verteidigungs-

minister Vougt. Die schwedische Regierung lud die ehrwürdigen Senatoren zu einem Cocktail ein. In Erwartung neuer Dollaralmosen umschmeichelten die Stockholmer Behörden aus allen Kräften ihre überseeischen Chefs. Aber die Bemühungen erwiesen sich leider als unzulänglich.

Senator Thomas vom Staat Oklahoma, der Vorsitzende der Kongreßmännerdelegation, ließ nach einer Ankunft aus Stockholm in Wien und so bald in Athen ein unflätigtes Geschimpf gegen die Schweden vom Stapel. Thomas ist dadurch in Lage geraten, daß die Behörden ihn in Stockholm nicht speichelleckerisch genug empfangen haben. Man hat dem Senator aus Oklahoma in Stockholm nicht die Stiefel geleckt, die schwedischen Minister sind vor ihm nicht in die Knie geknien. Thomas brüllte:

„Von allen Ländern, die unsere Delegation besucht hat, ist Schweden am allerwenigsten einer Zusammenarbeit günstig gesinnt. In Schweden wurde zu Ehren unserer Delegation nicht ein einziger offizieller Empfang veranstaltet. Es ist verwunderlich, daß ein Land, das unsere Hilfe und Unterstützung empfängt, nicht jene Kongreßkommission anerkennt, die für diese Hilfe verantwortlich ist.“

Thomas beschuldigte die schwedischen Führer genügender Ehrerbietigkeit, schwor, er werde als Mitglied des Haushaltsausschusses des USA-Senats schon alles daransetzen, daß die Stockholmer Politiker von nun an Dollars laut Marshallplan nur noch im Traum zu sehen bekommen werden. Thomas' Erklärung hat die schwedischen Minister bis in die Tiefen ihrer Seele

beleidigt. Haben sie sich nicht etwa selbst überboten, um den überseeischen Gästen Honig ums Maul zu schmieren?! Und plötzlich solch ein Reinfall. Wegen der unverdienten Kränkung haben sich manche Stockholmer Zeitungen sogar erkühnt, den Grobian von Senator zu schelten. Erbebend ob der eigenen Kühnheit schrie „Stockholms Tidningar“ auf:

„Eine Erklärung wie diejenige, die Senator Thomas abgegeben hat, kann jeder Schwede ruhig und klar beantworten: „Sie, Herr Senator, sind ein Flegel, Ignorant und Lügner!“

Und eine andere Stockholmer Zeitung, „Expressen“, erinnerte daran, daß der Senat der USA einen „politischen Müllhaufen für jederlei ungebildete Provinzpolitikaster aus den abgelegenen Gegenden der USA“ darstellt.

Der Zwischenfall mit Thomas hat anschaulich gezeigt, wie sehr die überseeischen Shylocks aus Rand und Band geraten sind. Sie werden durch kriecherische Reverenzen nicht mehr befriedigt. Jeder, der vor den Dollargesandten nicht buchstäblich auf dem Bauch kriecht, setzt sich der Gefahr aus, ihren Zorn herauszufordern.

Zugleich ergibt sich auch die Schlußfolgerung, daß die rechtssozialistischen Machthaber Schwedens durch ihre gesamte Politik des Beistands für die Abenteurerpläne Washingtons den Agenten der amerikanischen Monopole ernstlich Anlaß geboten haben, mit ihnen in so frechem Ton zu sprechen. Reicht man dem Teufel einen Finger, so nimmt er die ganze Hand.

# Tungpei

(Reisenotizen)

L. DELJUSSIN

**D**AS gelbe Band der Landstraße schlängelte sich zwischen von samtigem Grün bedeckten Hügeln hin. Langsam nahm unser Wagen die Steigungen, und wenn wir oben waren, konnten wir die am Fuße der Hügel liegenden Dörfchen überblicken. Auf den Reisfeldern sah man die gebeugten Rücken von Bauern. Eine ganze Woche lang hatte es hier geregnet, und als unser Wagen in eine der Bodensenkungen hinabfuhr, blieb er im Lehm stecken. Vergebens suchten wir ihn auf eine Anhöhe zu schleppen. Uns halfen Bauern, die vom Feld heimkehrten.

„Ist es noch weit bis Heiho?“ fragten wir den einen.

„Nein. Achtzehn Li weiter können Sie die Stadt schon sehen.“

Während der Chauffeur den Wagen in Ordnung brachte, unterhielten wir uns mit den Bauern. Auf unsere Frage, wem hier der Boden gehöre, antwortete einer von ihnen:

„Früher gehörte er den ‚kleinen Teufeln‘. Jetzt gehört er uns. Wir haben jetzt ein Recht darauf, Reis zu essen.“

„Kleine Teufel“ wurden im Volk die japanischen Okkupanten genannt. Sie verboten der chinesischen Bevölkerung der Mandschurei, Reis zu essen. Das war nur dem „Herrenvolk“ der Japaner vorbehalten. Für die chinesischen Arbeitsleute gab es nichts als Bohnen und Kaoliang (chinesische Hirseart).

Es war fast dunkel, als wir uns Heiho näherten. Wir erblickten die Stadt nach einer Kurve von einem hohen Hügel aus. Sie lag eng angeschmiegt an das Südufer des Schwarzen Drachenflusses, wie die Chinesen den Amur nennen. Gegenüber, am Nordufer, lag die sowjetische Stadt Blagowjeschtschensk hingebreitet. Sie erstrahlte im Schein tausender Lichter, während in Heiho nur wenige Fenster erleuchtet waren.

„Wir müssen noch viel arbeiten, bis jede Stadt bei uns ebenso hell wird“, sagte ein uns begleitender chinesischer Ingenieur namens Tschu.

Heiho ist von Stacheldrahtverhau umgeben. Das ist eine Spur der japanischen Okkupation. Die Stadt weist viele zerstörte Gebäude auf.

„Als die Sowjetunion Japan den Krieg erklärt, steckten die Okkupanten Häuser in Brand“, klärte uns Tschu auf. „Sie wollten die ganze

Stadt einäschern und alle nichtjapanischen Einwohner ausrotten. Nur der rasche Ansturm der Sowjetarmee rettete die Stadt vor dem Untergang. Jetzt wird Heiho bereits wiederhergestellt. Das Kraftwerk ist teilweise in Betrieb, auch die Sägemühle ist wieder eröffnet. Wohnhäuser werden instand gesetzt, Straßen in Ordnung gebracht.“

„Frühmorgens verließen wir Heiho. Unterwegs holten wir einen grauhaarigen Greis in schwarzem Stepprock ein, der eine Hacke in der Hand trug.

„Steigen Sie ein, wir bringen Sie an Ihre Bestimmungsort“, bot der Chauffeur dem Alten an und bremste.

„Wohin des Wegs?“ fragte ich unseren neuen Begleiter.

Der Greis wandte den Blick lächelnd der aufgehenden Sonne zu und antwortete uns mit einer alten chinesischen Sprichwort: „Schih tschu e tso“, das bedeutet: „Bei Sonnenaufgang muß man an die Arbeit gehen.“

„Über unserem Nordosten ist die lang ersehnte Sonne aufgegangen. Ich war mein Lebtag ein Tagelöhner. Jetzt habe ich eigenen Boden. Wenn auch mein Feld zehn Li weit weg ist, so geh ich diesen Weg viel leichteren Fußes, als wenn ich bis zum Gutshof zwei Li zurücklegen müßte. Ja, über dem Nordosten Chinas wie über ganz China ist die Sonne der Befreiung aufgegangen...“

Mir fiel auf, daß der Alte „Tungpei“, „Nordosten“, und nicht „Mandschukuo“ sagte. Damit betonen die Chinesen, daß die Mandschurei ein fester Bestandteil Chinas ist.

Die Arbeiter und Bauern des Nordostens lebten 14 Jahre lang unter dem Joch der japanischen Okkupation — in der Finsternis, wie sie sagen. Der Tag, an dem der Nordosten durch die Sowjetarmee befreit wurde, wird vom Volke „Kuang fu“, „Tag der Wiederkehr des Lichts“, genannt. Die Kuomintangreaktionäre haben erneut versucht, das Volk des Nordostens zu Sklaven zu machen, aber die Volksbefreiungsarmee China verdrängte die Kuomintangtruppen. Jetzt schlägt sie deren Überreste weit fort, im Süden des Landes. Die Bevölkerung von Tungpei ist begeisterter und einträglicher an die Arbeit gegangen. Die

andwirtschaft war in geordnete Bahnen zu leiten, der Industrie war aufzuhelfen, das ganze öffentliche Leben mußte umgestaltet werden.

Befreit vom Joch der Gutsbesitzer und mit Bönen versorgt, bringen die Bauern große Ernteerträge ein. Werke, Fabriken und Erzgruben werden wiederhergestellt. Die Stahlgießerei in Anshan und die Werke in Penhsihu sind wieder in Betrieb, 14 Erzgruben, in denen Nichteisenmetalle gewonnen werden, sind wieder eröffnet worden; die Eisenbahn Dalny—Mandschuria ist wiederhergestellt und dem Verkehr übergeben.

Der Wiederaufbau geht rasch voran. Arbeiter und Bauern vollbringen in ihrem Streben nach Erringung des vollständigen Siegs, nach Vollendung der Revolution Arbeitsgroßtaten. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe leistet die Industrie und Landwirtschaft des Nordostens der Volksbefreiungsarmee eine große Hilfe.

Im März d. J. tagte in der Stadt Tschikiatschuan eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, auf der äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Nach der Niedergabe der Revolution von 1925—1927 konzentrierte die Kommunistische Partei die Hauptkräfte auf die Arbeit im Dorfe, sie mobilisierte die Massen im Kampf gegen die Feudalherren, zur demokratischen Lösung der Agrarfrage. Das Ergebnis war, daß die Partei die Bauermassen fest um sich zusammenscharte und sie zum Kampf mobilisierte. Jetzt, nach der Befreiung des größten Teils des Landes, stehen die Kommunistische Partei und das ganze chinesische Volk vor der großen Aufgabe, das rückständige Agrarland China in ein fortgeschrittenes Industrieland zu verwandeln. Die Kommunistische Partei richtet ihre Bemühungen auf die Entwicklung der staatlichen Industrie, die Kommunisten machen sich die Technik und die Methoden zur Leitung und Verwaltung der Industrie zu eignen.

Der industrielle Nordosten Chinas, wo die Arbeit in den Städten bereits in geordnete Bahnen gelenkt ist, dient allen übrigen Gebieten Chinas als Vorbild. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat das Volk im Nordosten bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft, bei der Schaffung der wirtschaftlichen Grundlage für den volksdemokratischen Staat große Erfolge erzielt.

Ein älterer Streckenarbeiter namens Tschang, der nach der Befreiung des Nordostens Leiter einer Instandsetzungsarbeiten auf einem Streckenabschnitt geworden ist, gedenkt im Gespräch mit uns der ersten schweren Tage.

Der Abschnitt war in sehr schlechtem Zustand. Der Regen hatte den Bahndamm unterspült. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang mühten sich die Arbeiter unter Verzicht auf jede Ruhepause.

Die Arbeit wurde in äußerst kurzer Zeit bewältigt. Stoltz fügt Tschang hinzu:

„An meinem Streckenabschnitt sind 60 Prozent der Arbeiter Kommunisten...“

Die Kommunisten waren der Kraftfaktor, der das chinesische Volk organisierte und zusammen schloß, der den Kampf des Volkes für die neue Macht, die Volksmacht leitete.

Die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften stehen heute an der Spitze des Kampfes für die Entwicklung der Produktion, für die Steigerung ihres Umfangs und die Hebung ihrer Qualität. Sie erziehen die Arbeiter zu einer neuen Einstellung zur Arbeit. Literaten und Künstler, bei denen Maotsetzungs Aufruf zum „Dienst am Volke“ begeisterten Widerhall fand, helfen dem Volk bei der Lösung seiner grandiosen Aufgaben.

\* \* \*

In Tsitsikar wurden wir in den Club der Eisenbahnerngewerkschaft eingeladen. Am Eingang des großen grauen Gebäudes, das früher dem japanischen Oberkommando gehörte, hängt ein riesiges Plakat mit der Aufschrift: „Bauen wir ein neues China!“ Der Saal ist mit den Bildnissen Maotsetzungs und Tschutehs sowie mit Spruchbändern geschmückt, deren Aufschriften die Arbeiter auffordern, bei der Sowjetunion zu lernen und die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu übernehmen.

Der Club ist überfüllt. Alt und jung, Frauen und Männer sind erschienen. Ganz vorn haben sich Kinder auf dem Fußboden niedergelassen. Vor dem Vorhang erscheint ein Aktivist des Clubs und gibt bekannt:

„Wir spielen das Stück ‚Neue Einstellung zur Arbeit‘. Seine Grundlage bildet Tatsachenmaterial aus dem Leben im Lokomotivendepot von Tsitsikar. Die Rollen werden von Depotarbeitern gespielt...“

Der Vorhang geht auf, und wir sehen eine Werkstatt des Depots. An den Werkbänken stehen Arbeiter in blauer Arbeitskleidung. Sie sind vor Schichtanfang gekommen, um ihren Arbeitsplatz vorzubereiten und das Werkzeug sowie die Werkbänke zu prüfen.

Einer von ihnen sagt: „Wir sollten der Front ein schönes Geschenk machen, eine alte Lokomotive instand setzen.“

Die Arbeiter gehen ab, um mit dem Chef des Depots zu beraten. Es erscheinen zwei Faulpelze, die sich darüber unterhalten, wie man sich gut amüsieren und möglichst wenig arbeiten könnte. Im Zuschauerraum hat man sofort erkannt, wen dieses Paar darstellt.

„Erlutsil!“ (Faulpelze!) hört man im Publikum rufen.

Die zurückkehrenden Arbeiter reden den Faulpelzen ins Gewissen.

„Jetzt sind doch wir die Herren der Produktion. Wir arbeiten für uns selbst, für das Volk, für den Sieg.“

Die Ereignisse nehmen ihren Lauf, schlechte Arbeiter verderben einen Maschinenteil, das Kameradschaftsgericht tagt, und schließlich bereuen die Schuldigen.

Sehr lebhaft reagierten die Zuschauer auf jeden von den Schauspielern gesprochenen Satz. Als die Arbeiter beschlossen, die Faulpelze zu verurteilen, riefen die Zuschauer:

„Tuila! Tuila!“ (Sehr richtig!)

Nach der Vorstellung unterhielten wir uns mit unserm Nachbarn, einem alten Bauern.

„Ich lebe im Dorf“, sagte er, „und bin hergekommen, um meinen Sohn zu besuchen. Vor kurzem war er noch ungeliebter Arbeiter, aber jetzt ist er Werkstättenleiter im Lokomotivendepot. Es hat mir sehr gefallen, Arbeiter auf der Bühne dargestellt zu sehen. Dies ist ein neues Stück, es ist besser als die alten, die von Fürsten, ihren Gelagen und Feldzügen handelten...“

Bei diesen Worten erinnerte ich mich an folgende Episode. An einem der wiederhergestellten Streckenabschnitte wurde die Eröffnung des Verkehrs dadurch aufgehalten, daß es an Stationsdiensthabenden, Fahrdienstleitern und Lokomotivführern fehlte. Der sowjetische Ingenieur, der bei den Wiederherstellungsarbeiten als Ratgeber fungierte, fragte den Streckenvorsteher, warum er denn nicht in der benachbarten Stadt nach Leuten suche, die diese Arbeit früher geleistet hätten. Arbeiter, die dabeistanden, brachen in ein einmüttiges Gelächter aus.

Welcher Chinese konnte früher solche Posten bekleiden? Die Japaner erlaubten uns nicht, so verantwortliche Stellen einzunehmen!“

Die Wiederherstellung der Industrie machte eine große Anzahl von Ingenieuren und Technikern erforderlich. Es gab jedoch nur wenige. Die demokratischen Behörden mußten vielerlei Lehrgänge und technische Berufsschulen ins Leben rufen, wo die Arbeiter sowohl technisch als auch politisch ausgebildet werden. In der Harbiner Eisenbahnverwaltung haben 6058 Arbeiter kurzfristige Lehrgänge absolviert, in der Eisenbahnverwaltung von Tsitsikar 8978, in der von Kirin 1408, von Mukden 7500. Die technischen Berufsschulen der Harbiner Verwaltung bildeten 1107 Techniker aus, die von Tsitsikar 386, die von Kirin 851. Auf dem Kongreß der Eisenbahnergewerkschaften des Nordostens, der im Mai d. J. in Harbin stattfand, konnte der Vorsitzende des Rates dieser Gewerkschaften, Litschihming, bereits

die ersten Ergebnisse dieser wichtigen Arbeit zur Ausbildung von Fachkräften bekanntgeben.

„Früher wurde die technische Bedienung der Strecke von den Japanern geleitet“, sagte er. „Nach der Befreiung des Nordostens waren hier sehr wenig technisch geschulte Kräfte übrig. Jetzt haben wir einen neuen Stamm von Arbeitern und Angestellten ausgebildet, die Lehrgänge und technische Berufsschulen absolviert haben. Die Eisenbahn und ihre Betriebe funktionieren ganz gut...“

Im Saal saßen dieselben Personen, von denen der Referent sprach. Helden der Arbeit. An den Wänden aber waren Banner, Wimpel und Spruchbänder mit seidegestickten Aufschriften angebracht, wie „Arbeit hat die Welt geschaffen“, „Arbeiter, steigert die Produktion!“, „Die Arbeiterklasse ist die Vorhut der Revolution!“

Die Arbeiter, die sich nunmehr als Herren der Produktion fühlen, sehnen die Arbeit mit anderen Augen an. Sie ist zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes geworden. Auf Anregung der Kommunisten ist im Nordosten eine Massenbewegung „Likung Juntung“ (Feststellung der Verdienste am Volk), entstanden. Diese Bewegung hat „vorbildliche Arbeiter“ und Arbeitshelden hervorgebracht, die der gesamten Arbeiterklasse beispielgebend sind.

In jedem Staatsbetrieb setzt die Direktion gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganisationen die Verhaltungsmaßregeln und die Arbeitsdisziplin sowie das Leistungssoll fest. Dieses Soll wird gewöhnlich für eine bestimmte Zeit — für ein oder zwei Monate — eingeführt. Arbeitern, die ihr Soll mit Erfolg erfüllen und überbieten, werden Ehrenurkunden für „Verdienste“, „große Verdienste“ oder „besondere Verdienste“ überreicht. Wer „besondere Verdienste“ aufzuweisen hat, dem wird der Titel eines Arbeitshelden (Laotung Jinghsiu) oder eines Kavaliers der Verdienste (Kungtscher) verliehen. Diese Verdienste können nicht nur einzelne Arbeiter, sondern auch Belegschaften — Arbeitstrupps, Arbeitsgruppen und Arbeitsgruppen — erwerben. Es gibt bereits ganze Betriebe, die die gestellten Aufgaben überbieten und den Ehrentitel von „Verdienten Betrieben“ erhalten haben.

In den Zeitungen des Nordostens erscheinen Aufsätze und Skizzen über Bestarbeiter. So brachte „Tungpeischipao“ kürzlich eine Skizze über den Bergarbeiter Lifukue, der in einer Grube von Tsitsikar arbeitet. Er ist 57 Jahre alt. Von seinem 10. bis zu seinem 18. Lebensjahr war er Tagelöhner bei einem Gutsbesitzer und hüttete die Schweine. Seinen 18. Jahr arbeitet er in der Grube. Nach der Befreiung des Nordostens rückte er zum Arbeitstruppleiter auf. Er ist den Jungarbeiter mit seiner neuen Einstellung zur Arbeit ei-

orbild. Lifukue fördert regelmäßig doppelt so viel Kohle wie andere Arbeiter. Einmal fragte an ihn:

„Wie kannst du nur so viel Kohle fördern?“

„Ich komme wie alle anderen morgens zur Arbeit und gehe abends weg“, antwortete Li. „Aber scheinend gebe ich mir etwas mehr Mühe als die andern...“

Der alte Arbeiter bringt den jungen seine Arbeitsmethoden bei.

Täglich besucht Li eine Abendschule. Wenn man ihn fragt: „Alter, bist du denn nicht müde?“, dann antwortet Lifukue:

„Mehr als 40 Jahre habe ich für andere Leute geschuftet, jetzt aber arbeite ich für mich selbst. Wenn ich schon ein bißchen müde werde, was macht das?“

Solche wie den alten Li gibt es im neuen China nun in Menge. Beim Treffen der „Vorbildlichen Arbeiter“ und Arbeitshelden der Provinz Tsautung, das im Juli d. J. stattfand, kamen mehr als 1400 Personen zusammen. Sie tauschten ihre Erfahrungen aus, erzählten von den Erfolgen ihrer Betriebe und davon, wie das Arbeitssoll verboten und wie der patriotische Arbeitswettbewerb entfaltet wird. Mehr als 80 Prozent der Arbeiter in den staatlichen Betrieben der Provinz Tsautung sind am Wettbewerb beteiligt. Die Industrie der Provinz überbietet die Pläne.

Die Industrie des Nordostens hat noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es fehlt an Werkzeug und Material. Als die Kuomintangtruppen zurückten, suchten sie alles, was sie nicht mit schleppen konnten, zu zerstören. Maschinen und Werkzeug wurden gestohlen oder verstreut. Jetzt wird im Nordosten eine Kampagne zur Sammlung von Material, Werkzeug und Maschinenteilen durchgeführt. In Linkou stellte der Arbeiter Wang Schan aus dem Lokomotivendepot mit von ihm selbst gesammelten Materialien und Maschinen wieder einen Hebekran wieder her. In der Waggonreparaturwerkstatt von Linkou wurden von einem alten Arbeiter Schanghsuischen mehr als 100 Werkzeugstücke gesammelt, repariert bzw. hergestellt.

In den Betrieben werden technische Komitees und Ausschüsse zum Studium der Technik organisiert. Ihnen gehören Ingenieure, Lehrer sowie die besten, erfahrensten Arbeiter an. Diese Komitees und Ausschüsse führen den Kampf

für eine qualitative Verbesserung der Produktion, für Rationalisierung und Mechanisierung der Produktionsprozesse. Sie propagieren unter den Arbeitern technisches Wissen.

Bei ihrer angespannten Arbeit zur Wiederherstellung und Fortentwicklung der Industrie richten die Werktätigen des Nordostens wie ganz China ständig ihre Blicke nach der Sowjetunion.

„Wir müssen beim Lande des Sozialismus lernen, müssen die Erfahrungen der Sowjetunion übernehmen“, sagten uns alle, mit denen wir in Berührung kamen.

Die Sektionen der Chinesischen Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft machen weite Kreise des chinesischen Volkes mit der Wirtschaft, Politik und Kultur der Sowjetunion, mit allen Seiten des Lebens im Lande des Sozialismus bekannt. Auf der Gründungsversammlung der Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft in Tsitsikar erklärte der Vorsitzende der Volksregierung der Provinz Heilungkiang, Jüjifu:

„Ohne Studium und Auswertung der Erfahrungen der Sowjetunion im sozialistischen Aufbau können wir das neue China nicht aufbauen...“

Die Jugend des Nordostens lernt Russisch. In Betrieben und Ämtern werden Gruppen und Lehrgänge zum Studium der russischen Sprache ins Leben gerufen. Viele lesen bereits politische und technische Sowjetliteratur, die von der Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft verbreitet wird. Tschengloji, der Vorsitzende des Demokratischen Jugendverbandes der Eisenbahn von Tsitsikar, ein Teilnehmer der Partisanenkämpfe, sagte einmal zu uns:

„Ich habe meinen eigenen Fünfjahrplan. In den ersten zwei Jahren muß ich die russische Sprache erlernen, dann will ich für drei Jahre zum Studium in die Sowjetunion fahren. Ich will Ingenieur werden...“

Die Arbeiterklasse von Tungpei marschiert in den ersten Reihen der Erbauer der Chinesischen Volksrepublik. Sie hat bereits beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Unter der Führung der Kommunistischen Partei und unter Ausnutzung der reichhaltigen Erfahrungen und der Hilfe der Sowjetunion baut das chinesische Volk sein neues Leben auf. Über den befreiten Landen des großen China ist die Sonne aufgegangen,

# Albanien

(Aus dem Reisetagebuch eines Schriftstellers)

Arkadi PERWENZEW

**D**IE Albanische Volksrepublik hat viele dringliche Geschäfte zu erledigen. Es gilt, das zerstörte wieder aufzubauen, Eisenbahnen und Landstraßen anzulegen, eine eigene moderne Industrie zu schaffen, die außerordentlich vernachlässigte, im Urzustand befindliche Landwirtschaft zu intensivieren. Gewaltige Aufgaben erwuchsen auch im Bereich der Kultur und der Wissenschaft. Das Land hatte fast keinerlei selbständige Literatur und Bühnenkunst, es gab keine Theater, keine Opern, keine Symphoniemusik. Die ganz wenigen Wissenschaftler hatten keine Basis für wissenschaftliche Experimente und mußten mit den Brosamen vom westeuropäischen wissenschaftlichen Tisch vorliebnehmen.

Der Stammkader der albanischen Arbeitspartei, der sich im Feuer des Befreiungskriegs gestählt hatte, verfügte noch nicht über hinreichende Erfahrungen im wirtschaftlichen Aufbau. Er hatte gut gekämpft, verstand sich auf Umgehung und Einkesselung des Feindes, kannte die Geheimnisse der Gebirgspässe und der Furten durch die reißenden Flüsse, wußte mit Hieb- und Stichwaffen wie auch mit Feuerwaffen umzugehen, war in Truppen- und Munitionsbeförderung mit Packtieren geübt. Das friedliche Leben, die nach Kriegsende angebrochene Periode des Wiederaufbaus und der Schaffenstätigkeit war für ihn ein ernstes Examen.

Der Nationalheld, Enver Hoxha, Führer der Arbeitspartei und Haupt der Regierung, ist ein ehemaliger Lehrer. Im Krieg gegen die Okkupanten lernte er die Kunst der Kriegsstrategie beherrschen. Als Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee vertrieb er die in den Kämpfen aufs Haupt geschlagenen feindlichen Truppen und rieb sie auf dem Territorium der angrenzenden Staaten endgültig auf. Nach dem Krieg setzte Enver Hoxha seine außergewöhnlichen Fähigkeiten im Kampf an der friedlichen Aufbaufront ein. In allen seinen Reden vor der Öffentlichkeit betont er immer wieder, daß er die Kunst politischer und wirtschaftlicher Leitung vor allem bei der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und bei Genossen Stalin gelernt hat.

Das albanische Volk bringt der Arbeitspartei und ihrem Führer großes Vertrauen entgegen.

Fortsetzung. Anfang siehe „Neue Zeit“ Nr. 45 vom 2. November 1949.

Es muß bemerkt werden, daß in den vier Jahren der friedlichen Aufbautätigkeit viel kostbare Zeit und Kraft für den Kampf gegen das Agentennetz Titos aufgewendet werden mußte, das versuchte, Albanien mit methodischer jesuitenhafter Grausamkeit unter derhand neuerlich zu einer Kolonie zu machen. Tito fand unter den Albaniern einen Komplizen nach seinem Geschmack Koçi Xoxe, ein Mann, der sich für einen Arbeit ausgab, in Wirklichkeit aber ein kleiner Händler gewesen war, wurde als Agent des faschistisch imperialistischen Blocks angeworben und half Tito, die auf die Eroberung Albaniens abzielende Pläne dieses Blocks auszuführen.

In Koçi Xoxe, diesem kleinen, behenden Männlein, verband sich die Griffisicherheit eines Wolfes mit der Feigheit eines Schakals. Er schlich sich ins Innenministerium und ins Zentralkomitee der Partei ein. Er überschwemmte das Land mit Spülhunden Titos, half diesen, die wirtschaftliche Durchdringung Albaniens zu organisieren, indem er das Außenhandelsmonopol und die souveränen Rechte der Republik verletzte. In das Land drangen Titos Schieber ein; sie plünderten die Ware bestände, kauften für entwertete Dinarer Vieh, Getreide, Olivenöl, Obst, Wolle, Wein und Tabak sowie wertvolle kunstgewerbliche Erzeugnisse der albanischen Bauern auf. Die Güter, die man mit Lastwagen und Frachtdampfern nach Jugslawien ausführte, wurden auf den Belgrad-Märkten und in den Läden der Schieber hundertmal teurer verkauft, als sie gekauft worden waren.

Die freche Wirtschaftsexpansion lief parallel mit politischer Expansion. Ignorante jugoslawische Ratgeber versuchten in Albanien nach jedem Gutdünken zu schalten. Tito entsandte ein Rudel von Instrukteuren, welche sich anmaßten die Soldaten, Offiziere und Generale der albanischen Volksarmee zu drillen.

„Aber entschuldigen Sie!“ sagte entrüstet im Gespräch mit uns Oberst Nexhip Vinçani, der einzige stellvertretende Generalstabschef. „Weshalb sollten wir uns nach den jugoslawischen Offizieren richten? Was hatten sie für ein Wissen? Was konnten sie uns beibringen? Von der Gestaltung der Streitkräfte verstanden sie entweder genau so viel wie wir, die wir ja unter den gleichen Verhältnissen den Partisanenkrieg geführt hatten oder noch weniger, da Tito sich fürchtete, unsere Freunde aus dem Volksbefreiungskrieg zu uns zu

chicken, sondern in der Regel seine treuen Männer bei uns einschmuggelte, die in den Tagen, als die wahren Patrioten in den Kämpfen fielen, die Geschäfte seines prunkvollen Stabes verrichtet hatten...“

Aber die Umtriebe der Titoleute in Albanien ertern ein Fiasco. Es zeigte sich, daß die albanische Arbeitspartei ein gesunder, lebenskräftiger Organismus ist. In den Kämpfen erzogen und erangereift, vermochte es die den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus treue Partei in außerordentlich kurzer Frist, mit dem Tito-Unrat aufzuräumen. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Verrat Koçi Xoxes führten zum engeren Zusammenschluß der Parteireihen. Nach Vernichtung seiner Feinde widmete sich das Volk unter der Führung der Arbeitspartei den fälligen Aufgaben, und ihrer waren sehr viele...

In Albanien ist jetzt mit der Durchführung seines Volkswirtschaftlichen Zweijahrsplans beschäftigt. Wir waren allzu kurze Zeit im Lande, als daß es möglich gewesen wäre, uns eingehend über die Einzelheiten zu informieren, doch waren wir lange genug dort, um das Wichtigste erblicken und erkennen zu können.

Dank der Liebenswürdigkeit der albanischen Genossen, vor allem der Leiter der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit der Sowjetunion, konnten wir überall hin, wohin wir nur wollten, alles ansehen, was uns interessierte, Antwort auf beliebige Fragen erhalten. Wir hatten die Möglichkeit, außer Tirana die Städte Shkodër (ukutari), Elbasan, Berat, Gjinokastër, Vlora (Vana), Chimara, Saranta, Durres, Fieri, Lushnja und Delvinon zu besuchen. Wir besichtigten ein im Bau befindliches großes Textilkombinat und die in Betrieb stehenden Kupfererzgruben im Tal des Matja-Flusses sowie die Erdölfelder unweit des „heiligen“ Berges Tomorri, machten die Bekanntschaft von Bauern, die Einzel- und Genossenschaftswirtschaften betrieben, lernten die landwirtschaftlichen Staatsfarmen im Süden und im Zerzen des Landes kennen.

\* \* \*

Zweiundzwanzig Kilometer von Tirana entfernt erblickten wir auf der Landstraße nach Durres unter dem Bahndamm ein Steinhaus mit Schieferfach, einer roten Fahne an einem hohen Mast und einem großen fünfzackigen, aus Holz verfertigten goldenen Stern mit Hammer und Sichel überm Tor.

In der Nähe des Hauses standen Wirtschaftsgebäude aus Rohstein und nicht weit davon, jenseits des Bahndamms, ein langer Schuppen. In einem einen, offenen Teil des Schuppens wurden Landmaschinen aufbewahrt, der andere Teil diente als Speicher. Man konnte durch die offene

Tür hindurch irgendwelche Waren und aufgestapelten Kunstdünger in Papiersäcken sehen.

Am Fuße der mit Bauernhäusern bedeckten Hügelreihe lag eine ziemlich weite bearbeitete Niederung, auf der die Mais- und Baumwollsaaten im letzten Reifestadium standen. Der Weizen war schon gemäht und das Stopfelfeld mit grünem Herbstgras bedeckt, diesem Zeichen des „kleinen Frühlings“, wie man in Albanien die Zeit des Beginns der warmen Herbststagen zu bezeichnen pflegt, die dem von der Sommersonne versengten Boden dies junge Herbstgras entsprößen lassen.

Das fahnengeschmückte Steinhaus und der Speicher gehören der Verwaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaft „Draper e çekan“ (Hammer und Sichel). Das Dorf auf dem Hügel heißt Maminos. Hier wohnen die Mitglieder der Genossenschaft.

Wir wußten, daß in Albanien die Schaffung von Genossenschaften der Bauern begonnen hat, die beschlossen haben, ihre ihnen zu ewiger Nutzung überlassenen Felder gemeinsam zu bearbeiten.

Die Genossenschaft „Draper e çekan“ ist mit dem Arbeitsorden dritter Klasse ausgezeichnet worden. Auszeichnungen erhielten auch ihr Vorsitzender Selim Koni und die besten Stoßbrigadler Said Gjergji und Qerime Koni. Selim Koni selber konnten wir nicht sprechen — er war mit einer Bauerndelegation in der Sowjetunion —, doch lernten wir seinen Stellvertreter Haxhi Sefa und den Sekretär der Parteiorganisation, Fadil Uku, kennen.

Das waren Bauern mit gebräunten Gesichtern, mit Händen, die an den Boden und an landwirtschaftliche Geräte gewöhnt waren. Einige Bauern, die zu uns traten, reichten uns ihre schwieligen kräftigen Hände und lächelten erfreut, als sie hörten, daß wir vor kurzem auf dem Luftwege aus Moskau gekommen waren.

Es knüpfte sich sogleich eine freundschaftliche, ungezwungene Unterhaltung mit den Bauern an.

Was waren sie früher gewesen? Kleinbauern, deren Familien nicht mehr als einen Hektar Land bearbeiten konnten; Leute, die jedem Gebot des feudalen Gutsbesitzers Ramazan Aga, des unbarmherzigen Ausbeuters der Bauern von Maminos, widerspruchlos Folge leisteten. Jetzt ist der Boden Ramazan Agas den Bauern zugeteilt worden, ebenso sein Haus, in dem heute die Verwaltung des „Draper e çekan“ untergebracht ist.

Ramazan Aga hinterließ verunkrauteten, barbarisch erschöpften Boden. Zunächst arbeiteten die Bauern jeder für sich, und sie hatten es schwer. Die Raine mit den aufgeschichteten Feldsteinen nahmen nicht nur Boden fort; sie waren eine Niststätte für Schädlinge, für

Heuschrecken und Unkraut und machten es unmöglich, moderne landwirtschaftliche Geräte anzuwenden, sogar Sämaschinen, schon nicht zu reden von Traktoren. Man konnte keine richtige Fruchtfolge einführen. Die Bauern hatten jetzt mehr Land, aber die Ernteerträge blieben gering. Nach wie vor wurde mit Hakenpflügen geackert, jeder säte, wann er wollte, und hielt sich nur an die Gesetze des extensiven „Muskel“-ackerbaus.

Die neue Volksmacht schickte Agronomen ins Dorf, aber die zersplitterten Wirtschaften ließen sich schwer in ein agrotechnisches System einordnen.

Der Beschuß der Bauern, zu genossenschaftlicher Bodenbearbeitung überzugehen, war die Folge des Umstands, daß das Leben selbst gebieterrisch eine höhere Form der Organisation des Ackerbaus erheischte. Es gibt in Maminos 47 Bauernhöfe, 40 von ihnen traten der Genossenschaft bei. Die übrigen Familien beschlossen abzuwarten und zuzuschauen.

Eine staatliche Maschinen- und Traktorenstation konnte der Genossenschaft sofort zu Hilfe kommen. An die Stelle primitiver, von Ochsen gezogener Hakenpflüge trat der vielseitige Stahlpflug. Die starken stählernen Scharen der Traktorenpflege entfernten die Sträucher von den Rainen und rodeten ihre Wurzeln aus. Die Raine fielen, und dem Blick der Bauern von Maminos bot sich nun das Bild einer weit ausgestreckten Niederung dar, die zum erstenmal rechtzeitig gepflügt und mit modernen Maschinen bestellt worden war.

Das war das Ende einer rückständigen muselmännischen Sitte: endlich kamen die Frauen aufs Feld. Man braucht es nicht zu verheimlichen: auch in der Genossenschaft wurde die Arbeit der Frauen anfangs mit argwöhnischen Blicken betrachtet, man stellte sie auf die Probe. Die Frauen bestanden das Examen und forderten bald darauf die Schaffung von Frauenbrigaden. Die Frauenbrigaden nahmen den Wettbewerb mit den Männerbrigaden auf, und erstmalig in der Geschichte des Volkes wurden den Frauen ebenso wie den Männern Orden und Medaillen verliehen.

Nicht alles entwickelte sich in „Draper e çekan“ glatt und ohne Störungen. Fertigkeit und System waren nicht sofort zur Stelle, die agronomische Wissenschaft und richtige Arbeitsorganisation konnten nicht mit einem Male verankert werden. Die Entpersönlichung gestattete es nicht, festzustellen, wer die Besten waren. Weggenosse der Entpersönlichung war die Gleichmacherei.

Stürmische Produktionsversammlungen fanden statt. Die Erfahrungen des sozialistischen Ackerbaus in der Sowjetunion boten die Anleitung zur

Lösung der im Wachstumsprozeß zutage tretenen Aufgaben. Der Entpersönlichung wurde ein Ende gemacht: jede Brigade erhielt ihre bestimmten Landflächen, die Landflächen der Brigaden aber wurden ihrerseits unter den Scudri (die Brigadengruppen) aufgeteilt. Auf Beschuß der algemeinen Versammlung wurde strenge Rechnungslegung über die Leistung eines jeden eingeführt, und das verhalf endgültig dazu, denjenigen Ansehen zu verschaffen, für die die Arbeit zu Sache der Ehre und des Ruhmes geworden ist. Bald rissen die Vorkämpfer der Arbeit die Zurückbleibenden mit sich.

Früher, das heißt vor der Bodenreform, war der Ernteertrag an Getreide gering. Die Bauern von Maminos wußten: 10 Doppelzentner Weizen pro Hektar sind ein guter Ertrag. Jetzt hat der Durchschnittsertrag 22 Doppelzentner erreicht.

Haxhi Sefa und Fadil Uku betrachten es als ihre Aufgabe, die Genossenschaftsmitglieder für die weitere Steigerung des Ernteertrags auf dem ganzen Landmassiv aufzubieten und dazu die an den Musterparzellen gewonnenen Erfahrungen auszuweiten. Die Leiter der Genossenschaft verstehen, daß ihre Siege Erfolge der fortschrittenen Entwicklung des Ackerbaus auf dem sozialistischen Wege sind.

„Wieviel Arbeitseinheiten hat ein Genossenschaftsmitglied durchschnittlich verdient?“ fragten wir Haxhi Sefa.

„Einhundertfünfzig.“

„Und wieviel entfällt auf eine Arbeitseinheit?“

„Allein am Weizen sechs Kilogramm.“

„Was für sonstige Einkünfte hat ein Genossenschaftsmitglied?“

„Jedes Mitglied von ‚Draper e çekan‘ erhält eine beträchtliche Summe aus dem Erlös für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse: Gerste, Baumwolle, Erdnüsse und Gemüse.“

Wir müssen unserem Leser erläutern, daß die Genossenschaft erst 1947 gegründet wurde, d. nach zwei Mißernten, nachdem fast im ganzen Lande die Saaten zuerst von der Dürre des Jahres 1945 versengt und dann von den katastrophalen Sturzregen des Jahres 1946 hinweggeschwemmt worden waren.

„Früher waren wir nicht imstande, die Dürre zu besiegen“, sagte Fadil Uku, „da wir unterdrückt waren, keinen eigenen Boden hatten und jeder für sich arbeitete. Wir hatten es nicht gelernt, der Sturzwasser Herr zu werden, die nicht nur die Saaten und das Vieh, sondern auch den Boden bis auf die Steine hinwegschwemmten. Jetzt siegen wir mit gemeinsamen Anstrengungen unter Auswertung der so reichen Erfahrungen der Kolchosbauern der Sowjetunion über die Dürre. Von diesen Erfahrungen wissen wir al-

üchtern und aus den Berichten unserer Leute, die bei euch zu Besuch waren. Wir werden auch der zerstörenden Gewalt der Sturzwässer Herr werden..."

Die Bauern der Gebirgsbezirke sind an den Bau eines Schutzsystems von Entwässerungsanälen und -gräben gegangen und haben die Festigung der Bodenstruktur in Angriff genommen, indem sie eine richtige Folge von Getreide- und Gräsersaaten eingeführt und die Anpflanzung von Wäldern begonnen haben.

Unweit von Maminos liegt der staatliche landwirtschaftliche Großbetrieb „8. November 1941“. Diese Farm ist an der Stelle gegründet worden, wo sich früher die italienische Landwirtschaftskonzession E.I.A. befand. Ich schreibe absichtlich an der Stelle“, denn die Italiener kümmerten sich am allerwenigsten um die landwirtschaftliche Bedeutung der E.I.A. Das war ein typisches Militärgelände mit günstig gelegenen Flugplätzen sowie mit einer Zufahrtsstraße zum Adriatischen Meer, die über ein System von Lagunen, Küstenröhren, kleinen Inseln und Dünens führt.

Das Territorium der Konzession war nicht zufällig in der nächsten Umgegend des wichtigsten albanischen Hafens Durres, am Ausgangspunkt einer alten byzantinischen Verkehrsstraße, der Via Egnatia, gelegen. Die plumpen List der Okkupanten ist leicht zu durchschauen. Von mehr als 1000 Hektar Land wurden nur 600 Hektar geöffnet. Die Konzession gestattete albanischen Arbeitern keinen Zutritt auf ihr Gelände. Mehrere tausend italienische Kolonisten bildeten die aktive Garnison dieses wichtigen Aufmarschgebietes.

Die Konzessionsbesitzer verfuhren mit dem fruchtbaren Boden ohne Erbarmen und holzten ficksichtslos die Wälder ab, um den Platz zur Zusammenziehung von Landungstruppen zu erweitern.

Um das Gelände der ehemaligen E.I.A. zu erreichen, muß man von der Landstraße Tirana—Durres nach rechts abbiegen. Das Hauptverwaltungsgebäude der Konzession wurde auf einen die ganze Gegend beherrschenden Hügel gestellt. Eine ganzen Anlage nach war dies ein typischer Wach- und Beobachtungsstand, ein Stützpunkt, der die Niederung und die Verkehrswege kontrollierte.

Es ist von Interesse, eine weitere Tatsache zu merken, die gleichfalls mit der „landwirtschaftlichen Hilfe“ für Albanien zusammenhängt. An der Küste des Adriatischen Meers, auf dem Weg von Durres nach Lushnja, hatten die Amerikaner Lehranstalten zur Ausbildung von Technikern und Agronomen eingerichtet. Das waren Brutstätten für Spione und Zerstörungsagenten des ameri-

kanischen Nachrichtendienstes, untergebracht an geeigneten Stellen der Küste, die in Dienstreglements für Landungstruppen als „Landungsstrände“ bezeichnet werden. Nur der Sieg der demokratischen Kräfte Albaniens verhalf dazu, daß diese giftige und klebrige Masse, der im nötigen Moment Landungsboote und Panzerfähren anhaftet sollten, aus der Küste herausgedrückt werden konnte wie aus einer Zinntube.

Durch die Bemühungen des albanischen Volkes wurden viele Niststätten der Räuber zerstört. Nicht umsonst sprechen die Häuptlinge der von hier herausgeworfenen Zerstörungsagenten das Wort Albanien mit derartigem Haß aus.

Steht man an diesen Schießscharten, den Fenstern des Verwaltungsgebäudes der ehemaligen Konzession, so sieht man mit unbewaffnetem Auge die Schaffensarbeit, die auf diesem den Faschisten abgenommenen Boden im Gange ist. Neben uns steht ein junger Mann, der Direktor der Wirtschaft, Demlush Façi. Er ist erst 25 Jahre alt, ehemaliger Partisan, Büromitglied des Kreiskomitees der Arbeitspartei. Er hat kluge, strenge Augen, langsame, gemessene Bewegungen, nur eine jähre, die Luft durchschneidende Handbewegung unterstreicht das Argument, das er für diese oder jene seiner Erklärungen anführt.

„Wir bedürfen nicht tausender ‚Arbeiter‘, wie die ehemalige Konzession“, sagt Demlush Façi, „obwohl wir einmal mehr Land bearbeiten als die Konzessionsbesitzer, obwohl wir neue Pflanzensorten wie Baumwolle, Ölhußbäume, Erdnüsse, Kartoffeln und viele Gemüsesorten eingeführt haben. Wir haben nur 250 Arbeiter, darunter 60 Frauen, und unser Verwaltungspersonal zählt nur acht Personen. In diesem Jahr haben wir einen durchschnittlichen Weizenertrag von 20 Doppelzentner pro Hektar erzielt, während der Plan 15 vorgesehen hatte. Unsere wichtigste Aufgabe sehen wir darin, eine wirkliche Pflanzstätte fortschrittlicher agronomischer Wissenschaft, ein Mittelpunkt für die Entwicklung einer hohen Ackerbaukultur zu werden. Wir müssen die umliegenden Bauernwirtschaften und Genossenschaften mit Saatgut hochwertigster Sorten versorgen. Wir haben in diesem Jahr bereits 5000 Doppelzentner Saatgut abgegeben. Die Bauern kommen, um bei uns zu lernen. Wir haben Kurse zur Fortbildung von Feldbauleitern, Mechanisatoren und Traktoristen eingerichtet.“

„Wir sind bestrebt“, fuhr er fort, „unseren Arbeitern gute Wohnverhältnisse zu schaffen, und haben außer den vorhandenen Gebäuden noch 35 Häuser für sie gebaut. Sowohl Verheiratete als auch Ledige können in unserer Speisehalle ein billiges Mittagessen für nicht mehr als 15 Lek erhalten. Wir schaffen jeden Anreiz für die Stei-

gerung der Arbeitsproduktivität und für Neuerungsvorschläge, wir prämiieren Arbeiter und Verwaltungsangestellte, die sich auszeichnen. Wir beschäftigen uns nicht nur mit Ackerbau, sondern auch mit der Aufzucht von Nutzvieharten. Gelegenwärtig haben wir 130 durch Kreuzung veredelte Rassenkühe und 5000 Schafe. Wir sind mit Traktoren versorgt und deswegen ist unser geringer Pferdebestand völlig ausreichend..."

"Wir müssen offen zugeben, daß die Arbeits erfahrungen eurer Sowchose uns sehr bei der Arbeit helfen. Fragt man mich: 'Fällt dir die Arbeit nicht schwer?', so antworte ich: 'Schwer hatten es die Direktoren der ersten Sowchose in der Sowjetunion. Ich aber habe es jetzt leicht...' "

Demlush Façi hob besonders hervor, daß die Entwicklung der Staatsfarmen besondere Bedeutung für den allgemeinen Fortschritt der Landwirtschaft Albaniens hat. Die Staatsfarmen machen sich die fortschrittliche Ackerbauwissenschaft rascher zu eigen, züchten rascher hochwertige Getreide- und Gemüsesorten heran und weisen der Bauernschaft überzeugend die Vorteilhaftigkeit des fortschrittlichen, mit Maschinen betriebenen Ackerbaus nach. Derartige Farmen sind über das ganze Land zerstreut und stellen Stützpunkte des neuzeitlichen Ackerbaus dar.

Wir hatten Gelegenheit, die Staatsfarm „Fidanishta Krane“ im Süden des Landes zu besichtigen. Das „Vurk“-Tal, d. h. das Tal der Fruchtbarkeit, in der Niederung der Bistrica, früher Raubgut einiger Großgrundbesitzer, ist jetzt den Bauern zugeteilt worden, und zwar größtenteils den Tscharts, den albanischen Griechen. Die Staatsfarm „Fidanishta Krane“ verfügt nur über eine geringe Bodenfläche, wird aber von vielen Praktikanten aus den Landwirtschaftsschulen besucht, jungen Burschen mit hellen Augen, die bald Agronomen sein werden. Die Wirtschaft baut veredelte Sorten von Ölbaumstämmen, Tomaten, Baumwolle und Obst an. Die kleine malerische Farm ist, wie ein botanischer Garten, mit den mannigfältigsten Arten von Obstbäumen und Gemüsepflanzen gefüllt. In der Farm ist eine Baumschule für Südpflanzen angelegt worden. Wir sahen lange, unendlich lange, am Horizont verschwindende Beete mit Setzlingen, deren Kronen sich zu einem Dach zusammengeschlossen hatten. Hier werden Setzlinge von Feigen-, Birnen-, Pfirsichen-, Nuß-, Quitten-, Apfel-, Mandel- und Zierbäumen großgezogen. Dank dieser Farm überzeugen sich die Bauern aus eigener Anschauung von der praktischen Möglichkeit, unsere Erfahrungen der Massenpflanzung von Wäldern und Gärten auf ihre Felder zu übertragen. Die Arbeiter der Farm betrachten sich als Mischurinanhänger, und das Bild des berühmten

sowjetischen Gelehrten hängt, von einem immer grünen Kranz umrahmt, an sichtbarer Stelle.

In der Baumschule von „Fidanishta Krane“ hatte ich ein Gespräch mit einem alten Arbeiter dieser Pflanzstätte, das ich lange nicht vergessen werde.

Um die Baumschule zu erreichen, muß man von der Landstraße herabsteigen. Unten ange langt, stieß ich im Schatten der jungen Walnuß- und Feigenbäumchen beinahe mit einem Mann in einem weißen Fes zusammen, dessen kurze Jacke mit einem Tuchstreifen umgürtet war. Er mocht schon über die Sechzig sein. Ich sah, daß der alte Arbeiter einige Eicheln in der Hand hatte. Daran wie er die Eicheln unentschlossen musterte und mich gleichzeitig fragend anblickte, konnte ich erkennen, daß er mir eine Frage stellen wollte, sich aber nicht recht traute. Ich bot ihm einen guten Tag und stellte ihm einige Fragen. Er antwortete bereitwilligst und fragte seinerseits:

"Ist es wahr, daß auf Stalins Weisung in der Sowjetunion Wälder gepflanzt werden, die vom Meer zu Meer gehen sollen?"

Ich erzählte ihm von dem Beschuß der Sowjetregierung über die Anlegung von Waldschutzstreifen.

"Und werden bei euch Eichen gepflanzt?"

"Ja."

"Durch Eichelaussaat?"

"Ja."

"Wissen Sie, daß Eichen sehr lange wachsen?"

"Ich weiß es."

"Allein daraus kann man sehen, Genosse, daß Bashkim Sovietik (die Sowjetunion) ewig bestehen wird", sagte der Alte mit tiefster Überzeugung. „Ich hatte einmal meinem ehemaligen Herrn vorgeschlagen, Eicheln zu säen, er jagt mich davon und befahl mir, ihm nicht mehr in solchem Unsinn zu kommen. Ich weiß nicht, was morgen mit mir sein wird", sagte er zu mir, „und die anderen wissen auch nicht, was auf ihnen werden soll, und da willst du mich Eiche aus Eicheln ziehen lassen?!"

Der Alte nahm eine große Gebirgsseichel zwischen zwei Finger und fuhr fort:

„Eure Taten sind wie Eicheln; ihr setzt sie in den Boden aus und habt vor der Zeit keine Furcht. Eure Taten wachsen heran wie die Eichen, und ihre Wurzeln sind stark und strecken sich nach allen Seiten aus, und ihr fürchtet weder Sturm noch Unwetter..."

Der Alte nahm den kappenartigen rauhe Becher der Eichel ab und sagte mit einem Lächeln:

„Und jeder sagt euch ebenso: 'Seid begrüßt!'

Wo immer wir auch hinkamen und die ehemaligen großen Wirtschaften der fremdländischen Landräuber oder der örtlichen Feudalherren, die

er Verräter an den nationalen Interessen, zu Ge-  
icht bekamen, überzeugten wir uns: die haben  
natürlich keine Eichein ausgesät. Jeder von denen  
hatte Angst vor der Zeit, Angst vor der Zukunft,  
war ein gemeiner Räuber. Wie ein Wolf war er,  
der ein Schaf aus der Herde schlepp, um sich,  
daum hat er sein Opfer getötet, rasch satt zu-  
schlingen, damit er bei Gefahr die Reste im  
Stich lassen und sich aus dem Staub machen kann.

Deswegen wurde der Boden erschöpft, deswe-  
gen dachte niemand an die Anlegung von Bewäs-  
serungskanälen. Deswegen fürchtete man sich,  
den Ackerbau zu intensivieren, denn einen Hung-  
igen kann man eher anherrschen und sich seine  
Arbeit billiger aneignen. Deswegen wurde am  
Boden Raubbau getrieben, deswegen nicht tief  
gebohrt und der Erde nur die obere Erdölschicht  
gewonnen. Deswegen wurden Straßen gebaut,  
aber nicht asphaltiert. Diejenigen, die hier alles  
ausbeuteten, waren Eintagsherrscher. Sie wollten  
nur eins: möglichst schnell plündern, sich den  
Vanst vollschlagen und dann rechtzeitig das  
Weite suchen.

Und nur die neue, die Volksmacht, nahm sich  
der grundlegenden Umgestaltung der ganzen  
Ökonomik, der gesamten Landwirtschaft und der  
Kultur an. Mit ihr waren die wirklichen Herren  
uns Ruder gekommen, auf immer, auf ewig...

Albanien gilt in erster Linie als Agrarland. Hier  
berwiegt halb nomadenhaft betriebene Viehzucht  
auf Weideflächen. Nach dem Sieg des Volkes ha-  
ben die bäuerlichen Viehzüchter in der Verbesserung  
der Zucht und der Erweiterung der Viehher-  
ren große Erfolge erzielt. Selbstverständlich ist  
die Menge noch nicht bestimmd für die Quali-  
tät. Das Vieh ist hier kleinfüßig und wenig  
produktiv, Feinwollschazfzucht ist fast nicht vor-  
anden. Verbesserung der Rassequalitäten des  
Viehs ist eine Aufgabe von großer und erstrangig-  
er Bedeutung.

Die staatlichen Wirtschaften für Rasseviehzucht  
müssen die Voraussetzungen für eine qualitative  
Verbesserung der Viehzucht schaffen. Regierung  
und Partei ergreifen ernsthafte Maßnahmen zur  
Lösung dieser dringlichen Aufgaben.

Wir sprechen hier von der Viehzucht, aber eine  
noch vordringlichere Aufgabe ist die Entwick-  
lung des Ackerbaus. Die schönen Gebirgsland-  
schaften, die jeden Wanderer in Entzücken ver-  
setzen können, lassen zu wenig Raum für den  
Ackerbau. Zudem gibt es in den Ebenen an der  
Meeresküste außerordentlich viele Sümpfe und  
alzböden.

Muß man der Natur in den Bergen jeden Land-  
eck abzwingen, sind die Berge häufig fast bis  
zum Gipfel mit serpentinenförmig angelegten  
Feldterrassen bedeckt, so muß man in den Tälern

jedes Stück Land zur Erweiterung der Anbau-  
flächen den Malaria-Sümpfen abkämpfen. Neue  
Pflanzen — Baumwolle und Reis — beziehen  
diese eroberten Landflächen.

Die Volksrepublik hat sich die Aufgabe gestellt,  
es zu erreichen, daß kein Getreide mehr importiert  
werden muß. Mehr noch, Albanien wird unbe-  
dingt auch in die Lage kommen, nicht nur Oli-  
ven, Wolle oder Tabak, sondern auch Getreide-  
produkte zu exportieren. Die Industrie wird mit  
Rohstoffen versorgt werden müssen. In Tirana ist  
ein großes Textilkombinat im Bau, das jährlich  
20 Millionen Meter Stoff erzeugen soll. Das Kom-  
binat muß eigene Baumwolle und Wolle erhalten.  
Die früheren „Landesväter“ kümmerten sich  
nicht um die Entwicklung des Baumwollanbaus.  
Es gab keine Textilfabriken, in die Städte wurde  
ausländische Ware importiert, das Dorf kam mit  
hausgewebten Stoffen aus. Die albanische Baum-  
wolle konnte ihrer Ansicht nach kaum mit der  
ägyptischen konkurrieren. War aber kein unmit-  
telbarer und rasch zu realisierender finanzieller  
Vorteil zu erwarten, wozu sollte man sich dann  
um das Wohl des verratenen und verkauften  
Vaterlandes kümmern?

Wir waren verblüfft über die Fähigkeit der al-  
banischen Bauern, sich rasch neuer Pflanzensor-  
ten anzunehmen und sie liebzugewinnen. Trieb-  
feder für die Hirne und Muskeln der Menschen ist  
der Drang, rascher zu einem Leben in Wohl-  
stand, zu der wirtschaftlichen Selbständigkeit des  
Landes zu gelangen. Die tief durchdachte Wirt-  
schaftspolitik der Regierung lenkt die revolutio-  
näre Energie der Massen in die richtige Bahn.

Wer die Landwirtschaft Albaniens kennenlernen-  
will, der muß die berühmte Musakija, die  
fruchtbare Niederung am unteren Lauf der Flüsse  
Schcumbi und Semeni, kennenlernen. Der gute  
Boden ist hier den jahrhundertealten Ablagerun-  
gen von Schlamm und Gebirgsschwemmland zu-  
zuschreiben. In der Musakija kann man Traktoren  
und den bläulichen Rauch der Auspuffgase sehen,  
auf den Wegen begegnet man zweirädrigen orientalischen  
Wagen und von Zeit zu Zeit auch Saumtieren. Riesige Maisfelder werden von Wei-  
zen- und Reisbauflächen abgelöst. An den Weg-  
rändern treiben sich Sperlingsscharen herum; sie  
sind auf der Jagd nach Ähren und verschütteten  
Körnern.

Schriftsteller kommen hierher, um Eingebung  
zu finden. In diesem Tal schrieb der begabte  
Dichter Alecks Çaci, der Verfasser des Poems  
„Mit Dir, Stalin“, seine pathetische Dichtung, die  
den ruhmreichen Pionieren des genossenschaftli-  
chen Ackerbaus gewidmet ist.

Die Entwicklung der Musakija wurde früher  
absichtlich gehemmt, angeblich wegen Trans-

portschwierigkeiten. Die Bewohner der Musakija durften nicht mehr Boden bebauen, als zur Deckung ihres eigenen Bedarfs notwendig war. Mit Vorbedacht wurde der Zustand zum Gesetz erhoben, bei dem die Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht aus der Niederrung ausgeführt werden durften. Die Gebirgsbewohner des benachbarten Epirus und die Arbeiter der Erdölfelder oder die Bewohner der albanischen Riviera konnten hungern, während in der Musakija Lebensmittel verfaulten. Keine Transportmittel! Keine Verkehrsstraßen!

Jetzt wird die Musakija zu einer wirklichen Kornkammer Albaniens. Die besten agronomischen Kräfte, die besten Leiter sind hierher versetzt worden. Die systematische Trockenlegung der Sümpfe, die Bewässerung der Felder wurden in Angriff genommen, hierher wurden Maschinen gebracht, hier wurden Maschinen- und Traktorenstationen organisiert.

#### 14. November

Der Politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung beginnt mit der Erörterung der von der Delegation der Sowjetunion angeschnittene Frage der Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges sowie der Frage des Abschlusses eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens. A. J. Wyschinski, der Leiter der Delegation der Sowjetunion, gibt in einer ausführlichen Rede die Begründungen zu den sowjetischen Anträgen.

Unter dem Druck der englisch-amerikanischen Mehrheit lehnt der Politische Sonderausschuß der UNO-Vollversammlung die von der Sowjetunion eingebrachte Resolution zur Frage der Herstellung einer internationalen Kontrolle über die Atomenergie ab. Der Ausschuß nimmt den französisch-kanadischen Antrag an, in dem die Frage eines Verbots der Atomwaffe völlig umgangen worden ist. Die Vertreter der Sowjetunion, Bjeloruslands, der Ukraine, Polens und der Tschechoslowakei stimmen gegen diesen Antrag.

#### 15. November

Die Truppen der Chinesischen Volksrepublik besetzen Kweijang, die Hauptstadt der Provinz Kweitschou.

Tschouenlei, Außenminister der Chinesischen Volksrepublik, richtet

Über den Wegen stehen Staubwolken, Automobile eilen vorbei. Auf den Feldern singen die Bauern ihre Lieder. In diesem Tal sind die ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften entstanden, und auf den Märkten von Lushnja und Fie kann man häufig Verkaufsstände von Genossenschaften sehen.

Für die Musakija erschließen sich große Aussichten. Gerade die Musakija ist imstande, die Erfahrungen des sowjetischen Ackerbaus in vollem Maße anzuwenden, den ganzen fruchtbaren Boden dieser Ebene dem Menschen untertan zu machen, der entschlossen ist, die Natur zu bezwingen, sie umzugestalten und von ihr alles zu erhalten, was er braucht. Gerade in der Musakija hört man häufig die Namen unserer Naturumbildner, sieht man die wohlbekannte Bilder Mitschurins, Dokutschajews, Williams' und Lyssenkos.

(Schluß folgt.)

## CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

#### November 1949

an den Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung und an den Generalsekretär der UNO Telegramme, in denen er erklärt, die Zentrale Volksregierung Chinas betrachte die von Tsiangtingfu geleitete Delegation, die von der sogenannten Chinesischen Nationalregierung zur jetzigen Tagung der UNO-Vollversammlung entsandt ist, als absolut unberechtigt, China zu vertreten, und verlangt sofortige Annulierung ihrer Befugnisse auf Beteiligung an der UNO.

#### 16. November

A. J. Wyschinski, der Leiter der sowjetischen Delegation zur UNO-Vollversammlung, hält im Politischen Ausschuß eine ausführliche Rede zur Frage der Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges sowie zur Frage des Abschlusses eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens. In seiner Rede unterwirft er das Auftreten der Gegner der friedliebenden sowjetischen Anträge einer scharfen Kritik.

Das Außenministerium der Union der SSR richtet an die jugoslawische Botschaft in Moskau eine Note,

in der es erklärt, es halte ein weiteres Verbleiben des Geschäftsträgers der jugoslawischen Botschaft Lazo Latinović, als diplomatischen Vertreters für unmöglich, da er seine Amtsstellung für eine Spionage und Wühlarbeit gegen die Sowjetunion missbrauche.

#### 17. November

In Moskau wird eine Tagung des Rats der Internationalen Demokratischen Frauenföderation eröffnet.

#### 18. November

In Galatz (Rumänien) wird die erste Tagung der Donaukommission geschlossen, nachdem sie das Arbeitsverfahren festgelegt und die Organisationsstatut des Sekretariats und der Dienststellen der Kommission angenommen hat.

Das Außenministerium Albanien überreicht der jugoslawischen Gesandtschaft in Tirana eine Note, der gegen die fortgesetzten Provokationen der jugoslawischen Behörden gegen Albanien Protest erhoben wird.

#### 19. November

Die Regierung der Sowjetunion und die der Deutschen Demokratischen Republik verständigen sich über die Einrichtung einer Handelsvertretung der Sowjetunion in der Deutschen Demokratischen Republik.

In Paris wird eine Landeskongress der werktätigen Frauen Frankreichs eröffnet.

# VERLAGSANZEIGEN

## VERLAG „SOWJETSKI PISATEL“ (DER SOWJETSCHRIFTSTELLER)

### Neuerscheinungen:

S. WURGUN — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Aserbaidschanischen. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 264 S., Rbl. 8,—  
Gedichte. Poeme. Schauspiele.

VÖLKERFREUNDSCHAFT. *Almanach der schönen Literatur der Völker der UdSSR*. Nr. 4. 176 S., Rbl. 8,—

I. JEGOROW — *Die hinter der Front*. 376 S., Rbl. 10,50

Roman von der Partisanenbewegung im Nordkaukasus zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und von der friedlichen Aufbauarbeit der Sowjetmenschen in der Nachkriegszeit.

N. SADORNOW — *Vater Amur*. Erstes und zweites Buch. 496 S., Rbl. 13,50

Historischer Roman aus dem Leben russischer Ansiedler im Fernen Osten.

A. LAHUTI — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Tadzhikischen. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 184 S., Rbl. 6,—  
Gedichte.

W. LEBEDEW-KUMATSCH — *Ausgewählte Werke*. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 280 S., Rbl. 7,50  
Gedichte und Lieder.

MAJAKOWSKI ÜBER AMERIKA. Herausgegeben von W. Katanian. Zweite Auflage. 160 S., Rbl. 6,50  
Gedichte. Aufsätze. Zeitungsinterviews.

M. MIRSCHAKAR — *Gedichte und Poeme*. Aus dem Tadzhikischen. 88 S., Rbl. 4,50

N. A. NEKRASSOW — *Ausgewählte Dichtungen in zwei Bänden*. Mit einem Vorwort von A. M. Jegolin. („Dichterbibliothek“. Große Serie.)

Band I. Dichtungen 1845—1868. 508 S., Rbl. 21,50

Band II. Dichtungen 1870—1877. 644 S., Rbl. 26,—

DIE OSSETINISCHE NARTENSAGE. Übertragung in literarischer Bearbeitung von J. Libedinski. 312 S., Rbl. 11,50  
Ossetinisches Volksepos.

A. POPOWSKI — *Gesetze des Lebens*. Mit einem Vorwort des Akademiemitglieds K. I. Skrjabin. 812 S., Rbl. 22,50

Erzählungen über die Sowjetgelehrten L. P. Pawlow, K. D. Bykow, J. N. Pawłowski, A. W. Wischnewski, T. D. Lyssenko und W. P. Filatow.

RUSSISCHE FABELN DES 18. UND DES 19. JAHRHUNDERTS. („Dichterbibliothek“. Große Serie.) 528 S., Rbl. 22,50

M. RYLSKI — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Ukrainischen. (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“.) 224 S., Rbl. 6,50  
Gedichte. Poeme.

DAS HERZ DER MOLDAU. Ein Sammelband. 164 S., Rbl. 6,—  
Verse von Dichtern der Moldauischen Sowjetrepublik.

K. SIMONOW — *Freunde und Feinde*. Gedichtband. Zweite Auflage. 72 S., Rbl. 3,—

A. TWARDOWSKI — *Buch der Lyrik. 1934—1949*. 364 S., Rbl. 10,—

N. TICHONOW — *Georgischer Frühling*. Gedichte 1948. 72 S., Rbl. 2,50

*Alles in russischer Sprache.*

# Abonnieren Sie jetzt

die Wochenschrift

## NEUE ZEIT

für das Jahr 1950!

\*

### Die NEUE ZEIT

ERSCHEINT IN RUSSISCHER, DEUTSCHER,  
ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER  
SPRACHE.

\*

### Die NEUE ZEIT

befaßt sich mit Fragen  
der Außenpolitik der  
UdSSR und anderer  
Länder und den aktuel-  
len Vorgängen des in-  
ternationalen Lebens.

### Die NEUE ZEIT

enthält Beiträge von  
Gelehrten, Schriftstel-  
lern, Publizisten, Ge-  
werkschaftsführern und  
anderen Persönlichkei-  
ten des öffentlichen  
Lebens.

### Abonnementsbestellungen nehmen entgegen:

UdSSR — „Meshdunarodnaja Kniga“, Moskau,  
Kusnezki Most 18

DEUTSCHLAND — „Meshdunarodnaja Kniga“,  
Berlin N. 54, Brunnenstr. 188/90. Filialen:  
Leipzig, Markt 9; Weimar, Goetheplatz 9a; Halle,  
Schmiedstr. 4; Schwerin, August-Bebelstr. 24

ÖSTERREICH — Das Internationale Buch, Wien 1,  
Trattnerhof 1

SCHWEIZ — Genossenschaft Literaturvertrieb,  
Zürich, Feldstr. 46

UNGARN — Horizont, Vilma Kiralyo-ut. 45, Budapest

TSCHECHOSLOWAKEI — A. O. „Orbis“, Stalinova  
46, Praha XII; „Journal“ Novinarske podniky,  
Panenska 1, Bratislava; Magazin Sovetskoy Knigi,  
Vaclavské nam. 14, Praha II

NIEDERLANDE — Uitgeverij Republiek der Lette-  
ren N. V. Rokin 40, Amsterdam C; Pegasus  
Boekhandel, Leidschestraat 25, Amsterdam C

DÄNEMARK — Hovedbanegaardens Aviskiosk,  
Reventlowgade, Kopenhagen; A. S. Land og Folks  
Boghandel, Bredgade 37, Copenhagen

SCHWEDEN — C. E. Fritze's Kgl. Hofbokhandel,  
Fredsgatan 2, Stockholm; A.B.C.E. Wennergren-  
Williams, Box 657, Stockholm

ISRAEL — Pales Press Co., Ltd., P. O. Box 844,  
Tel-Aviv;

Filialen:  
Pales Press Company, P.O. Box 476, Haifa;  
Pales Press Company, P.O. Box 619, Jerusalem.